

SONDERANGEBOTE AN UNSERE ABONNENTEN

Am 28. Juni 1983 ist es zehn Jahre her, daß die CHILE - NACHRICHTEN Nr. 1 herausgekommen sind. Dieses Datum nehmen wir zum Anlaß, endlich eine schon länger geplante Aktion zur Reduzierung unserer Lagerbestände zu machen. Deshalb bieten wir ausschließlich unseren Abonnenten zur Bestellung gegen Vorkasse (Verrechnungsscheck oder Briefmarken) folgende "Pakete" aus unserem Vertriebsprogramm an:

Argentinien-Paket: (Paket 1)

Der Griff nach der Bombe - das deutsch-argentinische Atomgeschäft
1981 145 S.

Lebend wurden sie verschleppt - lebend wollen wir sie zurück
Eine Dokumentation zur Repression in Argentinien und den deutsch-argentinischen Beziehungen 1983 91 S.

zusammen statt DM 13,50 (incl. Porto) DM 10,-- (incl. Porto)

Atom-Paket: (Paket 2)

Der Griff nach der Bombe - das deutsch-argentinische Atomgeschäft
1981 145 S.

Das deutsch/brasilianische Bombengeschäft
1980 159 S.

zusammen statt DM 14,50 (incl. Porto) DM 10,-- (incl. Porto)

Kirchen-Paket: (Paket 3)

Zeichen der Hoffnung und Gerechtigkeit (Dokumente und Aufsätze über Basiskirche in der Dritten Welt und Europa) 1980 140 S.

Kirche in Lateinamerika
1979 208 S.

zusammen statt DM 17,-- (incl. Porto) DM 12,-- (incl. Porto)

Grosses Paket: (Paket 4)

Der Griff nach der Bombe - das deutsch-argentinische Atomgeschäft
1981 145 S.

Das deutsch/brasilianische Bombengeschäft
1980 159 S.

Zeichen der Hoffnung und Gerechtigkeit
1980 140 S.

Kirche in Lateinamerika
1979 208 S.

Chile - der Mut zu überleben
1978 40 S.

Chile - der Wille zu überleben
Serie mit 12 Postkarten von Stoffbildern aus Elendsvierteln in Santiago

Bolivien - ein Volk im Widerstand
1981 192 S.

zusammen statt DM 50,-- (incl. Porto) DM 30,-- (incl. Porto)

Lateinamerika-Nachrichten Jahrgang 9 (Paket 5)

LN 95 - LN 105 (Juli 1981 - Juli 1982)

zusammen statt DM 35,-- (incl. Porto) DM 25,-- (incl. Porto)

Das Angebot gilt bis zum 1.12.1983, jedoch nur solange der Vorrat reicht.

Ich bestelle Paket: ...

einsenden an LN-Vertrieb, Gneisenaustr. 2
1000 Berlin 61.

Name, Anschrift:

Scheck/Briefmarken liegen bei.

Unterschrift:

LATEINAMERIKA NACHRICHTEN 120

11. JAHRGANG DER CHILE-NACHRICHTEN

Berlin (West)

November 1983

Solidaritätspreis DM 3,50

WIDERSTAND

bewaffnet

gewaltfrei



Aus dem Inhalt dieser Nummer:
CHILE: Demokratie jetzt! /
BOLIVIEN: Der schlafende Riese erwacht / **KOLUMBIEN:** M 19 / **PERU:** Interview mit El Diaro-Direktor / **NICARAGUA:** Druck von allen Seiten

INHALTSVERZEICHNIS

Zu diesem Heft:	3
Simon Bolivar: 1783 - 1983	5
- CHILE: Demokratie jetzt!	7
Verhaftungen	9
- BOLIVIEN: Arbeiterforderungen abgeschmettert	10
Der schlafende Riese erwacht	12
- ARGENTINIEN: Militärs und Parteien vor der Wahl .	25
- KOLUMBIEN: Movimiento 19 de Abril	33
- PERU: Interview mit EL DIARIO - Direktor	43
- NICARAGUA: Druck von allen Seiten	53
- EL SALVADOR: militärisch offensiv - politisch	
diplomatisch	70
- BRD: 10 Jahre Chile-Solidarität	72
- REZENSION	75
- ZEITSCHRIFTENSCHAU	77
- BRIEFE	79

Impressum

LATEIN-AMERIKANACHRICHTEN
Jahrgang 11 der CHILE-NACHRICHTEN
erscheint monatlich
(mindestens 11 Nummern pro Jahr)

Redaktion: Redaktionskollektiv
V.i.S.d.P.: Christian Klemke

Redaktionsschluß dieser Nummer: 13. Oktober 1983

Abo-Preise:

1983: DM 40,- / Übersee-Luftpost DM 65,-
1984: Individuelles Abo DM 45,-/Übersee-Luftpost DM 70,-
Institutionen-Abo DM 60,-/Übersee-Luftpost DM 85,-

Das Abonnement verlängert sich jeweils automatisch, bis es gekündigt wird. Kündigungsfrist 1 Monat. Das Abonnement wird kalenderjährig berechnet, eingefangene Jahre anteilmäßig. Zahlung erst nach Erhalt der Rechnung, dann aber bitte gleich auf Postscheckkonto Berlin-West 662 83-103

Zahlungen ohne Angabe der Rechnungsnummer können wir nur als Spende verbuchen.

Adresse:

LATEINAMERIKA-NACHRICHTEN
Im Mehrlinghof
Gneisenastr. 2
1000 Berlin 61
Tel. 030/693 40 29

Der Nachdruck von Artikeln aus den LATEINAMERIKA-NACHRICHTEN ist nur nach vorheriger Rücksprache gestattet.

Zur Zeit gilt Anzeigenpreisliste Nr. 2 vom 1.6.1983

EIGENTUMSVORBEHALT

Die Zeitschrift bleibt Eigentum der LATEINAMERIKA-NACHRICHTEN GbR, bis sie dem Gefangenen persönlich ausgehändigt ist. 'Zur-Habe-Nahme' ist keine persönliche Aushändigung im Sinne des Eigentumsvorbehalts. Wird die Zeitschrift dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender unter Angabe der Gründe der Nichtaushändigung umgehend zurückzusenden.

Editorial

Zum Verhältnis von Friedens- und Solidaritätsbewegung

Während der Friedenswoche ist neben einem Kirchen-, Gewerkschafts- und Frauentag u.a. auch ein Internationalismustag vorgesehen, an dem Veranstaltungen zur internationalen Solidarität und zur Ausländerproblematik stattfinden. Internationalismus als notwendiger und wichtiger Aspekt der Friedensbewegung oder eher zufälliges Anhängsel, weil ein paar "Internationalismus-Spezialisten" halt auch was in der Friedenswoche machen wollen?

Daß es einen Sachzusammenhang zwischen den Zielen und Forderungen von Friedens- und Solidaritätsbewegung gibt, wird kaum bestritten. Er entsteht u.a. dadurch, daß die Planspiele der US-Militärstrategen fast immer davon ausgehen, daß ein regionaler Konflikt in der "Dritten Welt" (Mittelamerika, Persischer Golf, Südliches Afrika) zu einem Atomkrieg eskaliert werden kann. Es ist auch kein Geheimnis, daß die USA die Pershing 2 und die Cruise Missiles, sobald sie einmal stationiert sind, zur Durchsetzung ihres Hegemonieanspruchs über die ganze Welt ausnutzen werden: mit Hilfe dieser Waffen soll die Sowjetunion eingeschüchtert werden, wenn sie nationale Befreiungsbewegungen in der "Einflußsphäre" der USA unterstützen will. Die eigenen NATO-Partner werden damit auch wieder verstärkt der politischen und militärischen Konzeption der USA unterworfen, ihre Möglichkeiten eine eigene Politik gegenüber dem Warschauer Pakt und der "Dritten Welt" zu machen eingengt.

Auch wenn es über diesen Zusammenhang wenig Streitereien zwischen Friedens- und Solidaritätsbewegung gibt, entstehen die Schwierigkeiten in der konkreten Zusammenarbeit immer wieder beider Frage: "Wie hältst Du es mit der Gewalt?" Die Diskussionen arten oft in fruchtlose Prinzipienreitereien aus: "Frieden schaffen ohne Waffen" gegen "Waffen für El Salvador". Dabei fällt dann die Untersuchung der konkreten historischen Bedingungen des Widerstands und damit der notwendigen und legitimen Widerstandsformen unter den Tisch. Angesichts der totalen Menschenverachtung der mittelamerikanischen Diktaturen und des fehlenden effektiven internationalen Drucks wirkt es zynisch, die guatemalteken und salvadoreanischen Bauern zum gewaltfreien Widerstand aufzufordern. Die moralische Überlegenheit der zu Tode Gefolterten kümmert die Herrschenden nicht im Geringsten. Die Strategie der Gewaltfreiheit setzt aber gerade voraus, daß sich die Weltöffentlichkeit und Regierungen von ihr beeindrucken lassen. Wenn heute von Teilen der Friedensbewegung immer wieder auf Gandhi verwiesen wird, dann verschleiert der rein moralische Bezug auf seine Prinzipien die Tatsache, daß er nicht nur wegen seiner moralischen Überlegenheit sondern auch wegen der inneren Krisen des britischen Empires Erfolg hatte.

Wenn wir in der heutigen konkreten Situation der Bundesrepublik davon ausgehen, daß der Protest gegen die Stationierung neuer Atomwaffen gewaltfrei sein muß, wenn wir nicht unseren Gegnern in die Hände spielen wollen, so darf uns dieses Prinzip, das für eine ganz bestimmte Situation richtig und angemessen ist, nicht so weit die Köpfe vernebeln, daß wir es als für immer und überall gültig betrachten. Gewaltfreiheit ist eine Methode der politischen Auseinandersetzung, nicht ein Ziel an sich. Das Ziel ist immer noch die Schaffung einer freien und gerechten Gesellschaft ohne Unterdrückung und Ausbeutung, nicht aber der gewaltfreie Kampf selbst.

Teile der Friedensbewegung wenden gegen die Unterstützung bewaffneter Organisationen ein, daß die durch den Kampf notwendigen militärischen Strukturen von Befehl und Gehorsam und die mit ihm verbundenen menschlichen Deformationen auf keinen Fall in Kauf genommen werden dürfen. Auch der Solidaritätsbewegung muß klar sein, daß der bewaffnete Kampf gegen Diktaturen diese zwar stürzen, aber nicht automatisch eine freie und gerechte Gesellschaft garantieren kann. Um Berthold Brecht zu zitieren: "Auch der Haß gegen die Niedrigkeit verzerrt die Züge. Auch der Zorn über das Unrecht macht die Stimme heiser." Nur deshalb, weil der bewaffnete Kampf unsere Utopien nicht erfüllen kann, darf niemand von von den Unterdrückten verlangen, auf den Kampf gegen Unterdrückung und Ausbeutung zu verzichten. Notwendig ist aber die kritische Diskussion über die Widerspruchlichkeit derartiger Prozesse. Kritische Solidarität setzt offene Augen für die Fehler derjenigen voraus, die wir unterstützen. Gerade die unterschiedlichen gesellschaftlichen Bedingungen, unter denen die Befreiungsbewegungen in der "Dritten Welt" und die Friedensbewegung in Europa ihre Widerstandsformen bestimmen müssen, macht eine offene Diskussion nötig. Sowohl die absolute Bejahung wie die Tabuisierung von Gewaltanwendung ist falsch. Es geht um die Frage, wann Gewaltanwendung notwendig und legitim ist.

Eine solche Diskussion wird oft erschwert durch die rein gefühlsmäßige, aus persönlicher Angst entstandene Ablehnung der Stationierung. Trotz der Berechtigung solcher Angstgefühle reichen sie nicht aus, uns handlungsfähig zu machen. Wir müssen darüber diskutieren, wie es weitergehen soll, wenn die Pershing 2 und Cruise Missiles trotz des breiten Widerstands stationiert werden. Und dafür ist es wichtig, klar vor Augen zu haben, wogegen wir kämpfen. Atomraketen und NATO sind nur Ausdruck von Gesellschaftsstrukturen, die diese Bomben und Institutionen hervorbringen und brauchen. Deshalb greift die reine Ablehnung der Raketenstationierung zu kurz: Das Ziel bleibt die Veränderung der Gesellschaftsstrukturen, die den Bau dieser Bomben, die Ausbeutung und Unterdrückung hier und in der "Dritten Welt" ermöglichen. Diese Diskussion ist bisher zu kurz gekommen. Es wäre eine wichtige Aufgabe der Solidaritätsbewegung, diese Auseinandersetzung zu führen, damit das Bekenntnis der eigentlich gleichen Ziele von Friedens- und Solidaritätsbewegung keine Leerformel bleibt.

Nicaragua braucht Hilfe Medizinisches Personal gesucht

Der Gesundheitsladen Berlin und Medico International suchen zur Betreuung der Zivilbevölkerung Nicaraguas für einen Zeitraum von 3-6 Monaten freiwillige

**Ärzte/innen der Fachrichtungen Chirurgie, Anästhesie,
Allgemeinmedizin, u.U. Gynäkologie und Pflegepersonal**

Der Einsatz von 4-6 medizinischen Teams wird auf Anforderung des Gesundheitsministeriums Nicaraguas erfolgen. Interessenten werden gebeten, sich umgehend beim Gesundheitsladen Berlin zu melden.

Zur Durchführung dieses Hilfsprojektes werden ca. 200.000 DM für Ausrüstung, Flug und Versicherung der Teams benötigt.

**Spenden erbeten: Medizin. Informations- und Kommunikationszentrum
Gesundheitsladen Berlin e.V., „Sonderkonto Nicaragua“ 1000 Berlin 61,
Ktonr. 385 13—105, PschA Berlin West (Spendenbescheinigung möglich),
Tel. 693 20 90 tgl. 17-20 Uhr**

Alle feiern den Befreier: Simon Bolivar 1783 - 1983

Doch die zweite Befreiung Lateinamerikas steht noch aus

Eigentlich wollten wir auf dem Kurfürstendamm eine Umfrage starten, um zu erfahren, wie viele Zeitgenossen mit dem Namen Simon Bolívar etwas anzufangen wissen. Leider fanden sich in der Redaktion nicht genügend Interessenten für diese Form der Recherche. Trotzdem sind wir uns sicher, daß nicht einmal 5% der Passanten die richtige Antwort gewußt hätten.

Und doch sind nach diesem Mann benannt: ein Land, das immerhin viermal größer ist als die BRD, die Währung eines anderen Landes, eine Provinz in einem dritten und zahlreiche Dörfer und Städte in ganz Lateinamerika. Und des 200. Geburtstages dieses Mannes wurde in diesem Jahr von bürgerlichen und konservativen Institutionen in Europa ebenso feierlich wie von lateinamerikanischen Militärdiktaturen, reformistischen Regierungen sowie Guerrilla-Bewegungen gedacht.

Wer war dieser Mann, den alle zu feiern wünschten?
Worauf beriefen sie sich dabei?
Worin bestand seine Leistung?
Welche Bedeutung hat er für die Gegenwart?

In Caracas, der heutigen Hauptstadt Venezuelas geboren und von adeliger Abstammung gehörte Simon Bolívar zu jenem kleinen Teil der kreolischen Aristokratie, der mit den Ideen der Aufklärung, der Französischen Revolution und der nordamerikanischen Unabhängigkeitsbewegung in Berührung gekommen war und sich dafür begeisterte hatte. Auf langen und ausgedehnten Reisen lernte er die Vertreter des aufgeklärten Bürgertums in London und Paris kennen. Es werden mit Sicherheit auch einige Mitglieder des aufstrebenden britischen Industrie-Kapitalismus darunter gewesen sein...

Von mehreren Europareisen in seine Heimat zurückgekehrt, sammelte Bolívar eine kleine Gruppe Gleichgesinnter um sich, die im Juli 1811 einen Kongreß einberief, der kurzerhand die Unabhängigkeit Venezuelas von Spanien erklärte. Damit begann für den ganzen Subkontinent ein 15-jähriger Befreiungskrieg, in dessen Verlauf die von Bolívar immer wieder neu gesammelten Truppen schwere Niederlagen einstecken mußten und ihr (militärisch wie politischer) Anführer gezwungen war, mehrmals nach Curacao, Jamaika und Haiti zu fliehen. Die Zähigkeit, Verbisserheit und Unbeirrbarkeit hinsichtlich seiner politischen und militärischen Ziele ist es wohl, die Bolívar heute zum verehrten Helden der Guerrillatruppen in Lateinamerika hat werden lassen. Immer wieder kehrte er auf das südamerikanische Festland zurück und mobilisierte neue Kräfte gegen die spanischen Kolonialtruppen.

Das Jahr 1819 stellte schließlich die militärische Wende zugunsten der Aufständischen unter Bolívar dar. Nach seinem Sieg über die Soldaten des spanischen Generals Morillo wurde Bolívar im Februar 1819 zum Präsidenten Venezuelas gewählt und mit diktatorischen Vollmachten ausgestattet, die er - besonders gegen Ende seiner politischen Karriere - auch voll ausnutzte. Hier und in den panamerikanischen Ideen Bolívars, dem Traum einer einzigen Großmacht, finden sicher die heutigen Diktatoren wie Stroessner und Pinochet sich dem Befreiungshelden nah - und feiern ihn auf ihre Weise.

Nach einem weiteren militärischen Sieg über die Spanier gelang Bolívar Ende 1819 die Vereinigung des ehemaligen Vizekönigreichs Neugranada mit Venezuela unter seiner Präsidentschaft zur Republik Kolumbien. Oberperu - das heutige Bolivien - und Peru schlossen sich an, nachdem die Spanier 1826 bei Ayacucho entscheidend geschlagen worden waren.

Auf dem Höhepunkt seiner Macht berief Bolívar Ende 1826 einen pan-amerikanischen Kongreß ein, um einen "Amerikanischen Bund" (unter Einschluß der Vereinigten Staaten von Nordamerika) zu gründen. Der Kongreß wurde jedoch nur von vier Staaten

beschiedt (die nordamerikanische Delegation kam erst an, als die Veranstaltung schon vorbei war) und endete mit einem totalen Mißerfolg: nicht mal ein "Nachfolgetreffen" wurde vereinbart.

Bolívars Traum von einem politisch vereinten Kontinent war zerronnen. Er selbst trat 1830 von all seinen Ämtern zurück, nachdem sein persönlich-diktatoriales Regime nicht unwesentlich zum Auseinanderfallen der "Republik Kolumbien" in die Teilstaaten Venezuela, Kolumbien, Peru, Ecuador und Bolivien geführt hatte. Es ist vielleicht nicht ohne symbolische Bedeutung, daß der physische Tod Bolívars nur wenige Wochen nach seinem politischen Ableben erfolgte.

Die politische und militärische Befreiung Lateinamerikas von der spanischen Kolonialherrschaft war unter der Führung Bolívars zwar gelungen, aber an die Stelle Spaniens traten England und die USA als ökonomische Beherrscher des Subkontinents. Schon 1823, zu einem Zeitpunkt also, da die Spanier militärisch noch nicht endgültig besiegt waren, hatten die USA in der Monroe-Doktrin (benannt nach dem damaligen US-Präsidenten James Monroe und nicht nach Marilyn) ihren Hegemonie-Anspruch in der westlichen Hemisphäre angemeldet. Das "Amerika den Amerikanern!" wird seither - und heute wohl mehr denn je - in ganz Lateinamerika als "Amerika den Nordamerikanern" verstanden.

Aber es ist nicht nur der übermächtige Einfluß des großen Bruders im Norden, der den Lateinamerikanern zu schaffen macht. Es ist ebenso die kulturelle und technologische Orientierung der nationalen Bourgeoisien auf Europa und die USA. Im Zweifel hatte man an derselben Uni studiert wie die höheren preußischen Beamten oder die französischen Nationalökonomien. Paris war (und ist es bis heute) ihr kultureller Mittelpunkt der Welt und nicht etwa Buenos Aires oder Lima. Auch das ist zu erheblichen Teilen ein Erbe Bolívars. Vielleicht ist er deshalb von der Stiftung Preußischer Kulturbesitz - unter Anwesenheit des Bundespräsidenten und zahlreichen "Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens", d.h. im wesentlichen Vertreter der Wirtschaft - so enthusiastische gefeiert worden? Aber natürlich gibt es da noch Alexander von Humboldt, den man gern (in Deutschland) "den zweiten Entdecker Südamerikas" genannt hat...

Wenn man sich die gegenwärtige Lage Lateinamerikas anschaut, dann bleibt in Erinnerung an Simon Bolívar nur die Schlußfolgerung: der zweite Befreier - oder besser: die zweite Befreiung - des Kontinents steht noch aus!

Im Bewußtsein sehr vieler Lateinamerikaner sind Fidel Castro, Ché Guevara und die Sandinisten diejenigen, die die Nachfolge des Simón Bolívar angetreten haben. Fidel hat die kubanische Revolution oft genug als "die zweite Unabhängigkeit" bezeichnet. Was er damit meint, kann man nur erraten, wenn man bereit ist zur Kenntnis zu nehmen, daß Castros Cuba das einzige unter mehr als zwanzig lateinamerikanischen Ländern ist, in dem jedes Kind genug zu essen bekommt und zur Schule gehen kann, in dem auch der einfachste Landarbeiter Zugang zu ärztlicher Versorgung hat.

Der Sieg der Sandinisten - und nicht zuletzt die Reaktion Washingtons darauf - haben in ganz Lateinamerika das Bewußtsein dafür geschärft, daß die zweite Befreiung des Kontinents, die Befreiung von Armut und Unterdrückung, noch immer aussteht.

Simón Bolívar - der erste Befreier Lateinamerikas - wird in den akademischen Salons Europas gefeiert, doch seine legitimen Erben sind nicht die Herren in den dunklen Anzügen, sondern die Guerrilleros in den Bergen.

CHILE

Demokratie jetzt

Die Proteste gegen das Pinochet-Regime nehmen an Stärke immer noch zu. Während die Regierung unter Hinweis auf die Verfassung Zeit zu gewinnen versucht, beginnt bereits das taktische Gerangel der Parteigruppierungen der Opposition um eine gute Ausgangsposition für die Zukunft. Die von der Wirtschaftskrise am stärksten betroffenen Massen der arbeitslosen und hungernden Bewohner der Vorstädte der großen Städte fragen nicht viel nach der günstigsten Taktik für den Sturz der Diktatur. Sie nutzen jede Gelegenheit und jede Methode, ihren Ruf nach Arbeit, Brot und Freiheit hören zu lassen.

An der ersten Großkundgebung, die seit zehn Jahren in Santiago stattgefunden hat, haben am 11. Oktober anlässlich des sechsten nationalen Protesttages mehr als hunderttausend Menschen teilgenommen.

Die Regierung hatte die ursprünglich vorgesehenen Protestmärsche über Land nach Santiago zwar ebensowenig erlaubt wie eine Durchführung der Kundgebung in der Nähe des Regierungssitzes im Zentrum der Hauptstadt aber für einen großen Park im Westen der Stadt wurde sie doch genehmigt.

Obwohl viele der Teilnehmer vor zehn Jahren noch Kinder gewesen waren, erinnerte vieles an die Demonstrationen und Kundgebungen, wie sie vor 1973 üblich gewesen waren: die Fahnen, die Transparente, die Slogans, die Kampfrufe, die eigentümlich fröhlichen Hüpf-Prozessionen: Die Großkundgebung wurde als ein mühsam erkämpfter politischer Freiraum zunächst einmal gefeiert.

Aufgerufen zu der Kundgebung hatte zunächst vor allem die Demokratische Volksbewegung (MDP), in der die Kommunistische Partei zusammen mit einem Sektor der Sozialistischen Partei den Ton angibt. Die Demokratische Allianz, in der von den Konservativen über die Christdemokraten und Sozialdemokraten bis hin zu den Sozialisten alles außer den Kommunisten vertreten ist, hatte sich den von der Regierung gesetzten Bedingungen nicht beugen wollen und deshalb eine offizielle Beteiligung abgelehnt. Dennoch waren die Christdemokraten beispielsweise massiv an der Kundgebung beteiligt und stellten sogar die beiden Hauptredner, den ehemaligen Senator Jorge Lavandero, der an der Spitze eines eher rechten politischen Bündnisses namens PRODEN steht und keine Gelegenheit ausläßt, sich als der kämpferischste Gegner der Diktatur zu beweisen, und Rodolfo Seguel, den jungen Vorsitzenden der Kupferarbeiter-Gewerkschaft, der durch seine unerschrockene Haltung und mehrere Verhaftungen schon die Statur einer nationalen Figur erreicht hat.

Lavandero und Seguel forderten unter dem Beifall der Menge die gesamte Opposition zur Einigkeit auf, um baldmöglichst den Rücktritt Pinochets und die Rückkehr zur Demokratie zu erreichen. An Umfang und Spontaneität der Teilnehmer übertraf diese Kundgebung um ein Mehrfaches die Versammlung, zu der sich die Anhänger Pinochets am 11. September, am zehnten Jahrestag des Putsches zusammengefunden hatten. Die Versammlung der Opposition war auf allen Seiten von starken Polizeikräften umgeben und wurde außerdem von Hubschraubern aus kontrolliert. Zu Zusammenstößen mit der Polizei kam es aber nur, als nach dem Ende der Kundgebung kleinere Gruppen ins Stadtzentrum von Santiago vordringen wollten.

Die Einigkeit der Opposition herzustellen scheint tatsächlich keine sehr einfache Aufgabe zu sein, zumal auch die sozialen Unterschiede zwischen den verschiedenen Gruppen, die Pinochet und die Diktatur ablehnen, sehr groß sind. Zunächst einmal ist die Kontrolle auf dem Land, außerhalb von Santiago, Valparaiso und Concepción und anderen größeren Städten doch noch so groß, daß Elend und Verbitte-rung nur sehr selten oder nie in politischen Protest umschlagen. In den Städten aber hat die Wirtschaftspolitik in den zehn Jahren der Militärdiktatur die Kluft zwischen den 'ricos' und den 'rotos', zwischen den Reichen und den Zerlumpten, zwischen der stöhnenden, aber doch irgendwie ganz gut überlebenden Mittel- und Oberschicht und den Massen der Arbeiter, Gelegenheitsarbeiter und Arbeitslosen noch erheblich vertieft.

Für die Massen in den Elendsvierteln ist der Kampf gegen die Diktatur ein fortdauernder Akt der Verzweiflung. Sie lassen sich in ihrer Empörung und Wut nicht irgendeinem taktischen Kalkül unterordnen und sind auch in der Wahl ihrer Mittel nicht kleinlich, wenn es darum geht, ihren Willen bekanntzumachen. Die brennenden Barrikaden an den nationalen Protesttagen sind Ausdruck ihres Zorns.

Die besseren Stände dagegen wären zwar auch gern die Diktatur so schnell wie möglich los, aber sie möchten auch gern die Sicherheit haben, daß das Pendel nicht in eine andere Richtung ausschlägt, die ihnen ähnlich unangenehm ist. Die Angst vor Gewalt oder vor dem Kommunismus schlägt dann gelegentlich in Apathie um. Indem Politiker wie Jorge Lavandero sehr radikal auftreten, wollen sie ihren Anhängern in der Bourgeoisie zeigen, daß sie die Opposition kontrollieren können und daß deshalb diese Angst unbegründet ist. Dagegen versuchen die Christdemokraten in der Demokratischen Allianz, auf diese Befürchtungen Rücksicht zu nehmen, indem sie auf eine direkte Zusammenarbeit mit der Kommunistischen Partei verzichten und ihre Bereitschaft zum Dialog mit der Regierung immer neu betonen. Damit aber erhalten die Kommunisten einen größeren Spielraum in den Arbeitervierteln und Elendssiedlungen, wo man in den Gesprächen mit einer Regierung, die zu keinerlei Zugeständnissen bereit ist, keinen Sinn sieht.

Auf diese Weise spiegeln sich die sozialen Gegensätze innerhalb der Opposition gegen Pinochet auf gebrochene Weise in den - eigentlich immer noch völlig illegalen - politischen Organisationen der Opposition wieder. Unter dem Innenminister Jarpa versucht die Regierung, darauf damit zu antworten, daß sie die verschiedenen Gruppierungen gegeneinander auszuspielen sucht. Demokratie verspricht sie im Rahmen der Verfassung. Die aber sieht wirkliche Demokratie überhaupt nicht vor und eine gelenkte und kontrollierte "Demokratie" auch nur sehr viel später. Die Massen in Chile aber wollen "Demokratie jetzt!"

Pedro F. Ramirez und Juan P. Cardenas verhaftet

Wenige Tage nach dem 5. Nationalen Protesttag in Chile, der zugleich der 10. Jahrestag des Militärputsches war, sind zwei prominente Gegner des Pinochet-Regimes verhaftet worden. Es handelt sich dabei um Pedro Felipe Ramirez, führendes Mitglied der Christlichen Linken (IC) und Ex-Minister Allendes, sowie um Juan Pablo Cardenas, Chef-Redakteur der oppositionellen Zeitschrift ANALISIS, die bereits mehrfach in den letzten Jahren von der Diktatur gezwungen worden war, längere Erscheinungspausen einzulegen.

Der Grund der Verhaftungen: Cardenas wurde festgenommen, weil er im Editorial der September-Ausgabe von ANALISIS eine Beendigung des gegenwärtigen Regimes gefordert hatte - und weil er in der gleichen Ausgabe ein Interview mit Pedro Felipe Ramirez abdrucken ließ.

In dem Interview, das bereits im August geführt worden war - wenige Tage nach der Ermordung des Bürgermeisters von Santiago (Militär-Intendent) - gibt Ramirez seiner Überzeugung Ausdruck, daß der Mord von den faschistischsten Kreisen des Regimes inszeniert worden ist, um eine weitere Öffnung des Regimes und einen "Dialog" mit einem Teil der Opposition, der Alianza Democratica, zu verhindern.

Ramirez kritisiert in dem Interview die Ausschluß-Politik der Alianza Democratica (AD) und betont, daß seine Partei für eine breitere Allianz unter Einschluß aller Kräfte des Sozialismus, auch der kommunistischen Partei, eintrete.

Den von der AD angestrebten und eingeleiteten "Dialog" mit dem Regime beurteilt Ramirez sehr skeptisch, indem er darauf hinweist, daß Innenminister Jarpa, mit dem der Dialog geführt wird, eine total von Pinochet abhängige Figur sei. Wie könne man mit einem Lakaien des Diktators über dessen Sturz verhandeln? Pinochet habe inzwischen mehrfache Beweise geliefert, daß Jarpa nur seine Marionette sei, und Jarpa selbst habe auf seine völlige Abhängigkeit von Pinochet verwiesen. Gleichzeitig habe der Diktator erklärt, daß eine Abweichung von den Übergangsbestimmungen der Verfassung - gemeint ist der Zeitraum bis 1989 - überhaupt nicht in Frage komme und durch keinen Dialog in der Welt denkbar sei.

Die entscheidende Stelle des Interviews, die zur Verhaftung von Pedro Felipe Ramirez geführt hat, ist jedoch sein Aufruf zum zivilen Ungehorsam. Sie lautet im Wortlaut (auszugsweise):

"Die einzige Art, dieses Land unregierbar zu machen, ist, den zivilen Ungehorsam zu erweitern und ihn als Methode des politischen Kampfes zu fördern. Die oppositionellen Äußerungen im Rahmen der Gesetze reichen nicht aus, auch nicht die innerhalb des halblegalen Spielraumes, den die Diktatur noch einräumt... Es ist unerläßlich, eine Praxis der Nichtanerkennung des Regimes auszuüben, die dazu führt, daß die Massen den Gehorsam verweigern: nicht das zu tun, was der Diktator verlangt und das zu tun, was er verbietet... Der Kulminationspunkt einer solchen Linie des Ungehorsams ist die völlige Paralisierung des Landes, die - unserer Meinung nach - eine historische Tradition als Kampfform innerhalb der chilenischen Volksbewegung darstellt... Es ist eine Kampfform, die das Land unregierbar macht, und danach muß Pinochet gehen."

Die Bundestagsfraktion der Grünen hat ein Protest-Telegramm an den chilenischen Innenminister Jarpa geschickt und die sofortige Freilassung von Ramirez und Cardenas verlangt. Gleichzeitig schickte sie ein Gruß- und Ermutigungstelegramm in das Gefängnis von Santiago, wo sich beide bei Redaktionsschluß (fast einen Monat nach ihrer Verhaftung) noch immer aufhielten.

Arbeiterforderungen abgeschmettert

Kabinettsumbildung

Nach dem Austritt des MIR (Bewegung der revolutionären Linken) aus der Regierungskoalition (s. LN 112 u. 118/119), reichten Anfang August sechs weitere Minister bei Präsident Siles Zuazo ihr Rücktrittsgesuch ein, um Siles die Kabinettsumbildung zu erleichtern. Der Präsident versuchte, bisher nur von seiner eigenen Partei MNRI (National-revolutionäre Bewegung der Linken) unterstützt, die jedoch nicht über eine parlamentarische Mehrheit verfügt, mit der Kabinettsumbildung seine politische Basis zu erweitern. Die privaten Unternehmer lehnten jedoch eine Regierungsbeteiligung strikt ab und der Gewerkschaftsdachverband COB macht die Annahme seines wirtschaftlich-sozialen Notstandsplanes zur Bedingung einer Beteiligung. In diesem Plan, der vom Präsidenten abgelehnt wurde, forderte die COB u.a. eine Ablehnung der Forderungen des Internationalen Währungsfonds IWF, Mitbestimmung der Arbeiter in Großbetrieben, zeitlich unbegrenzte Stundung der Auslandsschulden, Kontrolle der Finanzsysteme und 51% der Kabinettsitze. Siles konnte also mit dem neuen Kabinett, das er Ende August vereidigte, seine politische Macht nicht festigen.

In ihrem Amt bestätigt wurden Gesundheitsminister Javier Torres Goytia (MNRI), Informationsminister Mario Rueda Pena (MNRI), Energie- und Erdölminister Jorge Medina (MNRI), Minister für Verkehr und Fernmeldewesen Hernando Poppe Martinez (MNRI), Luftfahrtminister General Oscar Villa Urioste (Militär) und der Minister für Städte und Wohnungsbau Jaime Ponce (PDC, Christdemokraten). Die neuen Minister sind: Außenminister José Ortiz Mercado (MNRI), Verteidigungsminister Oberst a.D. Manuel Cardenas Mallo (MNRI), Innenminister Federico Alvarez Plata (MNRI), Bildungs- und Kulturminister Alcides Alvarado (MNRI), Arbeitsminister Ramiro Barrechenea (PCB, Kommunistische Partei), Industrie- und Handelsminister, Humberto Murt (MNRI), Landwirtschaftsminister Simon Yampara (unabhängig, MRTK-nahe), Planungsminister Roberto Jordan Pando (MNR), Minister im Präsidentschaftamt Benjamin Miguel Harb (PCD) Bergbau- und Metallurgieminister Carlos Calvajal (PCB), Finanzminister Fernando Babbista (MNRI).

Kein Ende der politischen Krise

Schon allein die Tatsache, daß die COB, d.h. die Arbeiter in diesem wichtigen Moment nicht an der Regierungsentscheidung beteiligt werden, programmiert eine innenpolitische Krise vor. Wäre andererseits Siles der COB-Forderung nach co-gobierno nachgekommen, der Putsch der Rechten und der Militärs hätte wahrscheinlich nicht lange auf sich warten lassen. Ganz abgesehen von der voraussehbaren Reaktion des IWF. Die Forderung von COB-Chef Lechin war für Siles auf jeden Fall unannehmbar und mit Sicherheit wußte das auch sein alter Rivale Lechin. Aber nun steht er da als konsequenter Vertreter der Sache des Volkes und

kann Siles für die Zuspitzung der Krise verantwortlich machen. Entsprechend reagierte die COB bereits mit scharfer Kritik auf das neue Kabinett und beschuldigte die Minister "willfährige Diener des IWF" zu sein. Die COB lehnt beispielsweise die Forderung des IWF nach Abschaffung aller Subventionen für Waren und einer 60% Abwertung des Peso als Voraussetzung für einen 350 Mio US-Dollar-Kredit ab. Stattdessen schlägt sie den Verkauf der Goldreserven im Werte von 300 Mio Dollar vor. Um sich gegen die "Hungerpolitik der Regierung" zu wehren, wurden weitere Protestaktionen angekündigt.

Mitte September wurde Siles Zuazo von seinem Vize Jaime Paz Zamora (MIR) vorgeworfen, daß er das Programm der UDP nicht erfüllt hätte. Paz Z. kritisierte außerdem die mangelnde Zusammenarbeit der Minister, die es z.B. nicht schafften, eine umfassende, wirksame Rauschgift-Kontrollpolitik zu entwickeln.

Wenige Tage später wurde dem Präsidenten von Seiten der PCB (Kommunistische Partei), Mitglied der Regierungskoalition, ein Alternativvorschlag zur Überwindung der Wirtschaftskrise überreicht, in dem u.a. die ökonomische Reaktivierung, die Festlegung einer Politik der Nahrungsmittelversorgung und die Stärkung des staatlichen Sektors gefordert wurde.

Die Regierung selber will bis November einen neuen Plan zur wirtschaftlichen Entwicklung vorlegen.

Siles erfüllt Forderungen der CSUTCB

Die Einheitsgewerkschaft der Landarbeiter und Bauern Boliviens (CSUTCB) hat dem Präsidenten Ende August ein Ultimatum bis zum 15.9. gestellt und mit Straßenblockaden gedroht, falls die Regierung nicht bis zu diesem Zeitpunkt Saatgut, Traktoren, Wasserpumpen usw. zur Verfügung stellt, um die Dürre und Lebensmittelknappheit auf dem Lande zu bekämpfen. Am 22. September erfüllte Siles die Forderungen der Bauern größtenteils und verhinderte damit die landesweite Straßenblockade.

Quellen: SAGO 43, Latin America Weekly Report, August, TAZ, Boletín Bolivia, August.

In SAGO 43 ist das Memorandum des früheren Finanzministers Flavio Machicado (parteionabhängig, Vertreter einer IWF-konformen Konsolidierungspolitik) abgedruckt, das Machicado seinem Rücktrittsgesuch beifügte. Aus Platzgründen können wir es hier nicht abdrucken, weisen aber extra für Interessierte auf diese Quelle hin.



Der schlafende Riese erwacht

Ende Juni 1983 fand in La Paz der II. Nationale Bauernkongress der CSUTCB statt. Dieser Kongress war von besonderer Bedeutung, da er die Stärke des Movimiento Tupac Katari, der unabhängigen Bauernbewegung zeigte. In diesem Artikel wird im ersten Teil die Entwicklung der Bauerngewerkschaft aus der Abhängigkeit einer officialistischen Organisation hin zum starken, unabhängigen Bündnispartner der Arbeiterschaft nachgezeichnet. Im zweiten Teil werden wesentliche Vorgänge des Kongresses dargestellt.

Selbstbewusstsein und Kampfgeist

Die Frauen und Männer klatschten rhythmisch und riefen im Stakkato: "Genaro - Genaro - Genaro". Eine Zamponakapelle setzte mit ihrer Musik ein, der Kongress tanzte. 60 Minuten lang. Und immer das rhythmische "Genaro". - Auf diese eindrucksvolle Weise wurde Genaro Flores, charismatischer Aymara-Führer aus dem Hochland von La Paz in seinem Amt als Vorsitzender der Bauerngewerkschaft CSUTCB (Confederación sindical única de trabajadores campesinos de Bolivia) wiedergewählt.

Seine Bestätigung im Amt war Ausdruck der uneingeschränkten Hochachtung und Anerkennung seitens der campesinos für den langjährigen, beharrlichen Kämpfer der unabhängigen Bauernbewegung wie auch für den unbeirrbaren Widerstandskämpfer gegen die Militärdiktatur von García Meza. Aber diese Wahl war auch Ausdruck dafür, daß sich die kataristischen Gedanken und Forderungen innerhalb der gesamten organisierten Bauernschaft durchgesetzt hatten.

3000 campesinos hatten sich Ende Juni im Coliseo des Colegio Metodista in La Paz versammelt. Sie repräsentierten die Mehrheit der 5 Mio Bevölkerung des Landes.

Sie gehören unterschiedlichen kulturellen und ethnischen Gruppen an, sind Quechua, Aymara, Camba, Chapaco, Chiquitano, Ayoreodo oder Angehörige der übrigen zahlreichen Völker des Landes. Sie sagen von sich: "Wir sind die legitimen Herren dieses Bodens, aber man behandelt uns noch heute wie Ausgestoßene" (Tesis Política, S.1). Früher nannte man sie "indios", heute heißen sie "campesinos". Aber geändert hat sich dadurch wenig. Ihr Leben ist geprägt von den großen regionalen Unterschieden und der immensen Weite dieses Landes, die den Kontakt zwischen Dorfgemeinschaften erschwert.

Ihr entschiedenes Festhalten an der eigenen Sprache, den eigenen Werten und Traditionen sowie ihr tiefes Mißtrauen gegenüber den Weißen ist ihre Waffe und ihr Schutzwall zugleich. Sie haben ihre eigenen Kampfformen entwickelt: Sie blockieren die Überlandstraßen mit Arbeitsgerät, Steinen und Baumstämmen, wenn sie sich auf andere Weise kein Gehör verschaffen können.

Aber wie nur in wenigen Ländern des lateinamerikanischen Subkontinentes, ist es den bolivianischen campesinos gelungen, während des letzten Jahrzehntes schrittweise einen einheitlichen organisatorischen Zusammenschluß zu schaffen: 1979 wird die Gewerkschaftskonföderation der campesinos CSUTCB gegründet und wird Mitglied des mächtigen Gewerkschaftsdachverbandes COB (Central Obrera Boliviana).

Unter Führung der in den 60er Jahren im Hochland von La Paz entstandenen unabhängigen Bauernbewegung "Movimiento Tupac Katari" ist es gelungen, die Parteibindung an die alte MNR (Movimiento Nacionalista Revolucionario) zu lösen, Paternalismus und 'Patenschaft' der diversen MNR- und Militärregierungen abzuschütteln und damit zu einem immer stärkeren politischen Gewicht im Lande zu werden. Der II. Nationale Kongress der CSUTCB, der von 24.-26.6.1983 in La Paz stattfand, machte diese Entwicklung deutlich.

Während die wirtschaftlich katastrophale Lage und die politische Instabilität Anlaß genug für die schlimmsten Befürchtungen geben (Vgl. LN Nr. 118/119): Massenelend und Hungersnöte, Militärputsch und erneute politische Unterdrückung, so setzt die Entwicklung der Bauernbewegung ein Zeichen der Hoffnung auf soziale Revolution. Dies ist keine Hoffnung, die heute oder morgen Wirklichkeit wird, aber sie zeigt eine Perspektive auf.

Identität der campesinos: Rasse oder Klasse?

"Wir, die campesinos Boliviens, sind die legitimen Erben der Anden-Zivilisationen und der Zivilisationen des tropischen Waldes... Unsere Geschichte, unsere Gegenwart und unsere Zukunft haben ein gemeinsames Merkmal: das ist der Kampf um unsere historische Identität, um die Weiterentwicklung unserer Kultur. Es ist der Kampf darum, endlich selber Subjekt der Geschichte zu sein..." Mit dieser Einleitung beginnt die "Tesis Política" der CSUTCB, vorgelegt auf dem II. Nationalen Kongress 1983. Das Bewußtsein der eigenen Geschichte, Sprache und Kulturüberreste sowie die tiefstehende Verletzttheit der über Jahrhunderte ertragenen Diskriminierung sind eine Grundlage der Identität der bolivianischen campesinos.



Diese ethnische, kulturelle und historische Identität der verschiedenen Völker des Landes hat aber auch über einen langen Zeitraum mit dazu beigetragen, eine Einheit der campesinos zu verhindern: Der Mann aus der Nachbarregion war schon ein Fremder, konnte sogar traditionell ein Feind sein. So standen die von den quechuasprachigen Inca eroberten Aymara noch Jahrhunderte später den Quechua-Bauern distanziert gegenüber. Und die weißen Herren - Spanier oder später Kreolen - konnten diese Differenzen immer wieder für sich ausnutzen.

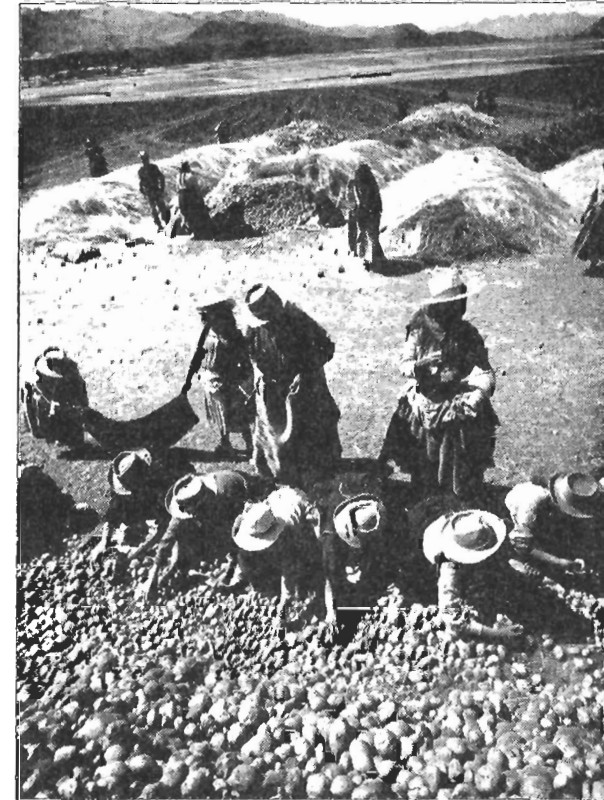
Die Ferne zwischen Hochland und Tiefland ist nicht nur in Kilometern zu messen. Sie bewirkt, daß die Bauern wenig von einander wissen, daß noch heute eher Vorurteile als Kenntnisse der Probleme existieren. "Die da unten müssen erst zivilisiert werden", sagen allen Ernstes gewerkschaftlich engagierte Hochland-campesinos. Daß die in der Folge des Kolonialisierungsprogrammes des tropischen Waldes abgewanderten Hochland-campesinos sich bisweilen in traditionelles Land der Urbevölkerung begaben und diese ethnischen Gruppen zurückdrängten, ist vielen Aymara und Quechua zumeist nicht bewußt. Insofern ist der folgende Absatz aus der "Tesis" keine rhetorische Floskel, sondern Ausdruck eines politischen Lernprozesses innerhalb der Bauernbewegung wie auch eines Programmes.

"Die verschiedenen ethnischen Gruppen, die unser Land bewohnen, sprechen nicht nur unterschiedliche Sprachen, sie leben auch in unterschiedlichen Organisationsformen, Weltansichten und Traditionen. Aber alle miteinander haben wir unter der spanischen Kolonialherrschaft gelitten und auch später unter den herrschenden Klassen der republikanischen Zeit. ...Man hat uns zu Menschen 2. Klasse erklärt. Auch die Landarbeiter, die in die Stadt zogen, entwurzelt durch die rassische Vermischung und Akkulturation von dieser Diskriminierung betroffen...Da wir alle Unterdrückte sind, verbindet uns der Wunsch nach Befreiung. Darüberhinaus verbindet uns die Tatsache, daß wir vergleichbaren Lebens- und Arbeitsbedingungen unterworfen sind". Die campesinos haben begriffen, daß ihre rassische und kulturelle Diskriminierung historische Konsequenz ist ihrer Unterdrückung als ausgebeutete Klasse und 'Eroberte'.

Die bolivianische Linke steht den Bauern traditionell distanziert gegenüber. Nach ihrer ideologischen Auffassung sind die campesinos nach der Agrarreform von 1953 zu selbständigen Landbesitzern geworden und damit - so folgern sie gemäß Marxistischer Kriterien - bewußtseinsmäßig auf der Seite des Kleinbürgertums, nicht des Proletariats.

Tatsächlich wurden viele campesinos nach 53 zu privaten Parzellenbesitzern. Aber die Anwendung der Marx'schen Erkenntnisse über die französischen Bauern des ausgehenden 18., beginnenden 19. Jahrhunderts auf die andine Landbevölkerung geht schlicht an deren materiellen Bedingungen vorbei.

"Sie unterteilen uns nach den Kategorien: 'Landbesitzer' oder 'Landloser', reicher Bauern oder Tagelöhner. Es gibt auch solche Leute, die uns als 'verschwindende Klasse' definieren. Das verbinden sie dann mit dem Aufruf, uns in die Reihen des Proletariats einzugliedern. Wir stimmen mit keiner dieser Meinungen überein. Analysiert man die soziale und ökonomische Struktur unseres Landes, erkennt man, daß wir in einer abhängigen kapitalistischen Wirtschaft mit gewissen kolonialen Merkmalen leben. Das ist jedenfalls die vorherrschende Produktionsform. Innerhalb dieser stellen wir campesinos ein unentbehrliches Element dar. Wir sind die Lieferanten billiger Nahrungsmittel und Rohstoffe, wir sind das Reservoir billiger Arbeitskräfte. Das Anwachsen der Minenwirtschaft und der Städte sowie die Bereicherung einer kleinen Ausbeuterschicht haben wir im Schweiß unseres Angesichts ermöglicht.



Daraus folgt, daß wir uns weder als eine marginalisierte noch als eine "verschwindende" Klasse betrachten. Wir sind die Mehrheit der Bevölkerung des Landes. Ganz gewiß sind wir keine Kleinbürger, nur weil wir etwas Boden besitzen. Für uns ist das Land in erster Linie eine Voraussetzung für unsere Arbeit. Außerdem ist es ein Erbe unserer Ahnen. Erst in zweiter Linie ist Land für uns Produktionsmittel.

Deshalb meinen wir auch, daß die sozioökonomischen Unterschiede keine Barriere für eine Einheit der Ausgebeuteten darstellen. Diese Unterschiede sind zweitrangig verglichen mit dem anderen Gegensatz: dem kapitalistisch-kolonialen (semikolonialen) System, das sich von unserer Arbeit und unseren Reichtümern ernährt." (Tesis Política, S.1)

Die Distanz linker Parteien gegenüber dem campesinado liegt aber nur zu einem Teil an ihrer verkürzten Klassenanalyse. Viele der führenden Kräfte der Linken waren und sind Städter, Weiße, Söhne der herrschenden Klassen. Ihre eigene Erfahrungswelt erstreckt sich nicht auf den campo. Ressentiments gegenüber dem ungebildeten, in seiner fremdartigen Kultur verhafteten "indio" waren nach der Revolution von 1952 weiterhin lebendig.

Dazu kam die politische Erfahrung. Die Bauernschaft band sich nach der Revolution eng an den herrschenden MNR, der an der Revolution beteiligt gewesen war. Und diese Partei verstand es in den Jahren

ihrer Regierung nach 52, sich den campesinos gegenüber als diejenige Kraft darzustellen, der die Bauern ihre Freiheit, bürgerlichen Rechte und den Besitz an Grund und Boden eigentlich verdankten. Verschüttet wurde das Bewußtsein der Bauern, an der Seite der Arbeiter selbst den Umsturz der alten Gesellschaftsordnung herbeigeführt zu haben. Institutionalisiert wurde diese Bindung durch von der MNR-Regierung geförderte oder selbst geschaffene Bauerngewerkschaften, die auf der lokalen Ebene oftmals zugleich die Dorfverwaltung waren. Seit der Militärdiktatur des MNR-Generals Barrientos, 1964, wurde sodann die Abhängigkeit durch den neugegründeten "Militär-Bauern-Pakt" noch verstärkt.

Das Bestreben des MNR nach Kanalisierung und Kontrolle der Bauernbewegung fand seine Entsprechung auf der Seite der Mehrheit der campesinos.

Die MNR-Regierungen hatten einen großen Teil bäuerlicher Forderungen von 1952/53 erfüllt, die Bauern mobilisiert, ihnen die politischen Rechte gegeben. Auf diese Weise hatte sie deren Vertrauen gewinnen können. Durch Verleihung von Privilegien und durch Korruption wurde die Einbindung in die Partei noch verstärkt. Als Mitglieder des MNR versprachen sich viele Bauerngewerkschaftsführer persönliche Vorteile sowie Vorteile für die eigene Dorfgemeinschaft. Der Militär-Bauern-Pakt war ein deutlicher Ausdruck der Spaltungspolitik der Regierenden. Die Bauern wurden gegen Minenarbeiter und städtisches Proletariat ausgespielt.

Und es gab einen wirtschaftlichen Gegensatz zwischen Arbeiterschaft und campesinado, den die Regierungen im Interesse ihrer Politik nutzten. Die Forderungen der schlechtbezahlten Arbeiter nach billigen Nahrungsmitteln wurde auf dem Rücken der campesinos durchgesetzt. Die Verantwortlichen redeten den campesinos immer wieder ein, daß es die Arbeiter seien, die sich gegen die Preiserhöhungen landwirtschaftlicher Produkte stellten. Die campesinos, meist isoliert produzierende Minifundisten, erkannten den Zusammenhang nicht, nämlich, daß von den niedrigen Preisen letztendlich nicht die Arbeiter, sondern die Unternehmer profitierten, die dadurch die Löhne weiterhin niedrig und die Gewinne hoch halten konnten. Arbeiter und Bergleute - selbst Opfer härtester Ausbeutung - wurden in den Augen der campesinos Teil des Systems, das ihre Armut bedingte.

Das Militär hingegen stellte sich selbst dar als Bündnispartner der campesinos. Bei der "accion civica", einer Art ländlicher Entwicklungshilfe von Soldaten im Rahmen des Militär-Bauern-Paktes, wurden Schulen gebaut und Latrinen ausgehoben. Die Leistungen waren gering, aber die Kontrolle groß. Geschickt verhinderten die Militärs so eine Solidarisierung mit den einsetzenden politischen Kämpfen in den Bergwerks-siedlungen.

Aber auch die Avantgarde der Arbeiterschaft selbst stand einer solchen Solidarisierung objektiv entgegen. Hatten 52/53 noch Bergarbeiter und Arbeiter Schulter an Schulter mit campesinos in den Milizen für bessere Lebensbedingungen gekämpft, so wiesen die Arbeiter bei der Gründung ihres Gewerkschaftsdachverbandes COB die campesinos an den Katzentisch. Dies entsprach der Überzeugung der einflußreichen trotzkistischen und kommunistischen Parteien, die in ihrer Vorstellung den Klassenkampf einengten auf den Gegensatz Bourgeoisie-Proletariat. Das campesinado spielte in diesem Klassenkampf - so meinten sie - eine nur unerhebliche Rolle.

Und die campesinos, noch viel zu desorientiert, politisch unerfahren und zu schwach in ihren eigenen Organisationen, überließen sich der Vormundschaft des MNR und dem Ministerium für Bauernangelegenheiten. Die Allianz in Form von gleichberechtigtem gewerkschaftlichen Zusam-

menschuß und Unterstützung der campesinos durch die politisch so erfahrenen Bergleute und Arbeiter, fand nicht statt. Dieser Hochmut gegenüber den rückständigen "indios" bzw. den "kleinbürgerlichen selbständigen Grundbesitzern", sowie das Unverständnis gegenüber ihren spezifischen Problemen, erleichterte es den MNR-Fraktionen und dem Militär geradezu, sich der campesinos "anzunehmen".

Es dauerte bis in die 70er Jahre, daß sich nennenswerte Teile des campesinados schrittweise aus dieser fatalen Umarmung lösen konnten.

Erst Ende der 70er Jahre wird die Allianz zwischen der nun unabhängig gewordenen Bauernbewegung und der Arbeiterschaft hergestellt. Dazwischen liegen Erfahrungen des Kampfes gegen die Banzer-Diktatur und die Bemühungen um Emanzipation innerhalb der Bauernorganisationen. Im Juni 1979 wird die CSUTCB gegründet und wird Mitglied des Gewerkschaftsdachverbandes COB. Ihr gesellschaftliches Gewicht zeigt sich u.a. während der Diktatur der Drogenmafia um Garcia Meza zwischen 1980 und 82, als der Vorsitzende der CSUTCB, Genaro Flores, auch COB-Vorsitzender wird, weil Generalsekretär Juan Lechin Oquendo während des Putsches von Garcia Meza gefangen genommen und ins Exil gezwungen wurde. Flores führte vom Untergrund aus die COB weiter und organisierte zusammen mit anderen Gewerkschaftsführern den Widerstand, bis er selbst im Juli 1981 von Paramilitärs angeschossen wurde. Er überstand Gefangenschaft und Verhör, durfte auf internationalen Druck hin ausreisen, um sich ärztlich behandeln zu lassen, und kehrte, kaum war die dringende medizinische Versorgung abgeschlossen, Januar 82 zurück nach Bolivien. Noch immer waren die Militärs an der Macht, Flores übernahm wieder den Vorsitz der COB. Er wollte, so sagte er, "beim Volk sein, teilnehmen an ihrem Widerstand."

Als Folge der Schüsse vom Juli 81 ist er von der Taille abwärts gelähmt, gefesselt an den Rollstuhl. Aber das schränkte seine politische Kampfbereitschaft nicht ein. Während noch zahlreiche der linken und demokratischen Politiker im Exil warteten, daß die Militärdiktatur stürzen würde, setzten Genaro und seine Genossen mit den im Lande gebliebenen Arbeiterführern die "Wühlarbeit" gegen die Diktatur fort. Für viele Menschen verkörpert dieser beharrliche, listige und zähe Genaro die guten Eigenschaften der campesinos, ist er die lebendige Geschichte der unabhängigen Bauernbewegung.

Das Movimiento Tupac Katari

Keim, Rückrat, Speerspitze zugleich der Bauernbewegung und der CSUTCB ist das unabhängige "Movimiento Tupac Katari". Es entstand Ende der 60er Jahre in Aroma im Hochland von La Paz, der Heimat des Volkshelden, des Widerstandskämpfers gegen die Spanier, Tupac Katari.

Während linke Parteien versuchten, außerhalb der officialistischen Gewerkschaften eigene Bauernorganisationen aufzubauen - und damit scheiterten, traten hier parteiungebundene Bauernsöhne der Region, wie beispielsweise G. Flores, den langen Marsch durch die Institution an, d.h., sie begannen Maulwurfsarbeit innerhalb der staatlichen Organisationen. Eine Tatsache, die noch lange Zeit das Mißtrauen linker Parteien gegen sie begründete. Jedoch nur innerhalb der officialistischen Gewerkschaften waren die Massen anzutreffen. Also entschlossen sich die "Kataristen" für diesen Weg. Sehr schnell zogen sie immer mehr campesinos auf ihre Seite. Ihre Forderungen prägen noch heute das politische Selbstverständnis der CSUTCB: bessere, "gerechte" Preise für die Agrarprodukte, gewerkschaftliche Unabhängigkeit, Möglichkeit der Weiterentwicklung eigener kultureller Werte sind einige der zentralen Forderungen.



Bei den Kataristen herrschte allgemein eine ablehnende Haltung gegenüber der COB vor. Sie sahen sie einzig als Organisation der Lohnempfänger an. Erst zwischen 1977/78, im Kampf um demokratische Freiheiten und gegen die Banzer-Diktatur, rückten kataristische Bauern, Arbeiter, Mineros und linke Parteileute näher aneinander.

Auftakt zum Kongress

Vier Jahre nach der Gründung der CSUTCB lieferte der II. Nationale Kongress insgesamt ein eindrucksvolles Bild der Konsolidierung des bolivianischen campesinado unter der Führung des Movimiento Tupac Katari. Der Platz innerhalb des Gewerkschaftsdachverbandes COB ist mittlerweile unumstritten. Das campesinado hat begonnen, sein Machtpotential im Kampf um eine grundsätzliche Demokratisierung der Gesellschaft einzusetzen – selbständig, aber an der Seite der organisierten Arbeiterschaft.

Es war der erste nationale Bauernkongress, wo tatsächlich sämtliche Departamentos des Landes von demokratisch gewählten Delegierten vertreten wurden. Schon allein die Tatsache, daß dieser so überaus heterogene und zahlenmäßig so große Teil der arbeitenden Klasse einen Kongress auf nationaler Ebene durchführt, beweist die Dynamik der Organisation und ihrer Führer. Da war keine Regierung, die, wie

in früheren Jahren, als Geldgeber und pater familias die Angelegenheit in die Hände nehmen konnte, keine Partei, die die Bauernschaft als ihre Klientel hätte benutzen können. Wiewohl dies vielfach versucht worden war.

Anders als manche Arbeiterführer der COB, ist es ein Merkmal der dirigentes aus der Bauernschaft, noch nicht verformt zu sein durch Bürokratisierung. Wach und mißtrauisch setzen sie sich immer weiter ab von nationalistisch-reformerischen Strömungen innerhalb der wiedererstarkten Demokratie.

Die Erfahrungen vom Militärputsch 80 und vom gemeinsamen Widerstand, von Exil und Untergrundarbeit haben bei den kataristischen Führern der 'ersten Stunde' wie auch bei der neu herangewachsenen Generation ein nie dagewesenes politisches Bewußtsein erzeugt. -

Die zentralen Forderungen lagen schon seit Jahresbeginn bei der Regierung auf dem Tisch. Im April 83 blockierten die campesinos die Überlandstraßen, um ihren Forderungen Nachdruck zu verleihen (Vgl. LN Nr. 118/119). Sie verlangten die Weiterführung der Agrarreform, staatliche Hilfen bei der Schuldentilgung von Kleinbauern, Einrichtung direkter Transportverbindungen für Agrarprodukte unter Ausschaltung des Zwischenhandels, Modifizierung des Gesetzes über den coca-Anbau zugunsten der Kleinbauern und Einrichtungen zur industriellen Verarbeitung von coca für beispielsweise medizinische Zwecke, sowie die Beteiligung der Bauern bei der Planung ländlicher Entwicklungsprojekte.

Die zentrale politische Forderung war das "co-gobierno", die mehrheitliche Beteiligung der Arbeiterschaft in der Regierung.

Intellektuelle als Bündnispartner

Eine Besonderheit dieses Kongresses war die aktive Teilnahme von Sozialwissenschaftlern und Mitarbeitern aus verschiedenen sozialen Institutionen, die auf dem campo arbeiten und seit geraumer Zeit den Aufbau der unabhängigen Bauerngewerkschaft unterstützt hatten. Sie waren entscheidend beteiligt an der Ausarbeitung der politischen Analysen und programatischen Entschlüssen, die als Diskussionsvorlage den Delegierten bei der Arbeit in den verschiedenen Ausschüssen dienten.

Tatsächlich resultiert dieser starke Einfluß der Intellektuellen aus dem politischen Vakuum, daß nach der Ablösung vom MNR auf dem

Lande entstand. Die linken Parteien waren dort praktisch abwesend. Die aus dem neuen 'indianischen' Selbstbewußtsein entstandenen Parteien sind selbst noch im Aufbau begriffen. Es fehlt an Funktionären auf den mittleren Ebenen, an politischen und gewerkschaftlichen Bildungseinrichtungen.

Was in den Städten und Bergwerksiedlungen schon lange Tradition der linken Parteien ist, hat auf dem Lande stets gefehlt. Das erklärt, warum – anders als bei den Arbeiterkongressen – die politischen Einschätzungen und programatischen Erklärungen nicht von der Basis formuliert oder auf dem Umweg über die Parteien in die Gewerkschaft eingebracht werden. Es wäre aber sicher falsch, daraus abzuleiten, die Intellektuellen hätten nun statt des MNR oder der Militärs die Vormundschaft übernommen.

In den Kommissionen wurden die Vorlagen ausgiebig von den Delegierten diskutiert, verworfen oder durch eine Serie von Forderungen konkretisiert.

Wenn jedoch die Unterstützung der Intellektuellen ein Stückweit das

Fehlen an politischer Orientierung ersetzt, so muß doch die politische Linke, die jetzt wiederholt die Allianz zwischen Arbeitern und Bauern propagiert, dies Defizit als Herausforderung annehmen. Es darf allerdings nicht als Aufforderung interpretiert werden, die alten paternalistischen Verhältnisse wieder herzustellen, wie MNRI und MIR das schon wieder seit geraumer Zeit versuchen. Ihre Anwesenheit auf dem Kongress war unübersehbar.

Applaus für Sozialisten

Die bolivianische Fahne, versehen mit der Aufschrift "Gloria a Tupac Katari" prangte an der Wand hinter dem Präsidium. Da saßen Genaro Flores in seinem Rollstuhl, die übrigen Präsidiumsmitglieder und die Ehrengäste. Die dort oben Versammelten spiegelten die politische Wandlung wieder, die das campesinado durchgemacht hatte. Da saßen die Repräsentanten aus Cuba, Nicaragua, der salvadorianischen FMLN und Exilgewerkschafter aus Uruguay. Früher hatten auf diesen Plätzen ausschließlich Christdemokraten, bestenfalls Sozialdemokraten sowie Kirchenleute gesessen. Zwar war diese selbstverständlich immer noch präsent, aber Padre Julio Tumiri, Präsident der bolivianischen unabhängigen Menschenrechtskommission repräsentierte den fortschrittlichen Teil der katholischen Kirchen. Und der Vertreter des rechten christdemokratischen lateinamerikanischen Gewerkschaftsbundes CLAT fühlte sich in diesem Rahmen sicherlich unwohl.

Der große Applaus der Anwesenden galt - zur Überraschung der Ehrengäste - den Vertretern Cubas. Es zeigte sich, daß die Ideen des Sozialismus - jahrzehntelang den campesinos als das Schreckgespenst eingehämmert - kein Tabu mehr waren.

Dennoch sind antisozialistische und antikommunistische Vorurteile nicht total überwunden - wie sollten sie auch so schnell? Der Einfluß fortschrittlicher Kirchenleute, die bemüht sind, einen "dritten Weg" zwischen Kapitalismus und Sozialismus zu entwickeln, ist noch immer erheblich. Sozialismus als Perspektive nationaler Befreiung



wird noch nicht in der Allgemeinheit diskutiert, das beweisen die Abschlußdokumente des Kongresses, in denen vage von "nationaler Befreiung" und "Schaffung einer Gesellschaft ohne Ausbeuter und Ausgebeutete" gesprochen wird. - Immerhin.

Der spontane Applaus für den Cubaner und seine mittelamerikanischen Kollegen war ganz sicher in erster Linie ein Zeichen der Solidarität mit dem antiimperialistischen Kampf und dem Willen der Nachbavölker, eine unabhängige, gerechtere Gesellschaft zu schaffen.

Zugleich ist diese Sympathieumgebung aber auch ein Fingerzeig für die traditionellen und paternalistischen Linken sowie die Reformisten, die immer meinen, die bolivianischen campesinos seien noch nicht reif für die Einsicht, daß einzig eine sozialistische Revolution die Bedingungen schaffe, um ihre kulturellen Werte und sozialen Forderungen, d.h. ihre Identität zu verwirklichen.

Kritik an den Regierungsparteien

Die Eröffnungsansprachen - stets zweisprachig auf Aymara bzw. Quechua und spanisch, bisweilen auch dreisprachig gehalten! - durchzog ein Thema: Der Stolz auf die mühsam erkämpfte Unabhängigkeit der Bauernorganisation.

Gezielt richteten sich darüberhinaus die Reden gegen die politische Rechte jedweder Schattierung wie andererseits auch gegen die Regierungsparteien. Auch der aus der Regierungsverantwortung ausgetretene Movimiento de la Izquierda Revolucionaria (MIR) wurde von der Kritik nicht ausgenommen. Alle hatten nach altbewährtem Muster versucht, die campesinos wieder vor den eigenen Karren zu spannen. Diesmal war es ihnen nur nicht gelungen. Aus den Beiträgen sprach Zorn über die wiederholten Versuche, mit plumpen Methoden die Bauernschaft zu spalten und wieder zur Manipulationsmasse zu machen. Sogar während des Kongresses waren die Lobbisten aktiv: Hier wurde einigen dirigentes von regierungsseite ein Auto mit Chauffeur angedient, da wurde zu Saufnächten geladen, dort gab es Geldversprechungen. Alles wie gehabt.

Genaro Flores' viel beachtete Rede faßte die Kritik und das neu gewonnene Selbstbewußtsein zusammen: "Wir campesinos benötigen keine Parteien, die uns nur ihr Markenzeichen verleihen wollen... Wir kämpfen um die direkte Teilhabe an der Staatsführung, um das von der COB geforderte co-gobierno. Dies ist der einzige Weg, den demokratischen Prozess in diesem Lande zu konsolidieren und zu vertiefen. Die gegenwärtigen konstitutionellen Freiheiten sind uns nicht von irgend einer politischen Gruppierung geschenkt worden. Die Arbeiter und campesinos haben mit ihrem Blut für die Rückkehr zur Demokratie gekämpft. Die campesinos werden eine Rückkehr der Militärs an die Macht nicht wieder zulassen. Die Unternehmer müssen endlich aufhören, die Arbeiter nur auszubeuten. Wir haben gegen Diktatur, die Kaste der rechten Parteien und den Drogenhandel gekämpft, jetzt werden wir gegen diejenigen politischen Parteien kämpfen, die ihren Vorteil zu Lasten der Mehrheit der Bevölkerung erwirtschaften wollen..."

Zu den Versprechungen von Präsident Siles hinsichtlich einer Agrarreform stellte er richtig:

"...Wir dulden keinen Aufschub mehr... Wir fordern die Verteilung der gesamten Ländereien (des Staatslandes, d.A.) an die campesinos (Applaus!) Das Land gehört dem, der es bearbeitet. Die Großgrundbesitzer sollen den campesinos die großen Ländereien überlassen, die sie bereits zu Zeiten früherer Regierungen besetzt hatten. Die jetzige Regierung hat die große Chance, eine wirkliche Volksregierung zu sein. Will sie das, muß sie das Land an die campesinos verteilen und die Vertretung der Arbeiter an der Regierungsgewalt zugestehen."

Große Worte. Inzwischen ist klar, daß Präsident Siles sich auf diese Maximalforderungen nicht einließ. Aber er, sowie auch jeder andere Politiker, der an die Regierungsmacht strebt, weiß seit spätestens dem Kongress, wo die campesinos stehen, und sie werden mit ihnen rechnen müssen.

Auch eine neue Agrarreform nach dem Wunsch der CSUTCB wird in absehbarer Zeit die Regierung Siles nicht durchsetzen. Desilusionierung

und Bitterkeit über die UDP (das Bündnis der Regierungsparteien) sprach aus zahlreichen Beiträgen. Verstärkt wurde die Desilusionierung über die Regierung noch durch die Aktivitäten einzelner Funktionäre aus dem Landwirtschaftsministerium, die versuchten, noch während des Kongresses diesen zu spalten, in dem sie u.a. bei den Vorstandswahlen Gegenkandidaten präsentierten, die keinerlei Mandat besaßen, dafür aber die Unterstützung der Departamentalpräfektur.



Campesino-Frauen kritisieren Manipulation

Besonders hart prangerten die Frauen des Kongresses Versuche politischer Vereinnahmung an. In einem Interview mit der Zeitung "Aqui" vom 2.7. sagte Lucila Mejía, dirigente der Nationalen Föderation der Landfrauen, "Bartolina Sisa":

"Von uns sind 243 ordentliche stimmberechtigte Delegierte auf dem Kongress. Darüberhinaus konnten aber nur wenige Frauen als beratende Delegierte teilnehmen, es fehlte einfach das Geld für die Reise. Aber dann ist es bitter festzustellen, daß das Landwirtschaftsministerium und die Parteien eine Menge Frauen hinschicken, die über keinerlei Votum der Basis verfügen, die sich aber auf dem Kongress breitmachen".

Lucila Mejía kritisierte aber auch die eigenen Genossen und machte sie dafür mitverantwortlich, daß die gewählten Repräsentantinnen zu wenig zum Zuge kamen:

"Wir Frauen waren verantwortlich für die Verköstigung der Kongreßteilnehmer - und das waren sehr viele! Statt in den Kommissionen zu arbeiten, mußten wir das Essen für unsere compañeros kochen.. Statt unserer arbeiteten zumeist die Frauen aus den Parteien MNRI, PCB und MIR in den Kommissionen. Diese Parteien versuchen, die Bauernbewegung zu ihren Gunsten zu manipulieren und zu spalten. Die Parteifrauen, die sich in die Kommissionen drängten, geben sich aus als

campesinas; tatsächlich aber gehören sie zum Kleinbürgertum. Wir hingegen, die campesinas, kochten das Mittagessen für die Kongreßteilnehmer. Das finden wir nicht richtig!"

Diese Anklage spricht für sich! Es wäre aber falsch, aus solcher Kritik an dem gedankenlosen machismo der Männer und dessen fataler politischer Auswirkung eine grundsätzliche Infragestellung von gemeinsam politischem Handeln zu lesen.

Lucila de Morales, Vorsitzende der Föderation "Bartolina Sisa" begann ihre Eröffnungsrede mit den Worten:

"Wir sind heute zusammengekommen, Männer und Frauen, um die Probleme des campesinado zu analysieren. Es ist das erste Mal, daß wir Frauen offiziell am Nationalen Bauernkongress teilnehmen. Frauen und Männer müssen Wege suchen, die Ausbeutung abzuschaffen..."

Uns campesinas steht ebenso wie den Männern das Recht zu, uns gewerkschaftlich zu organisieren. Von alters her wurden wir Landfrauen stets vergessen. Aber heute stehen wir an der Seite unserer compañeros..."

Die Landfrauen -Föderation wurde 1980 gegründet. Während dieser kurzen Zeitspanne hat bereits eine erhebliche Politisierung der Frauen auf dem Lande stattgefunden. Ihre Gewerkschaftsführerinnen zeichnen sich aus durch einen hohen Grad politischen Bewußtseins und Kampfbereitschaft.

Und auch wenn jetzt noch keine dieser Frauen am Präsidiumstisch saß und sie im Vorstand der CSUTCB nur als dirigentes ihrer Föderation bzw. im Referat "Frauen" vertreten sind, so zeigt doch die Teilnahme der Frauen an den politischen Kämpfen draußen, wie an den Diskussionen während des Kongresses, daß diese Ordnung sich bald ändern muß!

Wer weiss, was wird?

Der schlafende Riese, wie einst ein bolivianischer Dichter das campesinado seines Landes nannte - ist erwacht. Die kleine traditionsreiche und kämpferische Arbeiterschaft des Landes hat einen starken Verbündeten bekommen. Innerhalb des linken Spektrums zeigen sich Anfänge für eine Neuorientierung und ideologische und organisatorische Veränderungen. Die Frauen auf dem Lande lösen sich schrittweise aus ihren alten Fesseln. In Bolivien gärt es. Aber es herrschen Hunger und Not. Es gibt die Allianz von Drogenmafia, rechten Militärs, rechten Parteien und Gruppierungen, die entschieden an ihren Privilegien festhalten werden. Die Zeichen stehen auf Sturm.

Quelle: J. Hurtado Mercado: El Movimiento Tupa Katari, unveröffentl. Manuskript; Aqui Nr.94, 1983; Tesis Política de la CSUTCB, 11. Congreso Nacional de la CSUTCB, La Paz, Junio, 1983; eigene Korrespondent/Korrespondentin



Bei Rückkehr zum Privathof Kredite erwartet: Indiomarkt in Peru.

ARGENTINIEN

Militär und Parteien vor den Wahlen

Nach siebeneinhalb Jahren Diktatur haben die argentinischen Militärs auf allen Gebieten abgewirtschaftet. Seit dem Fiasko des Malvinenkrieges im vergangenen Frühjahr versprechen sie Wahlen, die jetzt am 30. Oktober stattfinden sollen. Bevor sie sich jedoch in die Kasernen zurückziehen, versuchen sie mit Hilfe verschiedener Dekrete und Gesetze eine Strafverfolgung ihrer Verbrechen während der Diktatur zu verhindern.

Die argentinischen Parteien befinden sich bereits voll im Wahlkampf. Nach jahrelanger erzwungener Paralyse des Partellebens treten die alten Führer nun wieder auf die politische Bühne. Im folgenden Artikel wollen wir schwerpunktmäßig die beiden wichtigsten Parteien, die "Radikale Bürgerunion" UCR und den Peronismus charakterisieren.

Spätestens die katastrophale Niederlage des argentinischen Militärs im Krieg um die Malvinen und die daraufhin einsetzende Welle des Protests gegen das Regime (vgl. LN 103, 104, 105) machten der herrschenden Militärjunta klar, daß ihre Tage gezählt sind. Die Diktatur



Die reiche Dame fragt:
"Spreche ich mit General Nicolai-
ides? Könnten Sie mir sagen, wes-
halb sie gegen Isabelita geputscht
haben?"

hat in jeder Hinsicht abgewirtschaftet. Mit der vom ehemaligen Wirtschaftsminister entworfenen neoliberalen Politik, durch die die marode Wirtschaft saniert werden sollte, produzierte das Regime lediglich eine enorme Auslandsschuld von heute über 40 Mrd. US-\$, deren Raten mehrfach nicht zurückgezahlt werden konnten. Die Öffnung des argentinischen Marktes für Importgüter führte zum Ruin vieler Industriebetriebe. Die Arbeitslosigkeit stieg auf weit über die offiziellen 20%. Hunger und soziale Not breiteten sich in einem Land aus, das einmal zu den reichen Ländern der Erde gehörte. Auch das Ziel, die Gewerkschaftsbewegung zu zerschlagen, erreichten die Diktatoren nicht. Immer stärker wurde in den letzten drei Jahren die Forderung nach Gewerkschaftsfreiheit und sozialen Ver-

besserungen. Streiks und Generalstreiks gefährdeten immer stärker die Macht der Militärs. Nicht zuletzt die konsequente Arbeit der Menschenrechtsbewegungen hat die Militärs in die Defensive getrieben. Ein letzter Versuch der Diktatur, ihre Verbrechen zu rechtfertigen war das zynische Dokument über den "schmutzigen Krieg", in dem die Verhaftet-Verschwundenen für tot erklärt und die Verbrechen der Militärs und Paramilitärs legitimiert wurden. (Vgl. LN 115) Aber es gelang nicht, damit einen Schlußstrich unter dieses Problem zu ziehen: das Dokument provozierte eine Welle des Protests von seiten der Menschenrechtsorganisationen, der Parteien und Gewerkschaften.

Die Militärs wollen sich selbst amnestieren

Bevor die herrschenden Militärs die Regierung abgeben, wollen sie durch das "Gesetz der Nationalen Befreiung", kurz "Amnestiegesetz" genannt noch dafür sorgen, daß unter einer zivilen Regierung keine Strafverfolgung möglich ist. Wenige Wochen vor den Wahlen verkündete die Junta das Gesetz Nr. 22 924, dessen Artikel 1 alle strafbaren Handlungen amnestiert, die im Kampf gegen "terroristische und subversive Umtriebe" begangen wurden. Laut Artikel 5 "kann niemand verurteilt, Untersuchungen ausgesetzt oder in irgendeiner Weise aufgrund von Anklagen oder Verdacht, (solche) strafbaren Handlungen verübt zu haben, behelligt werden." Damit sind auch die Angehörigen der paramilitärischen Banden in die Amnestie eingeschlossen. Die Amnestie gilt jedoch nicht für Angehörige "terroristischer und subversiver Organisationen".

So sehen argentinische Karikaturisten das Amnestiegesetz:

LIBERTAD

Por LANDRU



"Hallo! Soviele Amnestien ohne daß man uns bemerkt!"

LEY

Por LANDRU



"Ich habe eine tolle Idee! Wie wär's, wenn wir alle Argentinier amnestieren würden?"

Menschenrechtsorganisationen, Parteien und Gewerkschaften verurteilten einhellig die Selbst-Amnestie der Militärs. Alle Parteiführer kündigten an, sie würden bei der Regierungsübernahme das Gesetz sofort abschaffen. Dabei ist ihnen aber die Justiz zuvorgekommen. Zwei Bezirksrichter in Buenos Aires erklärten das Gesetz wegen "Kompetenzüberschreitung der Regierung" für ungültig.

Während noch die Richter das "Amnestiegesetz" für ungültig erklärten, unterzeichnete Staatspräsident General Bignone ein weiteres Gesetz, das den "Sicherheits"kräften weitgehende Vollmachten gibt: das "Gesetz gegen subversive Umtriebe". Es erlaubt Polizei- und Militäreinheiten Wohnungen von der "Subversion" Verdächtigen ohne richterlichen Beschluß zu durchsuchen, Post abzufangen, Telefone anzuzapfen und Verdächtige bis zu 10 Tagen ohne Kontakt zu ihrem Anwalt oder Verwandten zu inhaftieren. Damit versuchen die Militärs sich weitgehende Kompetenzen zu sichern, die nicht der Nachprüfung durch die Justiz unterliegen. Eine zivile Regierung wird sehr schnell dafür sorgen müssen, daß diese Kompetenzen von Militär und Polizei beschnitten werden, wenn die "Sicherheits"kräfte nicht weiterhin unabhängig von Regierung und Justiz agieren sollen.

Die argentinische Parteienlandschaft

Unter der Diktatur waren die Parteien jahrelang gelähmt. Die Repression verhinderte parteipolitische Betätigung, interne Diskussionen konnten kaum stattfinden. Ende 1981 gründeten fünf der wichtigsten Parteien die lose Koalition MULTIPARTIDARIA, die sich in der Folgezeit zu einer wichtigen Kraft der Opposition gegen das Regime entwickelte. (Vgl. LN 96, S. 15 und LN 98, S. 9). Seit der Aufhebung des Betätigungsverbots für politische Parteien im Juni 1982 und der Ankündigung von Wahlen verlor die MULTIPARTIDARIA jedoch immer stärker ihre Funktion. Jede Partei bemühte sich nun um die eigene Profilierung, bereitete den Kampf um die Wählerstimmen vor.

Zulassung und interne Struktur der Parteien werden durch ein von der Militärregierung erlassenes Gesetz geregelt (vgl. LN 107, S. 33). Die beiden wichtigsten Punkte des Gesetzes regeln die Zulassung der Parteien und die Mitgliedschaft. Um als juristische Person anerkannt und damit zu den Wahlen zugelassen zu werden, müssen die Parteien eine bestimmte Anzahl von Mitgliedern aufweisen. Dadurch können jetzt einige kleine Parteien vor allem aus dem linken Spektrum nicht an den Wahlen teilnehmen. Durch das Parteiengesetz waren alle bestehenden Mitgliedschaften für ungültig erklärt worden. Die Parteien mußten also völlig neu Mitglieder werben. Entgegen den Hoffnungen der Militärs, sie würden dadurch an Kraft verlieren, sind heute in Argentinien mehr Menschen Parteimitglieder als je zuvor in der Geschichte des Landes. Den größten Teil der Parteimitglieder können die Peronisten für sich verbuchen. Dabei ist vor allem die Unterstützung durch die peronistisch orientierten Gewerkschaften und die Arbeit der Parteikomitees in den Elendsvierteln ausschlaggebend gewesen.

Die Parteienlandschaft Argentiniens ist extrem zersplittert: es gibt über 50 Parteien. Dies darf jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, daß der größte Teil dieser Parteien linke Splittergruppen oder rechte Sekten mit einer meist lokalen oder regionalen Basis sind. Die beiden mit Abstand wichtigsten Parteien sind die UCR (Radikale Bürgerunion) und die peronistische Partido Justicialista. Vor allem aufgrund der Bekanntheit ihrer Führer spielen noch die Partei des früheren Staatspräsidenten Frondizi MID (Bewegung für Integration und Entwicklung) und die Partido Intransigente unter Oscar Alende eine gewisse Rolle auf nationaler Ebene. Sie werden sicher im Parlament vertreten sein, sind aber keine Konkurrenz für die beiden "Großen".

Auffallend ist das Fehlen einer starken linken, sozialistischen oder sozialdemokratischen Partei. Dies ist eine Folge des Peronismus, neben und gegen den keine Partei unter den Arbeitern Fuß fassen konnte.

Es fehlt auch eine einheitliche Rechte Partei. Die Vertreter der Oligarchie und des Industriekapitals verteilen sich auf verschiedene Parteien. Gerade im rechten Parteienspektrum haben die Parteien vor allem einen lokalen oder regionalen Bezug und verfügen nicht über eine nationale Basis.

Stattdessen finden sich in den beiden großen Parteien sehr unterschiedliche Fraktionen, die innerhalb der jeweiligen Parteien die unterschiedlichen Klassen- und Gruppeninteressen vertreten.

Die URC - Radikale Bürgerunion

Die UNION CIVICA RADICAL ist eine der ältesten bestehenden Parteien Argentiniens. (Vgl. zur UCR auch LN 111) Zu Beginn war sie die Vertreterin der städtischen Mittelklassen, die eine Beteiligung an der von der Agraroligarchie monopolisierten Macht forderten. Eine Wahlrechtsreform ermöglichte den Wahlsieg des Kandidaten der UCR, Hipólito Yrigoyen. Die Regierungszeit der UCR wurde 1930 durch einen Militärputsch beendet. In der Folgezeit zeichnete sich die UCR vor allem durch die Gegnerschaft zum Peronismus, der in den 40er Jahren entstand, aus.

1956 spaltete sich die Partei; die UCRI stellte mit Arturo Frondizi 1958 - 1962 einen Präsidenten, der das Konzept der Entwicklung durch ausländische Investitionen verfolgte. Diese Partei spaltete sich in den 60er Jahren erneut in drei Parteien. Die UCR blieb unter ihrem langjährigen Führer Ricardo Balbín eine der wichtigsten Minderheitsparteien in Argentinien. Balbín galt jahrelang als der wichtigste Gegner Perons, verfügte aber nie über eine wirkliche Massenbasis.

Der Präsidentschaftskandidat der UCR ist Raúl Alfonsín. "Die Ideologie des Alfonsinismus wirkt konfus. So, wie sie in Szene gesetzt wird, gibt sie sich sozialdemokratisch, was aber in Argentinien gar nichts heißt, da selbst sehr reaktionäre Sektoren diese Bezeichnung für sich in Anspruch nehmen", wie z.B. das frühere Juntamitglied und Ex-Marinchef Admiral Massera, einer der Verantwortlichen für die schlimmsten Morde und Folterungen, der versuchte, sich der Sozialistischen Internationale als "Sozialdemokrat" anzudienen. "Der Linkstouch des Alfonsinismus ist nichts anderes als ein Mythos der Mittelklasse."¹

(1) Gerade Alfonsíns Wahlstrategie, vor allem den Widerspruch zwischen Peronisten und Anti-Peronisten zu akzentuieren führt dazu, daß die UCR vor allem in den gewerkschaftlich organisierten Teilen der Arbeiterklasse kaum Anhänger hat. Die Anhänger Alfonsíns sind vor allem Freiberufler, Intellektuelle und Teile der nationalen Bourgeoisie. Was in den Augen vieler Demokraten für Alfonsín spricht, ist die Tatsache, daß er sich nicht ernsthaft durch Verbindungen mit den herrschenden Militärs kompromittiert hat.

Dies zeigt sich auch in der Wahlplattform der UCR, die vor kurzem veröffentlicht wurde. Neben allgemeinen Aussagen zur Wirtschaftspolitik, die aber keine Angaben über das Wie der Sanierung der Ökonomie machen, ist die Auseinandersetzung mit der Zukunft der Streitkräfte der wichtigste Punkt. Danach soll der Posten des mäch-



Raúl Alfonsín

tigen Oberkommandierenden der Streitkräfte abgeschafft werden. (Zur Erinnerung: Putschgeneral Videla, General Galtieri und der heutige starke Mann des Regimes, General Nicolaides, waren oder sind jeweils Oberkommandierende.) Das Militär soll in Zukunft administrativ dem Verteidigungsminister unterstellt werden. Ein Gesetz soll festlegen, daß die Aufgabe der Streitkräfte die Verteidigung des Landes gegen äußere Feinde ist; alle Kompetenzen der Streitkräfte, die ihnen nach der Doktrin der "Nationalen Sicherheit" zukommen, sollen ihnen wieder entzogen werden. Der obligatorische Militärdienst soll abgeschafft und durch ein professionelles Heer ersetzt werden. Die Soldaten sollen auf die Verfassung eingeschworen werden. Die Militärausgaben sind drastisch einzuschränken.

Gleichzeitig will die UCR die Polizei demilitarisieren. Damit dies aber nicht zu weit geht, soll zum Kampf gegen den "Terrorismus" eine Spezialeinheit aufgestellt werden - was bedeutet, den Teufel mit dem Beelzebub auszutreiben.

Selbst wenn diese z.T. guten Vorschläge Gesetze würden, bleibt doch die Frage, ob derartige Vorschriften die Macht des Militärs tatsächlich einschränken würden - wann hat sich das argentinische Militär (und nicht nur das!) je an die Verfassung und Gesetze gehalten, wenn es ihm nicht in den Kram paßte?

Ein weiterer wichtiger Programmpunkt sind gewerkschaftliche und soziale Forderungen: die Gewerkschaften sollen das Streikrecht zurückerhalten. Lohnpolitisch fordert die UCR die Einführung des flexiblen Minimallohns, der an die Inflation angepaßt wird (ähnlich der italienischen scala mobile).

Der Peronismus

Der Peronismus ist weit mehr als die peronistische PARTIDO JUSTICIALISTA. Die wichtigste Säule des Peronismus sind die Gewerkschaften. Diese Struktur ist nur aus der Entstehungszeit des Peronismus zu erklären. Noch während seiner Zeit als Arbeitsminister zwischen 1943 und 1945 baute Juan Domingo Perón gezielt seine spätere Machtbasis auf: durch fortschrittliche Sozialleistungen, die durch den Kriegs- und Nachkriegsboom der argentinischen Wirtschaft ermöglicht wurden, und durch die z.T. gewaltsame Ausschaltung anderer Tendenzen in der Arbeiterbewegung gelang es dem General und seinen Gefolgsleuten die argentinische Arbeiterbewegung an sich zu binden. Die neue peronistische Gewerkschaftszentrale CGT war - und ist - extrem hierarchisch strukturiert; in ihren Statuten wurde die direkte Bindung an den "líder" (Führer) festgeschrieben. Trotz der Einschränkung der Sozialleistungen und der zunehmenden Repression zu Beginn der 50er Jahre wurde Perón zu einem Mythos, der den Sturz durch einen Militärputsch von 1955 überdauerte. Die verbotene und verfolgte peronistische Bewegung setzte alles daran, den exilierten Perón wieder an die Macht zu bringen, was 1972 in freien Wahlen nach dem Scheitern der zweiten Militärdiktatur (1966-1972) gelang.

Aber die Zeiten hatten sich geändert. Angesichts wirtschaftlicher Schwierigkeiten war eine Wiederholung der alten peronistischen Politik nicht mehr möglich. Widerstand gegen eine unsoziale Politik wurde mit Hilfe von rechtspersonistischen Schlägerbanden unterdrückt. Aber der Mythos überlebte den Tod Peróns im Juni 1983. Seine Frau Isabel wurde Staatspräsidentin. Ihr engster Berater López Rega gründete paramilitärische Banden, die brutal alle Gegner verfolgten und ermordeten. Längst konnten linke Peronisten nur noch in der Illegalität agieren.

Der Militärputsch vom März 1976 beendete die zweite peronistische Regierungsphase. Wieder einmal wurden die Peronisten brutal verfolgt. Was die Diktatur am besten überlebte war jedoch der Apparat, die bürokratische Struktur von Partei und Gewerkschaften. Dies zeigte sich beim Kongreß der Partido Justicialista, bei dem es um die Wahl des Präsidentschaftskandidaten und der Parteiführung ging.

Trotz aller Erfahrungen mit der Repression unter der Präsidentschaft von Isabel Peron wurde die im spanischen Exil lebende Witwe des ehemaligen Führers zur Präsidentin der Partei gewählt. Es ist aber nicht anzunehmen, daß Isabel diesen Posten auch wirklich aktiv ausfüllen wird. Die eigentliche Macht liegt in den Händen des ersten Vizepräsidenten. Und das ist seit dem Kongreß der alte Gewerkschaftsboß Lorenzo Miguel, wiedergewählter Chef der mächtigen Metallarbeitergewerkschaft UOM (die größte Gewerkschaft Argentiniens), eigentlicher Boß der Gewerkschaftszentrale CGT-RA und graue Eminenz der peronistischen Bewegung. Miguels Vergangenheit läßt für die Zukunft nichts Gutes ahnen: die UOM erinnert in ihrer inneren Struktur eher an die Mafia als an eine demokratische Arbeiterorganisation. Miguel war einer der Hauptverantwortlichen für die Verfolgung der Linkspersonen. Wie er zur Demokratie steht zeigt seine Stellungnahme zum Putsch gegen Allende 1973: Miguel gratulierte zusammen mit Isabel Peron dem Putschisten Pinochet und versicherte ihm der Unterstützung durch die peronistische Bewegung.



Lorenzo Miguel

Die Entscheidung über den Präsidentschaftskandidaten und seinen Vize fiel zwischen den verschiedenen Fraktionen innerhalb der peronistischen Partei.

Die Mehrheitsfraktion, die auch über die Macht im Parteiapparat verfügt, ist der "Vertikalismus". Die Bezeichnung leitet sich her aus der unbedingten Treue dieses Sektors zum "líder" Peron und der Bereitschaft, seine Anordnungen von oben nach unten durchzusetzen. Zu diesem Sektor gehören die wichtigsten Gewerkschaftsführer und der frühere Vizepräsident der Partei, Deolindo Bittel.

Die Linkspersonen sind in mehrere Fraktionen aufgespalten; am ehesten verfügt noch der Movimiento de Intransigencia y Movilización Peronista (Bewegung der peronistischen Intransigenz und Mobilisierung) über einen gewissen Einfluß. Über das Gewicht der Montoneros und der von den Montoneros abgespaltenen Agrupación 17 de Octubre (vgl. zur Spaltung 1980 LN 86) ist uns nichts bekannt.

Eine weitere Fraktion stellt der "Anti-Vertikalismus" unter dem früheren Minister Angel Federico Robledo dar, der vor allem über Verbindungen zu Unternehmerkreisen verfügt, aber auch vor allem von der zweiten Gewerkschaftszentrale, der CGT-Azopardo unterstützt wird.

Schließlich gibt es noch die "Ultravertikalisten", extrem rechte Peronisten, Befürworter einer aktiven Führungsfunktion für Isabel Peron. In den Reihen der "Ultravertikalisten" befinden sich viele Mitglieder der paramilitärischen Schlägerbanden.

Bei der Auseinandersetzung über den Präsidentschaftskandidaten kristallisierte sich Italo Luder, früherer Parlamentspräsident und kurzzeitig Übergangs-Staatspräsident, heraus. Luder, der keine klar definierte Bindung an einen der Flügel hat, wird von der Mehrheit der peronistischen Fraktionen unterstützt. Er genießt infolge seiner früheren Ämter in der Öffentlichkeit ein ziemliches Prestige und gilt als Persönlichkeit, die Stimmen anziehen kann. Der Vizepräsidentenkandidat wurde der ehemalige Parteivize und Vertreter des Vertikalismus, Deolindo Bittel.



Italo Luder

Bisher wurde das Wahlprogramm der Partido Justicialista noch nicht veröffentlicht (bzw. ist durch die Verzögerung der Ankunft der argentinischen Zeitungen noch nicht bei den LN eingetroffen). Trotzdem ist klar, daß die Peronisten vor allem eine nationalistische Wirtschaftspolitik mit sozialen Umverteilungsmaßnahmen fordern werden (ohne zu erklären, wie das funktionieren soll), daß sie die Forderungen der Gewerkschaften nach Gewerkschaftsfreiheiten unterstützen und sich ansonsten auf die Zugkraft des Namens Peron verlassen werden. Unklar ist dagegen noch, welche Vorschläge die Peronisten für die Zukunft der Streitkräfte machen werden.

Die meisten nationalen und internationalen Kommentatoren gehen offensichtlich davon aus, daß die Peronisten unter Luder und Bittel die Wahlen klar gewinnen werden - mit Ausnahme der französischen Tageszeitung LE MONDE, die Alfonsín noch gute Chancen einräumt.

Es ist nicht zu erwarten, daß diese Wahlen zu einer Durchsetzung der Volksherrschaft führen werden. Dazu sind nicht nur die großen Parteien zu wenig demokratisch, sondern auch der Einfluß der "Sicherheitskräfte" zu groß: auch wenn das Militär nicht mehr direkt regiert, wird es einen großen innenpolitischen Machtfaktor darstellen. Es ist fraglich, wie weit eine zivile Regierung tatsächlich in der Lage und willens sein wird, die Macht des Militärs so weit zu beschneiden, wie dies beispielsweise das Wahlprogramm der Radikalen Partei vorsieht. Auch die Wirtschaftssituation setzt jeder neuen Regierung enge Handlungsgrenzen: die dramatische Auslandsverschuldung wird erneut einen Gang zum Internationalen Währungsfond nötig machen, dessen Rezepte bekanntlich sehr unsoziale Auswirkungen haben.

Was trotzdem festzuhalten bleibt: die Repression unter einer zivilen Regierung wird weitaus geringer sein als unter der Militärdiktatur. Der Handlungsspielraum von Basisbewegungen kann sich vergrößern und dadurch eine neue politische Dynamik in der politischen und sozialen Szene ermöglichen. Dabei kommt es sehr darauf an, daß die sozialen Bewegungen diesen Spielraum klug nutzen und erweitern.

1) Emilio J. Corbiere, Quien es quien? Los Partidos Politicos Argentinos. In: Nueva Sociedad, Caracas, Juli-August 1983, Nr. 67, S. 123 - 132

WEITERE QUELLEN: El Clarin (Buenos Aires), Frankfurter Rundschau, Le Monde, Latin America Weekly Report

Die CGT wirft die Mütter der Plaza de Mayo raus

Während einer Versammlung der Gewerkschaftszentrale CGT-RA versuchten die Mütter der Plaza de Mayo ihrem Anliegen Gehör zu verschaffen und forderten die Gewerkschaften auf, sich aktiver für die Verhaftet-Verschwundenen einzusetzen. Die Mütter wurden mit Brachialgewalt hinausgeworfen.



Die Vorsitzende der Mütter, Hebe Bonafini, und zwei weitere Mütter nach dem Rauschmiß aus der Versammlung

Am Donnerstag, den 8. September, ging eine Gruppe der Mütter der Plaza de Mayo nach dem wöchentlichen Rundgang vor dem Regierungspalast zu einer Versammlung der CGT-RA, der sie eine zu lasche Haltung in der Frage der Menschenrechte vorwerfen. Sie riefen: "CGT, unterstütze uns!", "Sie sollen sagen, wo die Verschwundenen sind!", "Jetzt müssen die Verschwundenen lebendig auftauchen und die Schuldigen bestraft werden!" Nachdem man ihnen zunächst gesagt hatte, der Vorsitzende der CGT-RA, Saul Ubaldini, sei nicht anwesend, ließ man eine Delegation ein, die lange warten mußte. Immer wieder sagte man ihnen, sie sollten ihre Dokumente dalassen und gehen.

"Wir sagten ihnen", erzählt Hebe Bonafini einem Reprter von El Clarin, "die CGT täte nichts für die verschwundenen Arbeiter, und daß wir von ihnen eine öffentliche Stellungnahme fordern. Sie fühlten sich belästigt. Roberto Garcia (Vorsitzender der Gewerkschaft der Taxifahrer) gab zu verstehen, er werde keine Angriffe hinnehmen, sie hätten sehr viel getan. Wir sagten, wenn es darüber Dokumente gäbe, wollten wir sie sehen. Wir schrien uns gegenseitig an. Ubaldini versuchte zu vermitteln." Dann kam es zu einem Tumult, bei dem die Mütter dann von mehreren jungen Männern mit Gewalt aus dem Saal gedrängt wurden. Die CGT-RA erklärte später, die Männer seien keine Gewerkschafter gewesen. Aber die Mütter sagen, "die Schläge sind von der CGT selbst gekommen."

INFORMATIONEN ÜBER DIE ARBEIT DER MÜTTER DER PLAZA DE MAYO

und über das System des Verschwindenlassens von Menschen durch die argentinische Militärdiktatur sowie über die deutsch-argentinischen Beziehungen finden sich in der immer noch aktuellen Broschüre:

LEBEND WURDEN SIE VERSCHLEPPT - LEBEND WOLLEN WIR SIE ZURÜCK
Die Broschüre kann beim LN-Vertrieb, Gneisenastr.2,
1 000 Berlin 61, bestellt werden.

KOLUMBIEN

Movimiento 19 de abril — M 19

Versuch einer kritischen Hinterfragung

Die Berichterstattung der LATEINAMERIKA NACHRICHTEN über die Guerrillabewegungen in Mittelamerika, Kolumbien und vor allem Peru hat heftige Kontroversen ausgelöst, in denen es auch immer wieder darum ging, wie wir von hier aus in der Lage sind, die Konzeptionen und Aktionen der Guerrillabewegungen in Lateinamerika einzuschätzen, welche Kriterien unsere Solidarität bestimmen. In diesem Zusammenhang steht auch der folgende Artikel. Nach dem Abdruck des zweiteiligen Interviews mit einer Vertreterin von M-19 (vgl. LN 113 und 114) begann eine Mitarbeiterin der LN, die lange in Kolumbien gelebt und dort mit verschiedenen Volksorganisationen zusammengearbeitet hat, die Geschichte und Organisationsform von M-19 aufzuarbeiten. Der folgende Artikel stellt kritische Fragen an die Theorie und Praxis von M-19, die nicht nur für die Diskussion über diese Bewegung, sondern auch für die Diskussion über andere Guerrillabewegungen wichtig sind - aber nicht allgemein-abstrakt, sondern am Beispiel von M-19.

Mit dem Tod von Jaime Bateman - der Nummer 1 der politisch-militärischen Organisation M-19 - ist die zukünftige Entwicklung dieser Gruppe ungewiß. Die Kämpfe um die richtige Linie werden sich verschärfen. Es ist sicher schwer, eine politisch-militärische Organisation einzuschätzen, bevor sie ihr zentrales Ziel, die nationale Befreiung, erreicht hat. Fragen nach ihrer Stärke, ihren Erfolgen und Niederlagen z.B. im Rahmen ihrer politischen Bewußtseinsbildungsarbeit und die sich daraus ergebenden Konsequenzen, die Antwort darauf, ob ein Bündnis oder eine Forderung taktischen oder strategischen Charakter hat, läßt sich immer erst im Nachhinein veröffentlichen (sonst wäre eine Taktik ja keine Taktik mehr). Eine Gruppe läßt sich auch nicht ausschließlich anhand ihres Konzeptes einschätzen, genausowenig aber nur anhand ihrer wichtigsten Aktivitäten. Es wäre notwendig, ihre politische Arbeit und ihre Verankerung in den Volksorganisationen zu analysieren. Das findet allerdings dort seine realen Grenzen, wo die Repression beginnt. Trotzdem soll hier der Versuch gemacht werden, die Geschichte und Entstehungsbedingungen von M-19, ihr Konzept und ihre Aktionen darzustellen und ihren Beitrag zur gesellschaftlichen Veränderung zu hinterfragen. M-19 ist nicht die einzige und nicht die älteste politisch-militärische Organisation in Kolumbien. Sie unter-

scheidet sich von den anderen Gruppen in erster Linie dadurch, daß sie Publizität im In- und Ausland sucht, und deswegen auch gerade im Ausland die Vorstellung herrscht, M-19 sei die wichtigste Gruppe. Die Aktivitäten von M-19 hatten und haben einen sensationalistischen Charakter, die der anderen Gruppen laufen mehr im Stillen ab.

Dieser Artikel hat auch die Funktion, einer Gefahr entgegenzuwirken: die Unterstützung einer Gruppe, die im eigenen Land an Basis verliert, kann zu fatalen Ergebnissen führen. M-19 liebt es, sich vor allem im Ausland als die stärkste Gruppe darzustellen, die alle wichtigen fortschrittlichen Kräfte vereint. (vgl. das Interview mit Ana in LN 113 und 114). Weiterhin soll der Artikel einen Beitrag zu der Diskussion leisten, weshalb wir davon überzeugt sind, daß der bewaffnete Kampf in der BRD keine Chancen hat, uns aber das Recht herausnehmen, ihn für die "Dritte Welt" als einzig richtigen Weg anzusehen.

Entstehungsbedingungen und Gründung von M-19

"Kurz nach dem Tod Gaitáns brachten sie meinen Vater um. Ich war erst drei oder vier Jahre alt, als die Konservativen ihn töteten. Papa war ein liberaler Führer im Valle... Es klopfte und ein Typ fragte, ob Papa da sei... Er kam zur Tür. Da schoß der Mann auf ihn. Blut floß aus Papas Mund und tränkte sein weißes Hemd... Dann kam die konservative Prominenz des Ortes. Ein Pfarrer, der heute noch lebt, war unter ihnen. Sie gröhlten, ob Fayad auch ganz tot sei. 'Sonst kriegt er noch ein paar Kugeln!' ... Das ganze Dorf wußte, daß sie Papa ermorden wollten, das ganze Dorf. Von seinem bevorstehenden Tod sprach man auf der Straße, in den Cafés... Aber niemand sagte es ihm, alle glaubten, er wüßte es längst. Die, die seinen Tod anordneten, waren wichtige Politiker... Dann zogen wir nach Kartago und nahmen den Leichnam Papas mit. Dort beerdigten wir ihn... Ich wuchs mit dem Haß auf die Konservativen auf, auf die Mörder meines Vaters, auf diejenigen, die schuld daran waren, daß meine Mutter Witwe wurde, allein und noch so jung. Ich wollte immer den Tod meines Vaters rächen..."

"Mein Vater war ein konservativer Führer der Region. Der 'Kondor des Valle' war einer seiner Freunde. Unter diesen Leuten wuchs ich auf... Und weil meine Mutter liberal war, wuchs ich auch unter Liberalen auf, unter Anhängern von Gaitán. Mit meinen Vettern ging ich manchmal nach Puente Blanco, wo die Lastwagen vorbeikamen, die voll waren mit Toten ohne Kopf. Mit 9 Jahren hatte ich schon so viele enthauptete Leichen gesehen! Die konservativen Banden brachten drei meiner Onkel um. Daniel brachten sie mit Gewehr und Machete vor seinen 11 Kindern um. Juan, den Onkel, der mir von Gaitán erzählte und mir 20 Centavos schenkte, wenn ich 'Hoch lebe die liberale Partei!' brüllte, schlitzten sie den Bauch auf. Und weil er so dick war, quoll das ganze gelbe Fett heraus... Mich nahmen sie mit, damit ich mir alles ansehen sollte... Nach dem Tod

von Gaitán sah ich, wie die Plünderungen, das Brandschatzen und das Morden zunahmen. Damals, mit meinen 8 Jahren, und als ich so viele verstümmelte Leichname, so viele Erschossene, so viele zu Tode Gefolterte, so viel Blut gesehen hatte, konnte ich nicht verstehen, wieso die Armee das Massaker nicht beenden konnte. Noch als Kind wurde mir klar, daß die Lösung des Problems nur militärisch sein konnte. Und später, als ich mich daran erinnerte, wie die Konservativen meine Onkel umbrachten und die liberalen Guerrilleros den 'Kondor' töteten, und als mein Vater mir erklärte, daß die Gewalt dieser Zeit die Antwort der Konservativen auf die Gewalt der Liberalen in den 30er Jahren sei, da wurde mir klar, daß die einen wie die anderen, Liberale und Konservative, die Schuld an diesem Massaker trugen... Aus diesem Grunde entschloß ich mich, dem konservativ-liberalen System den Krieg zu erklären..." (1)

Zwei der Gründer von M-19, Alvaro Fayad und Iván Marín Ospina berichten, wie sie die 'violencia', den Bürgerkrieg zwischen liberaler und konservativer Partei, der von 1948 bis weit in die 50er Jahre dauerte, erlebten. Ihre Schilderung weckt Erinnerungen bei der Mehrheit der Kolumbianer. M-19 betont immer wieder die Tatsache, eine nationale Organisation zu sein, von den Erfahrungen, Wünschen und Traditionen der Kolumbianer auszugehen und nicht ausländische Revolutionsmodelle den konkreten historischen Erfahrungen überzustülpen. Sie verstehen sich als das organisatorische Resultat der letzten 40 Jahre kolumbianischer Geschichte, als "Teil und Kontinuität der Volkskämpfe für die nationale Befreiung und den Sozialismus." (2) Sie sehen sich als das Resultat der kritischen Aufarbeitung der Geschichte der Linken und der Volkskämpfe, als Resultat eines Lernprozesses der politischen, militärischen und organisatorischen Erfahrungen ihrer Mitglieder.

Die Zeit der 'violencia'

Die kolumbianische Geschichte der letzten 40 Jahre ist gekennzeichnet durch ständig aufflammende Massenbewegungen, die sich immer wieder unabhängig von den linken Parteien entwickelten. Immer wieder gelang es den beiden traditionellen Parteien, der Konservativen und der Liberalen Partei, diese Bewegungen an sich zu binden und ihre Entwicklung zu politischen Bewegungen zu verhindern, sie handlungsunfähig zu machen. So machte sich in den 40er Jahren der Angehörige der Liberalen Partei J.E. Gaitán zum Sprecher der unzufriedenen Massen. Als er am 9.4.1948 erschossen wurde, antworteten die Massen mit einem spontanen Aufstand von unvorhergesehener Wucht und Gewaltigkeit gegen die Konservativen.

In vielen Städten übernahm die revolutionäre Gegenmacht der Liberalen Partei die lokalen Regierungen, bis sich die liberalen Parteiführer mit den Konservativen einigten, da sie die revolutionären Massen mehr fürchteten als den konservativen Gegner. Die Armee eroberte Bogotá zurück, und 1949 erklärte der konservative Präsident Laureano Gómez den Ausnahmezustand und setzte sich das Ziel, sämtliche Liberale, die er als Parteigänger Moskaus ansah, auszurotten. Die 'violencia', der Bürgerkrieg, begann.

Dieser Bürgerkrieg kostete 200 000 bis 300 000 Menschen - in erster Linie in ländlichen Gebieten - das Leben. Mit unvorstellbarer Grausamkeit verfolgte das Militär die liberalen Bauern: Hütten wurden angezündet, Felder verwüstet, Frauen vergewaltigt, Männer zu Tode gefoltert. Die Expeditionen der Militärs zur Ausrottung der Liberalen zwangen diese zur Organisation des bewaffneten Widerstandes. Auch in den wenigen Einflußzonen der Kommunistischen Partei wurde der bewaffnete Widerstand organisiert.

Im Laufe der grausamen Auseinandersetzungen, bei denen deutlich wurde, daß hinter dem Blutvergießen das Interesse der Großgrundbesitzer stand, sich den Boden der Kleinbauern anzueignen, entwickelten auch die Guerrillaverbände der Liberalen Partei revolutionäre Vorstellungen und stellten die Eigentumsverhältnisse in Frage. Als 1953 die 'violencia' den Charakter des Klassenkampfes annahm und das herrschende System gefährdete, vereinigten sich die konservativen und liberalen Parteiführer wieder und inszenierten gemeinsam einen Militärputsch, der den General Rojas Pinilla an die Macht brachte. Der General versprach das Ende der 'violencia' und verkündete eine Generalamnestie. Die liberalen Guerrillaführer, die ihre Waffen ablegten, wurden dann hinterrücks ermordet. (Autor dieser Amnestie war General Camacho Levys, der sich als Verteidigungsminister unter Turbay Ayala 1978-82 traurigen Ruhm als Verantwortlicher für Folter an politischen Gefangenen und brutale militärische Repression gegen alle Volksbewegungen erwarb.) Die kommunistischen Selbstverteidigungszonen blieben bestehen, die Waffen wurden nicht abgegeben. Ab 1955 begannen die Streitkräfte mit Hilfe US-amerikanischer Berater eine Großoffensive gegen diese Zonen. Viele Bauern wichen in noch weiter abgelegene Gebiete zurück, wo die sogenannten 'Unabhängigen Republiken' entstanden, die unter Selbstverwaltung standen.

Die Zeit der 'violencia' hat viele Kolumbianer entscheidend geprägt: die Grausamkeit der Auseinandersetzungen, die Einigkeit der Parteiführer und der wirtschaftlich Mächtigen des Landes gegen das Volk bei der Durchsetzung ihrer Interessen, die Amnestie als Mittel zur Ausschaltung einer Guerrilla usw. - all dies sind Erfahrungen, die niemals kollektiv aufgearbeitet und analysiert wurden, die aber das Verhalten der Kolumbianer gegenüber ihren Regierungen entscheidend bestimmen. Wenn M-19 seine Vorgeschichte an diese noch lebendigen Erfahrungen knüpft und daraus den bewaffneten Kampf als einzigen Weg zur Demokratie ableitet, so wecken sie Assoziationen und stellen sich eindeutig auf die Seite der Unterdrückten - eindeutiger als jede theoretische Ableitung und Analyse der Ausbeutungsmechanismen.

Camilo Torres und die Frente Unido

Als sich Rojas Pinilla von den beiden Parteien, die ihn an die Macht gebracht hatten, unabhängig machen wollte und die Oligarchie angriff, schlossen die Parteiführer der Konservativen und der Liberalen einen Pakt zur Wiederherstellung der konstitutionellen Ordnung, die Frente Nacional (Nationale Front). Ab 1958 kam es zur großen Koalition der beiden Parteien, die 16 Jahre lang abwechselnd den Präsidenten stellten und sich die Macht aufteilten.

Die 60er Jahre waren gekennzeichnet durch eine rasante kapitalistische Entwicklung und Reichtum für die Oberklassen. Die dramatische Verschlechterung der Lage der Mehrheit führte zu Protestbewegungen und zur Herausbildung einer Reihe neuer Kampf- und Protestformen. Massive Landbesetzungen, militante Streiks, beginnende Organisation der Elendsviertel und eine radikale Studentenbewegung standen in Opposition zu den Parteien der Oligarchie. Aber es fehlte an Koordination, so daß die vereinzelter Aktionen immer wieder von den Streitkräften niedergeschlagen werden konnten. Unter dem Priester und Soziologen Camilo Torres entstand 1965 die Frente Unido, deren Plattform den Zusammenschluß der Volksklassen gegen die herrschende Minderheit proklamierte, um der Mehrheit ein menschenwürdiges Leben zu ermöglichen.

Auch Jaime Bateman, oberster Kommandant von M-19, lernte von Camilo Torres: "Camilo sprach sehr eindringlich, offen, ehrlich, ohne Schwafelei. Die Leute verstanden ihn. Und er war kein Sektierer, sondern offen für alle. Das Wichtigste, was wir von ihm lernten, war, daß die Revolution in diesem Land eine Revolution des Volkes sein müsse, daß ALLE daran beteiligt sein müssen. Das war demokratisch, anti-oligarchisch, antiimperialistisch. Zu dieser Zeit vertrat die ELN diese Richtung." (1)

Als Camilo Torres, der sich 1965 der castristisch orientierten ELN (Nationales Befreiungsheer) anschloß, im Februar 1966 in einem Gefecht mit den Streitkräften fiel, brach die Frente Unido zusammen.

Viele heutige M-19-Mitglieder schlossen sich nach dem Tod von Camilo Torres der FARC (Revolutionäre Streitkräfte Kolumbiens) an, die sich 1966 als Antwort auf die Vernichtungskampagne gegen die 'Unabhängigen Republiken' formierten. Die FARC stellten den Zusammenschluß der Selbstverteidigungsgruppen der 'Unabhängigen Republiken' dar, die stark von der KP beeinflusst waren. Die FARC gelten somit als der bewaffnete Arm der KP. Die ehemaligen FARC- und heutigen M-19-Mitglieder betonen allerdings, nie mit der Parteilinie einverstanden gewesen zu sein; viele von ihnen wurden denn auch Ende der 60er, Anfang der 70er Jahre ausgeschlossen, darunter auch Jaime Bateman.

Der geraubte Wahlsieg der ANAPO und die Gründung von M-19

Ende der 60er Jahre erlebte eine neue populistische Massenbewegung einen gewaltigen Aufschwung und wurde zum Sammelbecken der unzufriedenen Massen. Die Nationale Volksallianz, ANAPO, unter dem Kommando des ehemaligen Diktators Rojas Pinilla und seiner Tochter Maria Eugenia stellte eine Alternative zur Herrschaft der Oligarchie dar. Unter dem diffusen Programm eines "Sozialismus auf kolumbianische Art" vereinigten sich enttäuschte Politiker der traditionellen Parteien, konservative Großgrundbesitzer wie der General Rojas Pinilla selbst, aber auch die Massen der Städte: die Zugewanderten, Arbeitslosen, Unterbeschäftigten, Teile des Proletariats, altes und neues Kleinbürgertum, Händler, Handwerker, Angestellte. Versprochen wurde ganz einfach eine gerechtere Ordnung. Der Appell an unklare Wünsche und Hoffnungen traf auf die Bereitschaft der Massen. Carlos Toledo Plata, Arzt und Exparlamentarier der ANAPO, Gründungsmitglied und Mitglied der nationalen Führung von M-19 berichtet über die Präsidentschaftswahlen vom 19.4.1970:

"... Wir hörten die Stimmauszählung. Es war klar, daß wir die Wahlen gewonnen hatten ... Die Leute tanzten auf den Straßen. Dann verbot die Regierung die Übertragung der Wahlergebnisse. Es war klar, daß sie einen Wahlbetrug vorbereiteten. Wir mobilisierten die Leute, damit sie zu allem bereit seien. Am nächsten Morgen wurde bekannt gegeben, der Konservative Pastrana, der offizielle Kandidat der Nationalen Front, habe die Wahlen gewonnen. Bald waren die Straßen voller Leute, das Volk wurde immer wütender. Maria Eugenia, die Tochter von Rojas Pinilla, warnte uns: das Militär stünde bereit, gegen uns vorzugehen, wir sollten gewaltsame Aktionen verhindern. Wir lösten die Demonstrationen auf und schickten die Leute nach Hause. Sie sollten noch einen Tag warten ... Am 21. April waren die Leute bereit, die Kasernen und Regierungsgebäude zu stürmen; aber wir wußten, daß die Aktionen im Land koordiniert sein mußten. Der General gab wieder durch, es sollten keine gewaltsamen Aktionen stattfinden. Fünf Jahre später erfuhren wir, daß es ein geheimes Treffen mit Lleras, einem Vertreter der Nationalen Front, und dem General im Palast des päpstlichen Nuntius gegeben und Rojas die Wahlen für ein paar Millionen verkauft hatte. Nach dem Raub

des Wahlsieges konstituierte sich die Partei mit einer neuen Struktur. Ich war dafür zuständig, Gruppen zu schaffen, die im Notfall einen Wahlsieg mit Waffen verteidigen konnten. Nochmal wollten wir uns keinen Sieg rauben lassen." (1)

Ab 1975 wandten sich ehemalige Kämpfer der FARC wie Jaime Bateman, Helmer Marín, Carlos Pizarro an die fortschrittlichen Teile der ANAPO, um den Aufbau bewaffneter Gruppen innerhalb der ANAPO zu organisieren. Hatte die ANAPO die Erfahrung gemacht, daß ein Wahlsieg nicht ausreicht, um an die Macht zu kommen, sondern er notfalls mit Waffen verteidigt werden muß, so hatten einige Teile der FARC erkannt, daß ihre militärischen Aktivitäten die Machtverhältnisse nicht ändern konnten, wenn die Landguerrilla sich nicht mit der Stadtguerrilla verband. Diese Konzeption hatte zu ihrem Ausschluß aus der FARC geführt. Der Ausschluß führte zwangsweise zu einer Neueinschätzung der Situation. Sie erkannten die Notwendigkeit der politischen Arbeit mit einer Massenorganisation und daß die ANAPO im Unterschied zur traditionellen Linken in der Lage war, die Massen zu mobilisieren. Es waren Leute aus verschiedenen Organisationen (außer FARC und ANAPO auch ehemalige Mitglieder der ELN und der maoistisch orientierten Guerrillagruppe EPL), die die aus anderen Ländern geborgten Revolutionsmodelle satt hatten und sich mit dem gemeinsamen Ziel trafen, die Vereinigung der Guerrillagruppen voranzutreiben, neue Organisations- und Kampfformen zu suchen, Geld und Waffen zu besorgen, um den Imperialismus und seine nationalen Repräsentanten, die Oligarchie, zu schlagen. Sie wollten auf militärischer Ebene das leisten, was die kolumbianische Linke nicht vermocht hatte. Politik machen, meinten sie, bedeute in Kolumbien nicht nur die Massen zu politisieren, zu mobilisieren und Bewußtseinsbildungsprozesse auszulösen, sondern auch die Bewaffnung.

1973 fand die erste Konferenz statt. In die Führung wurden Jaime Bateman, Iván Marín Ospina, Alvaro Fayad, Helmer Marín (alle Ex-FARC), Andrés Almarales und Carlos Toledo Plata (ANAPO) gewählt. Entscheidungen wurden von der Führung im Konsens gefällt. Sie wählten den Namen M-19 (Bewegung des 19. April), "denn eines Tages wird dieses Datum, das an die Niederlage des kolumbianischen Volkes erinnert, sich in das Symbol seines Sieges verwandeln." (1)



Tres miembros del estado mayor del M-19: de izquierda a derecha, los comandantes Iván Marino Ospina, Jaime Bateman y Germán Rojas.

Toledo Plata berichtet weiter: "1974 trat M-19 mit einer Pressekampagne an die Öffentlichkeit 'Gegen Würmer und Parasiten'... M-19". Danach fand die erste Aktion statt. Aus dem Haus Bolívars holten wir das Schwert des Befreiers als Symbol des Kampfes. Gleichzeitig besetzte eine andere Gruppe den Stadtrat von Bogotá und schrieb an die Wände: 'Mit dem Volk, mit den Waffen, mit Maria Eugenia an die Macht ... M-19'."

Die ANAPO spaltete sich schnell in die ANAPO und die ANAPO Socialista auf, eine Spaltung, die nicht unabhängig von den Aktivitäten von M-19 zu sehen ist, die für die fortschrittlicheren Teile der ANAPO zu radikal waren. Die bewaffneten Gruppen wurden nicht als Teil der Partei anerkannt, und als sie ein Treffen mit 900 Teilnehmern organisierten, wurden sie ausgeschlossen. Ihre Idee, als Teil der ANAPO eine Volksbewegung zu organisieren, die nicht unbedingt sehr links, dafür aber sehr breit sein sollte, konnten sie nicht in die Praxis umsetzen, da es ihnen nicht gelang, die Massen zu erreichen. M-19 sagt heute, sie hätten die ANAPO falsch eingeschätzt: "Wir verstanden nicht, was sie als Massenbewegung bedeutete und glaubten, sie in eine politisch bewußte Partei mit eindeutigen Konzept umformen zu können. Wir injizierten eine Überdosis Ideologie in einen Apparat, der das nicht aushielt."

"Vor dem 19. April 1970", berichtet Carlos Toledo Plata, "habe ich nie daran gedacht, im Untergrund zu leben, Gewalt zu gebrauchen. Aber nachdem uns der Wahlsieg so einfach genommen wurde, fing ich an zu glauben, daß die Ungerechtigkeit, die in Kolumbien herrscht, nur gewaltsam beseitigt werden kann. Als ich mich darein mischte, hatte ich eine Familie und führte ein bürgerliches Leben. Als Arzt ging es mir finanziell gut. Ich hatte ein Haus, ein Auto, ein kleines Haus auf dem Land. Ich war kein Marxist. Ich hatte zur Zeit Peróns in Argentinien Medizin studiert und war angetan davon, wie gut es den argentinischen Arbeitern im Vergleich zu den kolumbianischen ging. Ich war Idealist. In die Politik mischte ich mich ein, weil ich so begeistert war von der medizinischen Versorgung in Argentinien zu der Zeit. Die ANAPO erinnerte mich an den Perönismus. Politik interessierte mich nur vom humanitären Standpunkt aus: den Leuten die Krankheiten lindern und den Hunger ..." (7)

M-19: die selbsternannte Avantgarde

M-19 will mit ihrer ersten Aktion, dem Raub des Schwerts von Simon Bolívar symbolisch deutlich machen, daß sie die historische Kontinuität der nationalen Befreiungsbewegungen für sich in Anspruch nimmt und an die reichen Erfahrungen anknüpfen will, die der Name Bolívars verkörpert. Historische Ereignisse werden wachgerufen und als Auslöser dieser Organisation benannt. Aber: allein die Tatsache, daß die Gruppe sich aus Leuten zusammensetzt, die unterschiedliche Erfahrungen in unterschiedlichen Gruppen gesammelt haben, bedeutet ja noch nicht, daß M-19 die Akkumulation dieser kritisch aufgearbeiteten Erfahrungen und somit einzig authentisches Resultat aller vorausgegangenen Kämpfe ist. (Man stelle sich mal vor, in der BRD würde irgendeine Gruppe diesen Anspruch erheben! Aus der Ferne sieht sowas immer logischer aus - vgl. den Artikel zu Sendero Luminoso in LN 113, 115). Alle Bewegungen und Organisationen können eine längere Militanz ihrer Mitglieder in verschiedenen Gruppen aufweisen. Dadurch können sie aber noch nicht für sich in Anspruch nehmen, die einzig authentische Fortführung dieser Kämpfe zu sein. Diese Art der Darstellung seitens M-19 aber vermittelt den Eindruck, als seien sie der Geschichte und den Traditionen des Landes stärker verbunden als diejenigen Gruppen, die in der Tat stärker versuchen, Sehnsüchte durch die Schilderung der Revolutionserfah-

rungen in anderen Ländern zu wecken. Außerdem weckt M-19 dadurch, daß sie sich als Teil des unterdrückten und ausgebeuteten Volkes und gleichzeitig als Protagonist in allen wichtigen Protestbewegungen gegen die Verschlechterung der Lebensbedingungen darstellt, Sympathie und Identifikation bei breiten Sektoren der Bevölkerung.



Die Demonstranten tragen ein Transparent mit der Parole von M-19:

"Mit dem Volk - Mit den Waffen - An die Macht"

Außer dieser Werbefunktion der Darstellung der persönlichen Geschichte als Spiegel kollektiver Erfahrung hat für M-19 das Wachen dieser historischen Ereignisse noch eine weitere und wichtigere Bedeutung: die Rechtfertigung des bewaffneten Kampfes als einziger Weg zur Durchsetzung von Demokratie und zur Schaffung von Bedingungen für ein menschenwürdiges Leben für alle, da die Oligarchie immer wieder die Massenbewegungen mit Waffengewalt niederschlug.

"Wir sind Pazifisten. Wir wollen den Frieden, das ist unser Grundsatz, denn wir lieben unser Volk. Wir wollen in Frieden und gut leben. Keinem Volk gefällt der Krieg, aber er wird ihm aufgezwungen. ... Aber wir glauben, daß man sich bewaffnen muß, denn es bleibt kein anderer Weg. Die Oligarchie zwingt uns, zu den Waffen zu greifen. ... Gaitán wurde von der Oligarchie erschossen, weil er Demokratie wollte, weiter nichts. Und Ihr wißt, was die Antwort des Volkes war: eine nicht organisierte Empörung, eine bewaffnete Erhebung." (3)

Diese Interpretation ist deshalb fragwürdig, weil die Massenbewegung nicht weiter analysiert wird. Die Frage lautet meines Erachtens weniger, ob das Volk gesiegt hätte, wenn es bewaffnet gewesen wäre, sondern wie die Massenbewegung strukturiert war und was sie

gemacht hätte, wenn sie gesiegt hätte. Wie stark war sie, wie setzte sie sich zusammen, welche Interessen vertrat sie, welche Kampfformen wurden entwickelt, wie waren sie koordiniert und konnten sie die neuralgischen Punkte des Systems lähmen. Diese Fragen werden nicht analysiert.

Die Analyse des geraubten Wahlsiegs geht nicht viel tiefer: Zwar wird festgestellt, daß der Wahlsieg der ANAPO nicht das Resultat eines Volksentscheids für Rojas Pinilla, sondern gegen die Herrschaft der traditionellen Parteien war, aber die Kampfbereitschaft des Volkes für eine bessere Gesellschaft wird vorausgesetzt:

"Die aufgeheizten Massen waren kampfbereit, erwarteten 'Befehle', die niemals kamen, denn der General wollte ein 'Blutbad' vermeiden. Als bedeute die Aufrechterhaltung des Systems nicht das unerträglichste Blutbad eines Volkes, das schon lange an Blutarmut leidet ... Blut vergießt unser Volk in den modernen Galeeren, die man Fabriken nennt, in höllischen Minenschächten, im unwohnlichen Herz der Urwälder, auf dem abgelegenen Land, in den unzureichenden Krankenhäusern, in den Straßen, in den unmenschlichen Gefängnissen ... Das Reich der Sklaverei und der kapitalistischen Herrschaft wäre noch stärker, wenn - nach dem Beispiel von Rojas Pinilla - die Revolutionsführer anderer Länder die Volksaufstände gebremst hätten, die auf Kosten von viel Blut schließlich ein neues Gesellschaftssystem verwirklichten, wo der Mensch dem Nächsten ein Freund ist und nicht sein unersättlicher Ausbeuter." (3)



"solange es Hunger gibt, gibt es keinen Frieden - M-19"

"Der 19. April 1970 zeigte, daß es nicht ausreicht, die Unterstützung der Mehrheit zu haben, sondern daß die Meinung der Mehrheit nur dann respektiert wird, wenn sie mit einer überzeugten politisch-militärischen Organisation durchgesetzt wird." (3)

Es wird unterstellt, daß das Volk ein neues Gesellschaftsmodell erkämpfen will, gleichzeitig ist man sich aber der Tatsache bewußt, daß der Wahlsieg von Rojas Pinilla darauf zurückzuführen ist, daß das Volk das kleinere Übel gewählt hat bzw. der Zwei-Parteien-Herrschaft überdrüssig ist. Dies ist einer der typischen Widersprüche in allen Veröffentlichungen und Gesprächen mit M-19-Vertretern. Die Tatsache, daß die Leute auf die Straße gehen, heißt doch noch lange nicht, daß sie FÜR eine neue Gesellschaftsordnung kämpfen. Wie sonst ließe sich erklären, daß dies so kämpferische Volk sich ganz einfach für ein paar Millionen von einem General verkaufen ließ? Was für eine Gesellschaftsordnung hätte das Volk aufgebaut, wenn es sich am 19.4. die Macht genommen hätte? Höchstwahrscheinlich hätte es die Macht dem General übergeben und der hätte keine neue Gesellschaftsordnung aufgebaut, sondern sein populistisches Projekt durchgezogen - bis es zu einem Militärputsch gekommen wäre. Wenn die Massenbewegungen präziser analysiert würden, dann ließe sich daraus ableiten, weshalb es der Oligarchie immer wieder gelang, sie zu zerschlagen, bevor sie überhaupt an Stärke gewannen und bevor sie wußten, was sie wollten.

Es geht M-19 darum, den kämpferischen Geist der Volksbewegungen in die richtige Richtung zu lenken, die Führung nicht mehr einfach den bürgerlichen Parteien zu überlassen, sondern die spontanen Aufstände zu koordinieren und so die Macht zu erkämpfen. Die erkämpfte Macht muß dann allerdings die AVANTGARDE übernehmen, weil das Volk ja nicht für ein neues System kämpft, sondern nur gegen überkommene Herrschaftsstrukturen. Diese selbsternannte Avantgarde ist natürlich M-19. Die Mobilisierung des Volkes und seine Politisierung beschränkt sich dann auf Agitation, beschränkt sich darauf, die Massen von der Notwendigkeit des Kampfes um die Macht zu überzeugen; sie verliert dabei ihren wahren Charakter der Bewußtwerdung der eigenen Interessen, der eigenen Kräfte und Fähigkeiten, diese Interessen durchzusetzen. Hierzu sagt Jaime Bateman auch ganz klar, noch kein Volk habe seine Bewußtwerdungsprozesse vor der Revolution gemacht, sondern das käme immer erst nach der Revolution. Der politische Aspekt ist also dem militärischen nachgeordnet (darauf werden wir später noch eingehen).

ANMERKUNGEN UND QUELLEN:

- 1) Patricia Lara, Siembra vientos y recogeras tempestades, Bogota, 1982.
- 2) Concepcion y estructura de la organizacion politico-militar del M-19. Sexta Conferencia Nacional, März 1978.
- 3) Carta Abierta a Maria Eugenia del M-19. Etwa 1973 oder 1974.
- 4) German Castro Caicedo, Como es el M-19. Interviews mit Jaime Bateman anlässlich der Entführung des Journalisten durch M-19.
- 5) Dokumente der Nationalen Konferenzen von M-19 1978 und 1979.
- 7) Dokument der Konferenz der Nationalen Führung von M-19, Panama 1983.
- 8) Artikel und Interviews aus den Tageszeitungen El Espectador und El Tiempo.
- 9) Flugblätter, Bulletins und andere Veröffentlichungen von M-19 aus verschiedenen Jahren.

PERU

Lieber der Kopf der Maus als der Schwanz des Löwen

Nachdem wir in der letzten Nummer mehr oder minder ausführlich über die gegenwärtige Lage in Peru berichtet haben; erreichte uns vor kurzem ein Interview, das unsere Korrespondentin mit dem ehemaligen Direktor der Tageszeitung "El Diario", Sinisio Lopez in Lima führte. Die Äußerungen Lopez', der dem linken Flügel der Izquierda Unida zuzurechnen ist, bestätigen unsere Einschätzung von der verfahrenen Situation der traditionellen peruanischen Linken, die ohne umfassendes politisches Konzept, Gefahr läuft, zwischen Sendero und dem Terror der Rechten aufgerieben zu werden.

Kannst Du in wenigen Worten die Grundzüge der jüngsten wirtschaftlichen und politischen Entwicklung skizzieren.

In der ersten Phase der Belaunde-Regierung, unter Ministerpräsident Ulloa hatte die Wirtschaftspolitik noch eher populistische Züge. Der damalige Wirtschaftsminister Grados Bertorini hatte sozialdemokratische Tendenzen. Er stellte sich eine Politik der konzertierten Aktion innerhalb des liberalen Wirtschaftssystems vor. Dieses Modell mußte natürlich scheitern.

Die liberale Wirtschaftspolitik ist auf die Multis ausgerichtet, während die Sozialpolitik versucht, die Interessen der verschiedenen Sektoren der Gesellschaft, wie Arbeiter, Unternehmer und Staat unter einen Hut zu bringen. Die soziale Richtung konnte sich gegenüber der liberalen nicht durchsetzen und Grados Bertorini wurde durch Rodriguez Pastor ersetzt, den offensichtlich die sozialen und politischen Forderungen nicht interessieren.

Wie entwickelte sich unter dieser Wirtschaftspolitik das politische System?

Der freie Markt, der von der liberalen Wirtschaftspolitik gefordert wird, verlangt eine Säuberung auf politischer Ebene. Er kann nur durchgesetzt werden, wenn die Kräfte, die nicht in dieses Spiel passen, ausgeschaltet werden. Das führt zu einer schnellen Verschärfung der Widersprüche. Auf der einen Seite stehen die Arbeiter und Angestellten mit ihren Protesten; auf der anderen Seite die Unternehmer. Das demokratische System muß also täglich autoritärer werden, um seine liberale Wirtschaftspolitik aufrechtzuerhalten. In Peru handelt es sich heute um eine eingeschränkte Demokratie, in der als immer ausschlaggebendere Kraft das Militär auftritt. Noch haben wir keine zivil-militärische Regierung, aber wir sind bereits auf dem Weg dahin.

Eine Reihe von demokratischen Rechten und politischen Freiräumen verschwinden, die Präsenz der Armee wird täglich spürbarer. Damit wird das Fundament für einen "golpe blanco" geschaffen, wie er in Lateinamerika schon öfters vorgekommen ist. Das Regime behält den Präsidenten und das Parlament, die politischen Entscheidungen werden jedoch vom Militär getroffen. Dies ist die Perspektive der Belaunde Regierung. Sie wurde eingeleitet, indem die Legislative - dank der Parlamentsmehrheit der Rechten (AP/PPC) und der APRA - der Exekutive die Vollmacht der Gesetzgebung überließ. Auf diese Weise wurden bisher über 300 sogenannter decre-

tos leyes verabschiedet. Ulloa besaß praktisch ein Jahr lang jegliche Macht; das Parlament existierte zwar, aber nur für zweitrangige Sachen. Es verzichtete von sich aus auf einen Großteil seiner Rechte.

Soziale Bewegung und Parlamentarismus

Wie entwickelten sich die sozialen Bewegungen? Wir haben den Eindruck, daß sie seit den Wahlen 1980 eher abgenommen haben.

Nein, das ist nicht richtig. Ab Mitte 1980 bis Mitte 1981 erlebte die soziale Bewegung eher einen Aufschwung, auch wenn sie längst nicht die Höhen von 1977-79 erreichte, als 50-60% der Arbeiter in Kämpfe traten. Von der demokratischen Öffnung versprach man sich sehr viel und es wurden Erwartungen und Forderungen an die neue Regierung gestellt. Das trifft vor allem auf die Angestellten des öffentlichen Diensts zu, die unter der Regierung Morales Bermudez ökonomisch besonders hart getroffen wurden, aber auch auf die Arbeiter in der Privatindustrie und auf die regionalen Bewegungen in Arequipa, Cuzco und der "selva", die ganze Regionen paralyisierten.

Von welchen Kräften wird die soziale Bewegung geführt?

An die Spitze dieser Bewegungen und zwar nicht nur vom Parlament aus setzte sich die IU, die zu diesem Zeitpunkt noch nicht in die Krise geraten war. Ausschlaggebend dafür war auch, daß die APRA nach dem Tod von Haya de la Torre eine schwerwiegende Krise erlebte und sich in zwei Flügel spaltete. Das wirkte sich zwar bremsend auf die soziale Bewegung aus, ermöglichte es aber der IU sich an die Spitze der Bewegung zu setzen. Ende 1981 konnte die APRA allerdings langsam wieder ihre Kräfte zurückgewinnen. Anfang 1982 wurde ein neuer Generalsekretär gewählt und die Einheit der Partei weitgehend wiederhergestellt. Währenddessen verabsagte sich die IU im Parlament mit Vorschlägen, konnte jedoch keine praktikable Alternative formulieren.

Auch die Regierung verlor bereits Ansehen und Kräfte durch steigende Inflation und Arbeitslosigkeit.

Diese Situation konnte die APRA für sich ausnützen und wieder die Initiative ergreifen. Es bildete sich ein neues nicht unbedeutendes Zentrum, das Druck auf beide Seiten ausübt. Die Alternative, die die APRA gegenüber der liberalistischen Wirtschaftspolitik anbietet, ist im Grunde genommen cepalistisch und trägt alle Züge eines interventionistischen Staats: Schutz der nationalen Wirtschaft, Erhöhung der öffentlichen Ausgaben, Aufrechterhaltung der Subventionierung von Grundnahrungsmitteln, Stabilisierung der Kaufkraft etc. Auch die IU vertritt in einigen Punkten eine cepalistische Politik. Ironischerweise nimmt sie damit eine Haltung ein, die teilweise die Positionen der Velasco-Regierung nachahmt - populistisch, nationalistisch, staatsinterventionistisch. Dadurch verliert sie ihr früheres Image und gibt eine wirklich sozialistische Alternative auf.

Ist daran nicht die Überbewertung des Parlamentarismus schuld?

Im Großen und Ganzen sicher. Die Überbewertung des demokratischen Systems führt zur Aufgabe der sozialen Kämpfe. Dies war ab Mitte 1981 spürbar und dauerte etwa bis zum Fall Ulloas Ende 1982. Der Fall Ulloas wurde beschleunigt durch den Landarbeiter- und Bauernstreik im November 1982, der Streiks in anderen Sektoren nach sich zog und im März 1983 in einen Generalstreik mündete, der von seinen Forderungen her - der Änderung der Wirtschaftspolitik - ganz die Züge eines politischen Streiks trug. Gleichzeitig mit diesem Aufschwung der sozialen Bewegung trat aber auch der neue Ministerpräsident Schwalb mit einer härteren Riege auf den Plan, und es begann die Repression der Streitkräfte im "Kampf gegen den Terrorismus". Die soziale Bewegung hat aber dennoch noch lange nicht das Ausmaß von 1977-79 erreicht, obwohl damals die Krise lange nicht so tief war wie heute. Es herrscht also eine Disproportion zwischen Krise und sozialer Bewegung.

Die fehlende Alternative der Linken

Kommt das nicht vielleicht daher, daß die Leute zu sehr ausgelaugt von der Krise sind und zudem eine Perspektive von Seiten der Linken fehlt?

Ich glaube, das hat andere Gründe. Die Krise ruft sicher einen gewissen Verfall hervor. Die Angst vor dem Verlust des Arbeitsplatzes, die fehlende Zeit um auf Versammlungen zu gehen, kein Geld um Fahrtkosten zu bezahlen, eine Reihe solcher Faktoren. Ich glaube aber, daß der Hauptgrund in der Institutionalisierung der sozialen Konflikte liegt. Während der Militärdiktatur hatte die soziale Bewegung keine Institutionen zur Durchsetzung ihrer Interessen, während heute alle Konflikte durch die Instanzen des demokratischen Systems gehen (Parlament, Arbeitsministerium, etc.) und somit kanalisiert werden. Bis hin zur Linken sind alle Kräfte an dieser Institutionalisierung beteiligt. Die sozialen Bewegungen wurden also durch die demokratischen Spielregeln eingenommen und gebunden. Dabei fällt natürlich auch die Legitimation der mit 47% der Wählerstimmen gewählten Belaunde-Regierung ins Gewicht. Die soziale Bewegung kann wieder an Stärke gewinnen, wenn diese Legitimation gebrochen wird, z.B. bei den nächsten Wahlen. Wenn die Regierung trotz einer möglichen Wahlniederlage mit ihrer Politik unverändert weitermacht, wird das neue soziale Kämpfe entfesseln. Der Rückgang der sozialen Bewegung hängt also in erster Linie mit der Politik zusammen und nicht mit der Krise.



Das waren noch Zeiten: IU-Spitzenkandidat Barrantes feiert den Wahlerfolg von 1980

Also doch mit der fehlenden Alternative?

Das spielt sicher eine Rolle. Es muß festgehalten werden, daß die Linke selbst dem demokratischen Spiel aufsitzt, eine wichtige Rolle im Prozeß der Institutionalisierung spielt, in den sie die Massenbewegung mit hineinzieht und damit teilweise paralyisiert. Die Linke besitzt keine klare Alternative zur Regierungspolitik und ist außerdem in Flügelkämpf und ideologische Streitereien verstrickt. Das beeinflusst auch die soziale Bewegung. Man darf nicht vergessen, daß die CGTP von der KP kontrolliert wird, die FEDEPJUP von der UDP und so weiter, Organisationen, die ganz sicher eine Rolle in der Massenbewegung spielen.

Es sieht ganz so aus, als ob die Rechnung der Militärdiktatur der 2. Phase aufgegangen sei, die wachsende Massenbewegung durch eine demokratische Öffnung - durch Wahlen - abzubremsen und zu kanalisieren.

Ich glaube, daß diese demokratische Öffnung von 1980 zwei Seiten hat. Sie hat sowohl etwas von Manipulation als auch von Eroberung an sich. Die Rechte und die Militärdiktatur haben zu dieser Maßnahme nicht nur gegriffen, um die Bewegung abzubremsen; die Bewegung selbst hat diese Demokratie gefordert, hatte aber nicht genügend Kräfte, eine Demokratie ihrer Vorstellung durchzusetzen. Es wäre deshalb ein Fehler, die demokratische Öffnung als bloßes Manöver der Diktatur zu betrachten.

SENDERO LUMINOSO - ein Phänomen geht um!

Ein weiterer wichtiger Faktor der berücksichtigt werden muß, wenn man die aktuelle Situation Perus verstehen will, ist das Auftreten von Sendero Luminoso, das mit den Wahlen 1980 begann. Bei den ersten Aktionen wie Wahlurnenverbrennungen oder Bomben legen, glaubte man noch, daß es sich um ein paar Kriminelle handeln müsse; niemand wollte so recht an die Existenz von Sendero glauben. Die Linke glaubte viel eher, es müsse sich bei den Akteuren um Paramilitärs handeln, die mit dem rechtesten Sektor der Regierung oder der Armee verbunden seien. Erst 1982 mit Senderos spektakulärster Aktion, dem Überfall auf das Gefängnis von Ayacucho wurde die Sache wirklich ernst. Hier setzte der Übergang vom Terrorismus zur Guerilla ein, aber auch die Repression der Regierung mit der Aufhebung der verfassungsmäßigen Garantien. Sendero Luminoso versucht die Politik, die er sich im Kampf zurechtgelegt hat, umzusetzen. Der nationale Befreiungskampf der vom Land in die Stadt getragen wird. Eine Theorie, die im Peru der 30er Jahre hätte zur Anwendung kommen können, die für das Peru der 80er Jahre jedoch eine Unmöglichkeit darstellt.

Der verlängerte Volkskrieg vom Lande in die Stadt, verlangt ein feudalistisches System, ein uneinheitliches dezentrales Land, Zonen, die untereinander keine Verbindung haben, die befreit werden können. In Peru herrschen heute jedoch andere Verhältnisse. Der Staat ist hochzentralisiert. Die Massenkommunikationsmittel sind sehr schnell, in einer Stunde kann jede Bewegung kontrolliert werden. Das Abschneiden der Städte vom Land ist nicht mehr möglich, weil mehr als 60% der Bevölkerung in den Städten lebt. Daher ist diese Strategie ein Fehlschlag, auch wenn es anfänglich anders aussah. Sendero konnte aus manchen Gebieten die lokalen Autoritäten vertreiben und befreite Gebiete schaffen. Aber als das Militär im Dezember 1982 auf den Plan trat, wurde Sendero zurückgezwungen, die Polizeiposten wieder besetzt und die lokalen Autoritäten kehrten in ihre Gebiete zurück. Hier fing auch die massive Manipulation der Bevölkerung gegen Sendero durch die Repressionskräfte an. Ehemalige Wehrdienstleistende aus den einzelnen Bauerngemeinden wurden zur Kollaboration herangezogen, die arme Landbevölkerung mit Arznei- und Lebensmittelspenden gekauft. Außerdem beging Sendero in dieser Zeit eine Serie von Fehlern, die mit der Art und Weise zusammenhängen, wie er seine Politik durchsetzt. Ein autoritäres, undemokratisches Prinzip, das diejenigen Leute sanktioniert, die nicht mit Sendero zusammenarbeiten wollen.

Auch die Kämpfe gegen die Polizei sind falsch. In einem Fall drangen z.B. Sinchis in eine Gemeinde ein und ließen sich in der dortigen Schule nieder. Als die Sinchis weg waren, kam Sendero und jagte in einer Art religiöser Purifizierung die Schule in die Luft. Die Sinchis kehrten zurück und besetzten das Gemeindelokal; als sie gingen, kam Sendero und steckte das Lokal in Brand. Es hat die Bauern einen Haufen Geld und Arbeit gekostet, Schule und Gemeindelokal wieder aufzubauen. Darum gibt es viele Gemeinden die Sendero rausgeschmissen haben, die sich bewaffnen, schützen und mit der Polizei oder der Armee zusammenarbeiten. Es gibt auch Fälle von Gemeinden, die gegen Sendero und das Militär sind und die versuchen, ihre Unabhängigkeit zu verteidigen. Aber das sind wenige und sie geraten zwischen das Feuer beider Seiten.

In der Praxis ist die autoritäre Politik Senderos zu einer Art Terrorismus gegenüber der Bauernschaft degeneriert, ähnlich dem, den der Staat anwendet; - eine Art Wettbewerb zwischen dem Militär und Sendero, wer mehr Stärke zeigt, dem ordnet sich der Rest unter.

Das drückt sich auch in den regionalen Streiks aus. Es gibt zwei Arten von Streik. In Ayacucho gibt es eine Arbeitervereinigung, die der IU nahesteht. Wenn diese Vereinigung einen Streik ausruft, dann folgen ihr die Leute freiwillig, ohne Einschüchterung. Im Fall von Sendero ist dies anders. Sendero befiehlt einen Streik, alle Leute haben Angst vor Sanktionen und machen mit. Es gibt Fälle wie in Huanta, wo Leuten, die nicht mitgemacht haben die Häuser angesteckt wurden.

Wenn diese Geschichten wirklich stimmen, dann wären dies für die lateinamerikanische Guerillabewegung völlig neue Methoden.

Ja, und das hängt meiner Meinung nach mit Faktoren zusammen, die nicht westlich, sondern sehr andin sind. Denn die Bewegung von Sendero Luminoso trägt in ihrer Zusammensetzung, ihrer ideologischen Ausrichtung und ihrer politischen Perspektive eine Reihe von Elementen aus der gewalttätigen andinen Kultur. Gewisse andine Mythen, wie die Wiederkehr des Inka RI, gewisse Strategien und Kampfformen, die sehr blutig und gewalttätig sind, weil die Bauernschaft in ihrer ganzen Geschichte seit der Eroberung durch die Spanier die Gewalt und die Unterdrückung durchleben mußte. Die Politik auf dem Land wird mit Gewalt durchgesetzt, es existieren keine demokratischen oder liberalen Institutionen, die dort die Beziehungen regeln.

Auf welche Bevölkerungsschichten kann sich Sendero heute stützen; und aus welchen Gründen?

Bei den Widersprüchen die auf dem Land herrschen und durch Senderos falsche Politik, die die Bauernschaft in vielen Fällen zwingt, sich vor ihm zu schützen, verliert Sendero auf dem Lande zunehmend Kräfte. Man kann sagen, daß in Ayacucho die Mehrzahl der Leute heute gegen ihn ist. Das führt zu einem Phänomen, das vorher niemand absehen konnte: Die Niederlage von Sendero durch die Bauernschaft selbst, und nicht durch das Militär, wie wir es erwartet hätten.

Dies stellt die gesamte Linke vor die Schwierigkeit, später wieder das Vertrauen der Bauernschaft zu gewinnen.

In den Städten hat Sendero jedoch seltsamerweise einen gewissen Rückhalt. Weniger beim Proletariat, das hauptsächlich an die KP oder die IU im allgemeinen gebunden ist, als vielmehr in den Elendsvierteln, bei den Arbeitslosen, bei der Jugend in den Universitäten. Also bei den ganz armen Schichten, bei den Verzweifelten, die keine andere Möglichkeit für sich sehen. Dort liegt die Stärke von Sendero. Die meisten gefangenen Senderisten kommen aus dieser Schicht, aber auch Lehrer und in geringerem Maße Bauern. Alle Aktionen des städtischen Terrorismus, Überfälle und black-outs, wurden von den Elendsvierteln aus gemacht. Dabei zeigt sich, daß die Mittelklasse am meisten Angst davor hat und nach Sicherheit und Ordnung ruft, da es in dieser Schicht niemand gut findet, wenn plötzlich die Lichter ausgehen. Denn das ruft eine Reihe von Unbequemlichkeiten hervor. Die armen Schichten sind davon nicht so betroffen, weil es in den Elendsvierteln sowieso kein Licht, Wasser etc. gibt.

Was also ist zusammengefaßt die Kritik an Sendero?

Gegenüber Sendero gibt es drei Positionen: Die der Rechten, die in Sendero eine Bande von Terroristen sieht, die es sich zum Ziel gesetzt hat, Unordnung zu schaffen, ohne ein soziales und politisches Bedürfnis auszudrücken. Diese Position hat Einfluß auf einen Teil der Linken.

Die zweite, prosenderistische, glaubt, daß Sendero die einzige revolutionäre Kraft sei und sein Weg der richtige.

Die dritte Position entspricht etwa dem Gros der Linken; bei Sendero handelt es sich um eine politische Kraft die einem gewissen sozialen Bedürfnis, vor allem der andinen Welt, Ausdruck verleiht. Jedoch sind seine politischen Forderungen sehr allgemein und zweifelhaft. Zum Beispiel die Forderung nach einer Volksdemokratie, der Allianz zwischen Arbeitern und Bauern, einer agrarischen Revolution, all diese maoistischen Strategien, Vorstellungen, die sehr an die von Pol Pot erinnern und die Errichtung eines sehr autoritären Systems heraufbeschwören. Damit erschöpft sich im wesentlichen auch schon das Programm von Sendero Luminoso.

Weitere Kritik gibt es an der angewandten Taktik. Die Aktionen rufen, anstatt die Revolution zu stärken, die Repression, die Konterrevolution auf den Plan. Was haben z.B. die letzten black-outs bewirkt? Nicht etwa die bessere Organisierung der Massen, sondern den Notstand, die Liquidierung einer Menge von Streiks, die Repression gegen die gesamte Linke, den Abbau demokratischer Rechte. Damit soll nicht gesagt werden, daß Sendero absichtlich konterrevolutionär handelt. Aber in der Politik werden Aktionen nicht an ihrer Absicht, sondern an ihren Folgen gemessen. Sendero zieht die aktuelle Konjunktur nicht in Betracht, sondern lebt in einer revolutionären Welt, die in der Wirklichkeit nicht existiert.

Das halte ich für eine problematische Position. Es ist bekannt, daß jede Guerilla am Anfang des Terrorismus bezichtigt wird und staatliche Repression zur Folge hat. Aber es gibt Beispiele, daß diese Phase überwunden werden konnte und eine Bewegung in Gang gesetzt wurde, die sich der Repression entgegenstellen konnte. Man muß sehen wie die Massenbewegung auf solche Aktionen vorbereitet ist. Daß sie Repressionen mit sich bringen ist klar, aber die gesamte Linke geht ja davon aus, daß der bewaffnete Kampf langfristig nicht zu umgehen ist. Es muß also gefragt werden, welches die aktuellen Bedingungen sind und wie der bewaffnete Kampf entwickelt werden kann.

Das Problem ist, daß Sendero die aktuelle Lage überbewertet, eine revolutionäre Situation sieht, wo es sich eigentlich nur um eine politische Krise handelt. Eine revolutionäre Situation setzt eine Reihe von Elementen voraus, die die Massenbewegung in die Lage versetzt, den Staat in Stücke zu hauen. Aber soweit sind wir im Moment noch nicht. Jedoch wird auf Grundlage dieser falschen Annahme eine Reihe von Guerillaaktionen entwickelt, die in der aktuellen Situation keinen Sinn haben und verfrüht sind. Die Situation war 1977/78 viel besser als heute. Damals wäre es eher möglich gewesen, einen Bürgerkrieg zu führen, eine Guerilla auf die Beine zu bringen. Darüber streitet sich die Linke mit Sendero. Die Rechte nutzt in der Zwischenzeit die Situation und benutzt das Phänomen Sendero, um die restliche Linke dazu zu zwingen, entweder von der Revolution Abstand zu nehmen, oder sich mit Sendero zu identifizieren, um sie dann zu liquidieren. Aus dieser Falle hat sich die Linke bisher noch nicht befreit. Sie tendiert dazu, in den Pazifismus zu verfallen und von der Revolution Abstand zu nehmen. Das ist einer ihrer Fehler.

Die inneren Strukturen der IU

Welche strukturellen Probleme hat die IU heute?

Die IU ist in Wirklichkeit ein sehr heterogenes Bündnis. Es reicht von Marxisten/Leninisten, über revolutionäre utopische Sozialisten, Sozialdemokraten, Christen bis hin zur Kommunistischen Partei. Sie hat damit den Vorteil, die gemeinsamen Interessen der Massen auszudrücken, gleichzeitig aber auch den Fehler, daß diese Einheit quasi als Druckmittel benutzt wird, gegenüber radikaleren Forderungen, die die Einheit in Gefahr bringen könnten. Die Sozialdemokraten beispielsweise arbeiten mit dieser Erpressung. Also ist die Einheit manchmal künstlich und falsch, genauso wie die nationale Einheit.

Heißt das, daß die IU gegenüber 1980 keinen qualitativen Sprung gemacht hat und sich noch immer in der gleichen Situation befindet?

Nein, ich glaube sogar, daß sich die IU 1980 in einer besseren Position befand als heute. Damals drückte sie die Unruhe, den Druck einer sozialen Bewegung aus, den Beginn einer Einheit, die große Erwartungen mit sich brachte. Aber seitdem hat sich nichts entwickelt. Die IU ist immer noch ein Wahlbündnis. Alle fordern eine größere programmatische Einheit, einen programmatischen Ausdruck, aber die IU hat ihre Identität verloren. Im Volk gilt die IU immer noch als sozialistisch. Aber die öffentliche Meinung nimmt nicht wahr, daß die IU vor lauter Verteidigung einer sogenannten Volksdemokratie, eines konsequenten demokratisch-freiheitlichen Systems, ihr sozialistisches Profil aufgegeben hat. Da liegt meiner Meinung nach die Wurzel ihres Hauptfehlers. Aus der Tradition einzelner Gruppen wird programmatisch ein Maoismus aufrechterhalten.

Die IU hat Ansehen verloren, weil sie nicht in der Lage war, ein präzises Programm aufzustellen und eine Alternative zu präsentieren. Sie beschränkte sich auf die Verkündung demokratischer Forderungen. Und das löste bei den Leuten natürlich eine gewisse Frustration aus. Deshalb hat die IU auch an Anhängern verloren.

Ein anderes Problem für die IU ist die Krise in der Führungsschicht. Alle Führer in der IU sind "Erste unter Gleichen" und keiner will den anderen als Führer anerkennen. Und der Vorsitzende Alfonso Barrantes hat einfach nicht die Kraft, die Kreativität und die Intelligenz für diesen Posten.

Vielleicht muß man von der Vorstellung eines einzigen Chefs abgehen und eher an die Führung durch ein Kollektiv denken.

Dabei würden die Führer untereinander in Streit geraten. Es gibt zwar exzellente Leute in der IU, aber sie müssen erst lernen, im Kollektiv zu entscheiden und sich nicht gegenseitig mit Steinen zu beschweren, damit sich ja keiner heraushebt. Es sind alles Leute zwischen 30 und 35 Jahren, einige richtig brillant, wie Diez Canseco, Haya, Dammert, etc. alles Leute von der Católica (Eliteuniversität Perus; Red.) manche stammen sogar aus der Oligarchie, wie Diez Canseco. Sie haben sich zwar politisch radikalisiert, aber ihnen bleibt etwas von dieser Mentalität. Sie wollen lieber der Kopf der Maus als der Schwanz des Löwen sein. Sie sind sektierisch undemokratisch und der Wille zur Gemeinsamkeit ist nicht besonders entwickelt.



Das Direktorium der IU bei der Diskussion um die richtige Linie

Das marlateguistische Projekt

Das Grundproblem ist, die Politik, ihre Formen und Kategorien gründlich neuzudenken. Meiner Meinung nach haben sich hier und anderswo die Lehren des Leninismus und der Oktoberrevolution 1917 erschöpft. Die ganzen Theorien von der Einheitspartei, dem demokratischen Zentralismus, der Identifikation der Partei mit dem Staat, das Konzept der Diktatur des Proletariats, all dies hat sich allmählich erschöpft. Es gibt einfach andere soziale Praktiken, die eine andere Herangehensweise erfordern. Aber soweit ist die Linke hier noch nicht. Dies ist jedoch nicht nur ein Problem der peruanischen, sondern der ganzen lateinamerikanischen, ja weltweiten Linken. Nicht umsonst gibt es den Eurokommunismus oder andere Antworten auf die Krise des Marxismus/Leninismus. Diese Debatte macht die IU gerade durch.

Die mariateguistische Partei ist eine Antwort auf diese Fragen. Wenn sie Erfolg hat und sich festigt, könnte sie neben Patria Roja (maoistisch orientiert; die Red.) die stärkste und radikalste Partei innerhalb der IU werden. (Vgl. LN 118/9) Aber in den Diskussionen über eine mariateguistische Partei müssen noch viele ideologische Barrieren überwunden werden. Es handelt sich dabei um eine langfristige Perspektive.

Das Wahlprogramm der IU

Mit welchem Programm präsentiert sich die IU bei den kommenden Wahlen?

Die nächsten Wahlen haben eine politisch wichtige Bedeutung. Es geht dabei nicht nur um die Wahl der Bürgermeister und um kommunale Probleme, sondern um die Wirtschaftspolitik der Regierung. Wenn die Opposition gewinnt, hat die Regierung keine Berechtigung mehr, diese Politik weiterzuführen. Es gibt daher zwei Schwerpunkte. Ein allgemeines Programm, das die Veränderung der Wirtschaftspolitik vorsieht und kommunale Programme, die mit den Problemen der jeweiligen Kommune zu tun haben. In ersterem liegt auch die Hauptschwierigkeit: die Entwicklung eines volksfreundlichen Programms, eine praktikable Alternative zur aktuellen Wirtschaftspolitik. Die Linke hat nicht nur gute Chancen, die Wahlen zu gewinnen, sondern auch die Möglichkeit, auf die Regierung Druck auszuüben. Das steht für die IU auf dem Spiel.

Was sonst - ausser dem Parlamentarismus ?

Aber die Verhältnisse können nicht allein durch Wahlen verändert werden. Es muß doch auch die Basis mobilisiert, ihre Forderungen aufgegriffen werden, eine Kraft durch die Massenbewegungen geschaffen werden.

Die IU setzt sich natürlich auch für die Stärkung der sozialen Bewegung ein, die im Generalstreik gegen die Regierung gipfeln soll. Neben diesen Bewegungen setzt sich ein Teil der IU auch für die Stärkung von Selbstverteidigungsorganisationen ein, die allerdings keine paramilitärischen Organisationen sind, sondern Teil der sozialen Bewegung, die aber im gegebenen Moment in bewaffnete Gruppen oder Guerillagruppen umgewandelt werden können. So werden z.B. die "rondas campesinas" (Bauernmilizen; die Red.) in Cajamarca unterstützt. Sie haben die Aufgabe die Interessen der Bauern dieser Region zu wahren. Sie schützen nicht nur vor Viehdieben, sondern auch vor Übergriffen lokaler Autoritäten.

Wie wird die Wählerschaft reagieren?

Ich bin der Meinung, daß die Wähler ziemlich apathisch geworden sind. Die ungültigen Stimmen werden ziemlich hoch sein, als Protest gegenüber der Regierung, aber auch gegenüber der Opposition, die nicht in der Lage ist, eine einleuchtende Alternative zu formulieren. Ein große Zahl von Leuten hat einfach den Glauben in die Politik verloren und wird das mit einem "NEIN" ausdrücken. Die einen, weil sie sich radikalisiert haben, die anderen aus Vertrauensverlust. Das bedeutet im Grunde eine Schwächung des bürgerlichen Systems.

Die IU hat für den Bezirk Ayacucho keinen Kandidaten aufgestellt. Hat die IU dennoch eine Vorstellung über eine mögliche Konfliktlösung in dieser Region?

Für Ayacucho schlägt die IU folgendes vor: Aufbau einer demokratisch gewählten Regionalregierung, Rückzug der Armee, Amnestie und Dialog mit Sendero. Gleichzeitig ein Programm zur Entwicklung dieser Zone, in der die Verzweiflung der Bewohner wächst. Dies ist ein politischer Ausweg; der Versuch, das Problem demokratisch zu lösen, solange bis unter anderen Umständen eine revolutionäre Alternative entwickelt werden kann.

ABKÜRZUNGSKLÄRUNGEN

CEPAL Comision Economica Para America Latina; die CEPAL entwickelte im Verlauf der 60er Jahre eine Wirtschaftspolitik für Lateinamerika, die darauf ausgerichtet war, Unterentwicklung und Abhängigkeit durch den Aufbau einer importsubstituierenden Industrie, deren Träger das nationale Kapital, sowie der Staat sein sollte, zu überwinden. Durch eine breite Integration von Arbeiterklasse Bauern und Mittelschichten sollte die soziale Basis geschaffen werden, mit deren Unterstützung das ausländische Kapital zurückgedrängt und die Grundlage einer eigenständigen Entwicklung geschaffen werden sollte. Die verschiedenen Versuche diese Konzeption in die Praxis umzusetzen, scheiterten jedoch letztlich alle an den nicht lösbaren Klassenwidersprüchen und dem Fehlen von Verteilungsspielräumen, die diese reformistische Konzeption benötigt hätte.

APRA	Alianza Popular Revolucionaria Americana
CGTP	Confederacion General de Trabajadores del Peru
FEDEPJUP	Federacion Departamental de Pueblos Jovenes y Urbanicaciones Lima/Callao
MIR	Movimiento Izquierda Revolucionario
PC	Kommunistische Partei; Bruderpartei der KPdSU
PCR	Partido Comunista Revolucionario
UDP	Union Democratica Proletariado (?)
VR	Vanguardia Revolucionaria

Papier für "EL DIARIO"

In der Woche vom 11.-18. Juli erschien das "diario", einzige linke Tageszeitung Perus, mehrere Tage lang nicht wie gewohnt mit 24, sondern nur mit 16 Seiten. Der Grund war nicht - wie ein LN-Leser vermuten würde - ein technisches Versagen oder ein Transportproblem, sondern schlicht und einfach dieses: das Papier reichte nicht für mehr.

Seit die staatliche Papierfabrik Paramonga im August 1982 von der Regierung Be- laünde geschlossen wurde, werden alle peruanischen Zeitungen auf importiertem Pa- pier gedruckt. Um große Mengen Papier zu Weltmarktpreisen importieren zu können, muß ein Unternehmen aber über ein gewisses Kapital verfügen oder zumindest über Vermögenswerte, die als Sicherheit für einen Kredit dienen können. Beides ist beim "diario" nicht der Fall, das daher nur bei kleinen lokalen Papierimporteuren kau- fen konnte. Bei diesem Von-der-Hand-in-den-Mund-Käufen liegen die Preise natür- lich erheblich über dem internationalen Preis, und wenn dann noch eine Lieferung zu spät ankommt oder ausgelassen wird, erscheint das "diario" eben nur mit 16 Sei- ten, oder mit 8 oder irgendwann überhaupt nicht mehr.

Das "diario" ist im Mai 1980 entstanden, zu einem Zeitpunkt, als die vielen Par- teien der peruanischen Linken nach heftigen Auseinandersetzungen um den Präsident- schaftswahlkampf eine gewisse Einheit erreicht hatten, die ihnen in den Kommunal- wahlen desselben Jahres das beachtliche Ergebnis von knapp 30% einbringen sollte. Wieviele Projekte, die aus der Initiative Einzelner hervorgehen, gleichzeitig aber den Anspruch haben, eine breite Bewegung zu repräsentieren, hat das "diario" immer wieder schwere Krisen durchgemacht, in denen sich politische mit persönlichen Konflikten mischten. In den über 3 Jahren seiner Existenz ist es aber zu einem un- verzichtbaren Informationsorgan und Diskussionsforum für Gewerkschaften, Organi- sationen von Studenten und Elendsviertelbewohnern, für die Frauenbewegung ebenso wie für die linken Parteien geworden. Der endgültige Zusammenbruch der Zeitung würde nicht nur bedeuten, daß bestimmte Nachrichten über Streiks, Landbesetzungen oder Protestmärsche nicht mehr oder nur noch in der offiziellen Version der Regie- rung erschienen; es würde auch dazu führen, daß politische Debatten innerhalb und zwischen den Parteien der Linken nicht mehr in der Öffentlichkeit geführt werden könnten, wie das zur Zeit (noch) der Fall ist.

Gerade zum gegenwärtigen Zeitpunkt, da die Regierung unter dem Vorwand der Gueril- labewegung "Sendero Luminoso" die gesamte Linke, Gewerkschaften und Basisbewegun- gen angreift, wäre es außerdem katastrophal, wenn die einzige Zeitung verschwän- de, die Übergriffe, Verhaftungen und Folterungen kontinuierlich dokumentiert und öffentlich macht.

Das "diario", und d.h. in diesem Zusammenhang ein paar Möbel, Schreibmaschinen und ein Fotolabor, gehört den darin Beschäftigten, die die "Aktien" besitzen, aller- dings nicht alle gleich viele. Und Dividenden gibt es natürlich auch keine. Die laufenden Geschäfte und die täglichen journalistischen Entscheidungen verantwortet ein 3köpfiges, von der Vollversammlung gewähltes Gremium.

Ähnlich wie die LN ist auch das "diario" in finanzieller Hinsicht überwiegend von seinen Lesern abhängig. Anzeigen machen weniger als 20% der Gesamteinnahmen aus. Aber gerade die Arbeiter und Arbeitslosen, Studenten und Elendsviertelbewohner, deren Interessen das "diario" Ausdruck gibt, finden es zunehmend schwieriger, die umgerechnet 0,50 DM am Tag zu zahlen. Dennoch hat die Zeitung eine Auflage von ca. 30 000. Eine Preiserhöhung kommt daher natürlich nicht in Frage. Daher hat das "diario", zum ersten Mal seit seiner Gründung, alle Leser um Spenden gebeten, die ausschließlich zum Ankauf eines größeren Papiervorrats zu internationalen Preisen verwendet werden sollen. Innerhalb von 2 Tagen kamen knapp 3 000 DM zusammen. Das ist viel angesichts der ökonomischen Lage in diesem Land, aber zur Lösung des Problems nur ein Tropfen auf den heißen Stein.

Spenden für "diario" können auf folgendes Konto überwiesen werden:
Anne Brinkmann, Sparkasse Bremen, BLZ 29050101, Konto-Nr. 11111796
Stichwort: El Diario

NICARAGUA

Druck von allen Seiten

Eskalation in Mittelamerika! - Hoffnung auf Lösung der Krise in Mittelamerika ge- stiegen? - Rebellen bilden Exil-Regierung! - Mittelamerika - die USA nähern sich ihrem Ziel! - Es ist schwierig, die momentane Situation in Nicaragua einzuschätzen. Die widersprüchlichen Meldungen tragen nur noch mehr zur Verwirrung bei und helfen nicht, die Komplexität und die Undurchsichtigkeit transparenter zu machen. Mit unserem Artikel wollen wir einen groben Überblick über die Geschehnisse in den letzten beiden Monaten geben und die derzeitige Situation im Lande auf der mili- tärlichen, diplomatischen und wirtschaftlichen Ebene beleuchten. Die folgende Reportage aus dem Kriegsgebiet im Norden Nicaraguas soll genauer erläutern, was sonst hinter einer kurzen Zeitungsnotiz versteckt ist.

Reportage aus dem Norden

21. Juli 83 - 7.00 Uhr morgens. Die Kaffeearbeiter der Finca Daraylí in der Ge- meinde Condega sind gerade weg zu ihrer Arbeit. Die fünf Milizen, die heute mor- gen Wachdienst haben, sitzen noch eine Weile bei den beiden Köchinnen und trin- ken in Ruhe ihren Morgenkaffee aus, bevor sie die Gewehre schultern und ihren Rundgang machen werden. Plötzlich stürmen ca. 50 Männer aus dem Hinterhalt und umstellen das Gebäude. Mit ihren Gewehren im Anschlag erklären sie den erschrok- denen Frauen und Männern: "Wir wollen nicht Bauern ermorden, wir wollen Euch un- seren Schutz anbieten. Wir wollen, daß Ihr unserer Organisation beitrete, der FDN." Nach einer Weile betroffenen Schweigens entgegnet eine der Köchinnen be- herzt, nein, dazu sähen sie keine Veranlassung, sie seien recht zufrieden mit den Sandinisten.

Die Kaffeeфинca, ehemaliger Somoza-Besitz, nach dem Krieg verstaatlicht und mo- dernisiert, gilt mit ihren neuerstellten Schlafräumen für die Landarbeiter als Musterbeispiel für die arbeiterfreundliche Politik der Sandinisten. Vor zwei Wo- chen erst wurde sie als Cooperative an die Kaffeearbeiter übergeben. Die Contras, offensichtlich gut informiert, reagieren mit dem Spruch: "Gut, vor zwei Wochen habt Ihr mit Tomás (Tomás Borge, Innenminister) getanzt, jetzt tanzt Ihr eben mit uns!" Und wenige Minuten später schlagen die Flammen hoch über der Finca. Mit den Worten: "Wir kommen wieder, überlegt Euch gut!" ver- schwanden sie wieder.

Als ich wenige Tage später die Finca besuche, bietet sich mir ein tristes Bild: Von dem Gebäude mit den Schlafräumen sind nur noch die Sockel übrig, die Ver- waltungsgebäude und der Maschinenlagerraum sind ebenfalls bis auf die Grund- mauern zerstört, ein Teil der Maschinen konnte gerettet werden. Das Haus mit der Küche und dem EBraum, sowie die Lagerhallen sind noch erhalten geblieben. Zwischen den verkohlten, teilweise noch schwelenden Trümmern spielen die Kin- der. Ein kleiner Junge erzählt mir bereitwillig wies war. Er hat die Contras "eigenhändig" gesehen. Auf meine Frage, ob er denn keine Angst gehabt hätte, kam die schlichte Antwort: Natürlich und wie! Seine Mutter, eine der beiden Köchinnen, erklärt mir, während wir durch die Trümmer steigen: "Nein, wir werden uns nicht an die Bestien anschließen. Wir lassen uns nicht einschüchtern. Wir kennen sie genau. Das ist die glei-

che Guardia Somozista von damals." Einer der Landarbeiter ermuntert mich, Fotos zu machen: "Ja, zeig Deinen Landsleuten, was die mit uns hier machen, die Contras. Alles was wir hier mühsam aufzubauen versuchen, machen sie uns wieder kaputt." "Das wichtigste, was wir im Moment in Nicaragua brauchen, ist Eure Solidarität" fügt sein Kollege noch hinzu.

Dieser Satz klang mir noch lange in den Ohren und so entschloß ich mich, doch meine schon längst verworfene geplante Reise in das Grenzgebiet im Norden zu Honduras zu unternehmen, das Gebiet, das erst kurz vorher Schlagzeilen machte und Angriffsziel ständiger Aktionen der Contras war.

Der Erzbischof von Managua, Obando y Bravo, hatte erst eine Woche vorher in der "Prensa", dem reaktionären Blatt Nicaraguas, verlauten lassen, die Nachrichten über Überfälle und Ermordungen an der Grenze zu Honduras seien reine Lügenpropaganda der Sandinisten, um die Leute bei der Stange zu halten. Daraufhin hatte Daniel Ortega ihn über Radio und Fernsehen öffentlich eingeladen, mit ihm in den Norden zu gehen, um sich an Ort und Stelle von den Aggressionen der Contra zu überzeugen. - Na, vielleicht treffe ich den Bischof.

Von guten Wünschen und ermahnenden Reden unserer nicaraguanischen Freunde begleitet ziehen wir los, um uns an Ort und Stelle von der Situation zu überzeugen und um mit der Bevölkerung über deren Erfahrungen, Probleme und Ängste zu reden. Ein Problem von uns: Mit unserem roten Jeep mit weißem Dach sind wir sehr auffällig, denn die Regierungsfahrzeuge haben dieselben Farben und somit bieten wir ein gutes Ziel für evtl. Angriffe der Contras. Die Idee, den Jeep gegen einen andersfarbigen auszutauschen, lassen wir schnell wieder fallen: Wenn schon - denn schon! Die Milizen von Condega hatten noch letzte Auskünfte für uns eingeholt: Die Straßen sind frei, die letzten Tage seien keinerlei Vorkommnisse gemeldet worden. Unterwegs nehmen wir noch einige Anhalter mit, ebenfalls zwei Frauen, die ihre alte Oma in Jalapa besuchen wollen (solange es noch möglich ist) und zwei Milizen, die zu ihrer Einheit zurückkehren. Nun haben wir also noch bewaffneten Begleitschutz, was uns sowohl Beruhigung, wie auch Bauchschmerzen verursacht.

Der Norden Nicaraguas sieht so ganz anders aus, als das schlechthin bekannte Nicaragua, das für viele nur aus Managua, Leon, Rivas und Corinto besteht, und sich durch besonders unerträgliche Hitze, Dürre und öde Landschaft auszeichnet. Die Landschaft hier im Norden erinnert eher an den Bayer. Wald mit seinen Wiesen, Wäldern und Bergen. Das satte Grün tut den entwöhnten Augen gut. Auch das Klima ist angenehm frischer. Zwischendurch ein paar weidende Kühe. Richtig idyllisch! Fast könnte man vergessen, daß dies Kriegsgebiet ist. Doch die Frauen und Männer, die mit ihren Gewehren auf dem Rücken auf dem Feld arbeiten, erinnern uns wieder an die Realität: Allzeit bereit gegen die Contras!

Nervös beäugen wir die Landschaft. Hinter jedem Berg, hinter jeder Baumgruppe vermuten wir die Contras. Wir freuen uns über jeden Lastwagen oder Kleinbus, der von Milizen bewacht Personen befördert. Für uns ein Zeichen, daß zumindest bis zur nächsten Ortschaft die Straße frei ist. Doch anstelle der vermuteten Contras begegnen wir nur den grünbemühten "Compas" der Miliz, die mal hinter einem Baum vorlugen, mal hinter einem Felsvorsprung. Allmählich läßt bei uns die Spannung nach. Wir fühlen uns gut bewacht und geschützt. Man grüßt sich souverän von Companera zu Companero. Jetzt kommt uns die Farbe unseres Jeeps wieder gelegen.

Nach drei Stunden Fahrt kommen wir im Grenzstädtchen Jalapa an. Das erste was einem auffällt, ist die Unmenge von Uniformierten und Bewaffneten. Schon in Esteli und Condega unterscheidet sich das Straßenbild enorm von dem Managuas oder Leons. Doch hier in Jalapa ist es noch extremer. Jedoch was im ersten Moment den Eindruck einer besetzten Stadt erwecken mag, relativiert sich sehr schnell beim genaueren Hinsehen. Die Stimmung in den Straßen ist locker, fast übermütig, alles kennt sich, alles grüßt sich. Milizen und Zivilisten scherzen

oder arbeiten miteinander, einige reparieren gerade ein Hausdach. ... Verständlich, wenn man weiß, daß ein Großteil der Milizen aus Jalapa selbst oder aus der Umgebung kommt und alle den gleichen gemeinsamen Feind haben und gegen ihn gemeinsam vorgehen. "Seit einigen Tagen ist es ruhig, seit wir den letzten Angriff so erfolgreich abgewehrt haben." bestätigt uns Alcide, der Politsekretär, als er mit uns durchs Städtchen geht. Mit schwerer Bewachung im Jeep lassen wir uns anschließend das Grenzgebiet zeigen.

Die Gegend im Norden ist sehr spärlich besiedelt. Die Dörfer, vor allem La Cainta und El Porvenir nördlich von Jalapa zur Grenze hin machen einen sehr trostlosen Eindruck: In den vergangenen Monaten waren immer wieder konterrevolutionäre Truppen und auch hondurenische Truppen eingefallen, hatten die Dörfer zerstört, wahllos auf die Bewohner geschossen, die Maisfelder verwüstet, die Ernte abgebrannt ... "Hier haben sie ein 5-jähriges Mädchen umgebracht!" ... "Hier eine alte Oma!" ... "Hier sind noch die Einschußstellen der Maschinengewehrsalven zu sehen!" ... "Hier ist das Politbüro der FSLN in die Luft gesprengt worden!" So die Kommentare unserer Begleiter. Ein Großteil der Häuser ist verlassen. Ihre Bewohner sind ins Landesinnere geflüchtet nach Jalapa, Condega und Ocotál. Sie haben bei Verwandten Unterschlupf gefunden oder leben in notdürftig zurechtgezimmernden Hütten. Die Regierung hat Sofortmaßnahmen ergriffen und Siedlungen gebaut in der Nähe von Jalapa, mit Schule und Gesundheitszentrum. Sie bietet sie den Flüchtlingen zum Kauf an, mit zinsgünstigen Krediten, rückzahlbar in geringen Raten nach Ablauf von 2 Jahren und stellt ihnen Land zur Verfügung, das sie gemeinschaftlich als Cooperative bebauen können. Etliche haben das Angebot der Regierung schon in Anspruch genommen. In einer der Siedlungen 13 km südlich von Jalapa sind von den 120 Häusern schon ein Großteil bewohnt. Bald fangen sie mit der Bebauung an. Andere wollen wieder zurück in ihre Dörfer, auch auf die Gefahr hin, daß die Contras wiederkommen. "Wenn wir alle weg sind, dann haben die es ja noch leichter einzufallen und alles kaputt zu machen!"

Vor den Trümmern einer abgebrannten und fast total zerstörten Tabakfabrik zeigt uns einer unserer Begleiter den Grenzverlauf. Die Straße, die auf der hondurenischen Seite verläuft, ist gut zu sehen. "Hier müssen wir immer mitansehen, wie die LKWs der Hondurenischen Armee den Nachschub liefern für die Contras und dürfen nichts dagegen machen."



Es ist schon deprimierend mitanzusehen, wie dürrt die sandinistischen Soldaten ausgerüstet sind. Oft haben sie außer ihrer Uniform am Körper und ihrem ausgedienten, ausgeleierten Gewehr, das sich nicht selten durch Ladehemmung auszeichnet, nichts. Kaum Feldstecher oder Funkgeräte stehen zur Verfügung. Bei Angriffen verschickt der Kommandant seine Einheiten auf gut Glück. Während auf der anderen Seite ihnen die bis an die Zähne bewaffnete, nach neuestem US-Modell ausgestattete Guardia Somozista und hondurenische Armee gegenüberstehen. Die Nicaraguaner haben denkbar schlechte Bedingungen was Ausbildung und Ausrüstung angeht, aber in puncto Kampfmoral und bewunderswerter Zuversicht sind sie (noch) unschlagbar. So ganz nach ihrem Motto: "No pasaran!" - "Sie kommen nicht durch!"

Chronologie

Die Situation in Nicaraguas Norden hat sich in den letzten beiden Monaten noch mehr zugespitzt. Gerade Jalapa, Ocotal und Somoto sind immer wieder Ziel von Angriffen der konterrevolutionären Truppen. Doch auch aus dem Süden, Osten, Westen und dem Landesinneren werden ständig Überfälle, Sabotage und Provokationen gemeldet.

In der nachstehenden Chronologie sind nochmals die wichtigsten Ereignisse dieser militärischen Bedrohung seit August 83 festgehalten:

- 5.8. "Big Pine 2" läuft an mit einer Beteiligung von ca. 3.500 US-Soldaten. Das in Honduras und vor der nicaraguanischen Karibikküste stattfindende sechsmonate-währende Truppen- und Marinemanöver mit US- und hondurenischen Soldaten ist, so US-General Paul Gorman, ausdrücklich auf die Vorbereitung der Truppen auf einen Ernstfall zugeschnitten. Honduras wurde zu diesem Zweck weiter ausgestattet. Es erhielt eine Radarstation am Golf von Fonseca, unweit der Grenze zu El Salvador und Nicaragua. 60 km von der Grenze zu Nicaragua entfernt wurde ein Ausbildungslager aufgebaut. Geübt werden soll: eine Luftbrücke von USA nach Honduras, ein Landmanöver, die Abwehr einer Infiltration linksgerichteter Guerilleros, alles was im Falle einer Invasion gekonnt werden muß.



US-Militär (rechts) überwacht Manöver von Fallschirmspringern der hond.Armee

- 7.8. Drei Lehrer der Erwachsenenbildung werden in San Juan de Limay im Dep. Esteli während des Unterrichts verschleppt, durch die von Honduras einfallenden Contras. Die Zahl der von den Contras verschleppten Lehrer und Alphabetisatoren wird vom Erziehungsministerium mit 52 bezeichnet, die Zahl der Ermordeten beläuft sich mittlerweile auf 38.
- 10.8. Im Dep. Jinotega kommen bei einem Überfall von Ex-Somozisten auf einen Kleinbus 11 Passagiere ums Leben, vier weitere, darunter ein 9 Monate altes Kind, wurden schwer verletzt.
- 17.8. Es wird über anhaltende Angriffe der Contras im Norden berichtet und über Versuche, die Stadt San Rafael del Norte im Dep. Jinotega einzunehmen. Ein Angriff der Contra auf eine Agrarcooperative in der Nähe von Concordia im Dep. Jinotega kann erfolgreich abgewehrt werden.
- 19.8. Bei ihrem Versuch die Brücke von "tuna" in der Provinz Matagalpa zu sprengen kann ein Spezialkommando der Contra in die Flucht geschlagen werden.
- 25.8. Ein erneuter Versuch der Contra die im Dep. Nueva Segovia im Grenzgebiet zu Honduras liegende historische Stadt Ciudad Sandino einzunehmen, wird vereitelt.
- 8.9. Gegen 5.30 Uhr nehmen zwei einmotorige Flugzeuge den Militärflughafen von Managua unter Beschuß. Der Kontrollturm wird dabei zerstört. Eines der beiden Flugzeuge vom Typ Cessna 204, die von Costa Rica aus gestartet sind, wird von der nicaraguanischen Luftabwehr abgeschossen.
- Zur gleichen Zeit schlägt eine aus einem Sportflugzeug abgeschossene Rakete in einen Baum unweit des Telekommunikationszentrums in Managua ein.
- Bei ihrem Versuch, hondurenische Fischerbote aus nicaraguanischen Gewässern zu vertreiben, werden nicaraguanische Patrouillen sowohl von der hondurenischen Luftwaffe als auch von der Küstenwache unter Beschuß genommen.
- 14.9. Gegen 5 Uhr morgens beschießen zwei Flugzeuge aus Honduras kommend erneut die Hafenstadt Corinto. Zwei Bomben schlagen dabei ins Meer, zwei verfehlen knapp die Kraftstofftanks. Ein Tank mit 250.000 Gallonen Hexanol gefüllt, wird jedoch dabei beschädigt und hochgiftiges Gas strömt aus, was eine vorrübergehende Evakuierung von 400 Personen aus dem Viertel Carlos Carrión erforderlich macht.
- Zur selben Zeit werden 60 Pfd. Sprengstoff und eine Taucherausrüstung in der Nähe der Brücke von Paso Caballo in Corinto entdeckt. Die Brücke stellt die einzige Verbindung der Hafenstadt Corinto, die praktisch eine Insel ist, zwischen dem Festland dar. Über diese Brücke passieren außer dem Nachschub für die Bevölkerung alle Export- und Importgüter Nicaraguas.
- 20.9. Der Führer der nach Honduras geflüchteten Miskito-Indianer, Steadman Fagoth, gibt in Tegucigalpa bekannt, daß sich die antisandinistischen Gruppierungen zu einer "Einheitsfront" zusammenschließen werden. Lt. Aussage von Fagoth werde sich seine Gruppe den angestrebten freien Wahlen in Nicaragua widersetzen, weil sie jede Teilnahme am politischen Leben der Sandinisten ablehne. Adolfo Calero, führendes Mitglied der FDN befindet sich zur Zeit in Washington, um die Reagan-Administration zu verstärkter Militärhilfe zu drängen. Die ARDE gibt ihrerseits bekannt, daß sie sich keiner Einheitsfront anschließen werde, bevor sich die FDN nicht von ihren somozistischen Offizieren trenne. Einem Abkommen könne er nur zustimmen auf der Basis eines Programms für die "Demokratische Rettung der (sandinistischen) Revolution."

- 25.9. Angriff auf den nicaraguanischen Grenzposten von El Espino an der Grenze zu Honduras, wobei auch hondurenische Lastfahrzeuge im Einsatz gesichtet wurden. Zwei sandinistische Soldaten fanden den Tod. Erst nachmittags gelang es den Sandinisten mit einem Verstärkungstrupp der nicaraguanischen Armee das Territorium wieder zurückzugewinnen. Fortwährende Kämpfe finden rings um die beiden Provinzhauptstädte Ocotal und Somoto statt. Ein neuerlicher Einsatz von gegnerischen Flugzeugen, die die Städte bombardieren könnten, wird befürchtet. Die Offensive der Contras im Norden wird als eine der größten bezeichnet seit Beginn der Kämpfe vor einem Jahr und stellt eine ernsthafte Bedrohung dar.



Beim Septemberangriff auf die Hafenstadt Corinto schlug eine Rakete knapp 80 m von den Brennstofftanks entfernt ein.

- 28.9. Die Kämpfe im Norden verstärken sich noch. Es wird von einer Großoffensive der Contras berichtet. Zwar scheitert der Versuch, die Provinzhauptstadt Ocotal einzunehmen, doch wird an 10 weiteren Orten gleichzeitig gekämpft. Im Zuge dieser Kämpfe wird von der FDN ein nicaraguanischer Reisebus, der von Mexiko kommend zuvor die Grenze zwischen Honduras und Nicaragua überschritten hatte, von Kugeln durchsiebt: 3 Passagiere werden getötet, einige weitere schwer verletzt.
- 28.9. Aus dem Süden meldet die nicaraguanische Armee schwere Kämpfe um die Zollstation Penas Blanca an der Grenze zu Costa Rica. Lt. der nic. Nachrichtenagentur wird von ca. 300 Contras von costaricensischer Seite aus das Feuer eröffnet und die nic. Zolleinrichtungen total zerstört. Die costaricensische Regierung weist jedoch den nic. Vorwurf, die ARDE zu unterstützen zurück und bestreitet, daß es in ihrem Land bewaffnete Gruppen oder Organisationen gäbe. Die costaricensische Grenzpolizei hätte sich lediglich auf Befehl des Ministers für öffentliche Sicherheit zum eigenen Schutz während der Gefechte 5 km außerhalb der Schußlinie in Sicherheit gebracht. Nicaragua wertete diesen Rückzug als direkte Unterstützung der Contras, die offensichtlich einen Teil nicaraguanischen Territoriums besetzen wollten, um eine provisorische Regierung auszurufen und international Anerkennung zu erhalten. Costa Rica seinerseits beschuldigte die Sandinisten, diesen Angriff angezettelt zu haben und kritisierte scharf eine Äußerung des nic. Verteidigungsministers Humberto Ortega, derzufolge würde bei einer Fortsetzung der bewaffneten Angriffe aus Honduras oder Costa Rica auf sein Land das nica-

raguanische Heer die Angreifer zwar "nicht bis nach San José, Tegucigalpa oder Miami, aber bis zu 500 m weit in den an unser Territorium angrenzenden Streifen" verfolgen. Costa Rica, bisher relativ neutral, sieht nicht die Konsequenz darin, die ARDE-Lager zu schließen, sondern zieht spontan seinen Botschafter aus Managua ab und ruft den ständigen Rat des OAS (Organisation Amerikanischer Staaten) an, sich mit diesem Konflikt zu befassen. Eine Lösung des US-dominierten OAS könnte möglicherweise eine multinationale Truppe in Costa Rica bedeuten, die wohl weniger das Ziel hat, die Unternehmungen der ARDE zu blockieren, sondern sich als Ergänzung zu dem im Norden sich neu formierenden antikommunistischen Militärpakt (CONDECA) sieht.

- 4.10. Zwei Brennstofftanks mit einem Fassungsvermögen von 1,5 Mio. Liter sind in Benjamin Zeledón an der Atlantikküste beschädigt worden. Dadurch wird die Benzinversorgung der Hafenstadt Puerto Cabezas und der Miskitosiedlungen gestört.
- 5.10. Über nicaraguanischem Territorium wird 40 km nördlich des Rio Blanco in der Nähe der Stadt El Cedron ein US-Transportflugzeug abgeschossen. Das aus Honduras kommende Flugzeug hat offensichtlich Nachschub für die Contras an Bord. 80.000 Schuß Munition, 300 Granaten, eine große Menge von AK Gewehren aus China und Jugoslawien, CKS Gewehre, 2 Maschinengewehre 30 und ein Maschinengewehr 50 nordamerikanischen Ursprungs, 18 Raketenwerfer RPS 7, Stiefel, Schutzmängel und Medikamente werden sichergestellt.



- 7.10. Auf einem geheimen Treffen in der Hauptstadt Honduras, Tegucigalpa, haben die Hauptgruppen, die die sandinistische Regierung in Nicaragua stürzen wollen, eine Exilregierung gebildet. Zum Präsidenten dieser Exilregierung wurde Adolfo Calero Portocarero gewählt. Er ist Chef der FDN (Fuerza Democrática Nicaraguense) und war millionenschwerer Chef von Coca Cola in Nicaragua. Die einigung der FDN deren Stärke auf 8-10.000 Mann geschätzt wird, mit der etwa 2000 Mann starken ARDE Pastoras wird die Schlagkraft der Contra erheblich stärken.

Zur gleichen Zeit unterschreiben in der mexikanischen Hauptstadt noch die letzten der fünf mittelamerikanischen Länder El Salvador und Honduras den con den Contadora-Staaten ausgearbeiteten Nichtangriffspakt. Bereits am 9. Sept. kurz nach seiner Ausarbeitung war er von den drei anderen mittelamerikanischen Staaten Nicaragua, Guatemala und Costa Rica gebilligt worden.

11.10. Die Hafenstadt Corinto ist erneut Ziel von Contraaktivitäten. Während ein Flugzeug die nicaraguanische Armee ablenkt, werden von einem Schiff aus Schüsse auf einen Treibstofftanker abgegeben, in dem sich 2,4 Mio. Liter Dieselöl befanden. Ein sofort ausgebrochenes Feuer, das weitere Tanks mit Azeton und Benzin gefährdet, konnte nur schwer unter Kontrolle gebracht werden. Die Armee hat versucht, das auslaufende Öl ins Meer umzuleiten. "Wenn das Feuer die anderen Tanks erreicht, wird es den Hafen nicht mehr geben", sagte der Militärführer des Dep. Leon und Chinandega, Javier Pichardo. Der Öltank von Corinto umfaßt insgesamt 15 Tanks auf einer 400 Meter langen Fläche 200 Meter vom Meer entfernt. Von den jetzt unterbrochenen Öllieferungen hängt der größte Teil der nic. Energieversorgung ab. Die FDN hat die Verantwortung für diesen Anschlag übernommen. Rund 10.000 Bewohner Corintos mußten in das nahegelegene Chinandega evakuiert werden, wo sie provisorisch bei den Bewohnern der Stadt untergebracht wurden.

(Quellen: mid, Barricada, envío, taz, FR, SZ, ides)

Wehrpflicht nun auch in Nicaragua

Der nicaraguanische Staatsrat hat am 13. Sept. das Gesetz über die Einführung der Wehrpflicht gebilligt. Das vom Verteidigungsminister ausgearbeitete Gesetz betrifft insgesamt 1,2 Mio. Nicaraguaner im Alter von 18-40 Jahren. Es sieht einen zweijährigen Militärdienst für Wehrtüchtige im Alter von 18-25 Jahren, einen Reservedienst für bis zu 40 Jahren sowie einen freiwilligen Dienst für Frauen vor. Die Einziehung erfolgt ab Januar nächsten Jahres. Eine Verweigerung des Wehrdienstes aus Gewissensgründen oder eine ersatzweise Ableistung eines Zivildienstes sind nicht vorgesehen. Kriegsdienstverweigerern droht eine Gefängnisstrafe von 3 Jahren.

Protest und Boykottaufruf der Opposition

Die Einführung der Wehrpflicht hat scharfen Protest bei der nicaraguanischen Opposition und der katholischen Kirche ausgelöst. Ein von der Bischofskonferenz herausgegebenes Dokument ruft in wenig verhüllter Form zum Boykott des Militärdienstes auf: "Wer die Ideologie der Sandinisten nicht teilt, soll aus Gewissensgründen verweigern." Es ist anzunehmen, daß es den Bischöfen dabei weniger um die Gewissensgründe geht, sondern mehr um die Ideologie der Sandinisten. Durch einen Wehrdienst würden auch die Kinder der Mittel- und Oberschicht mit zur Verteidigung der sandinistischen Revolution herangezogen, müßten auch sie eine militärische Grundausbildung und theoretischen Unterricht, sprich: politische Schulung über sich ergehen lassen. Denn, befreit werden kann vom Militärdienst nur, wer unabhkömmlich ist in Produktion, Erziehungswesen oder als alleiniger Familienernährer sowie Studenten im letzten Studienjahr.

Die Angst der Opposition vor einem immensen Anschwellen des Militärapparates ist unbegründet. Nicaragua verfügt derzeit über ein feststehendes Heer von 30.000 Mann, Reservebattalions in der Stärke von 80.000 und kann auf die aktive Unterstüt-

zung von mehr als 200.000 Milizen zurückgreifen. Nach Einführung der Wehrpflicht könnten von den über 200.000 für den aktiven und rund 550.000 für den Reservedienst infrage kommenden Männern aus Organisations- und Kostengründen nur höchstens 5 % einberufen werden. Der Vorwurf der erhöhten Kosten kann mit dem Argument, daß Zeitsoldaten billiger sind als Berufsmilitärs zurückgewiesen werden.

Die Frauen sind benachteiligt

Noch eine andere Gruppierung protestierte lautstark: Die Frauen. Doch im Gegensatz zu den bürgerlichen oppositionellen Kräften fühlen sie sich ausgeschlossen, denn das Gesetz sieht eine Beteiligung der Frau nur im Rahmen des Reservedienstes vor. Erst nachdem die Vertreterin der Frauenorganisation AMNLAE, Angela Rosa Acevedo, im Staatsrat energisch Einspruch erhebt und in der sandinistischen Tageszeitung "Barricada" eine polemische Diskussion ausgetragen wird, wo die Frauen volle Gleichberechtigung fordern und nach einer Rede des Verteidigungsministers Humberto Ortega in der er sich bemüht, die Gesetzesvorlage zu rechtfertigen, indem er die Nichteignung der Frau für den aktiven Militärdienst mit ihrer biologischen Andersartigkeit begründet, kam ein Kompromiß zustande: Die Frauen dürfen freiwillig am aktiven Militärdienst teilnehmen. Ein für die Frauen recht unbefriedigender Kompromiß, denn für die Nicaraguanerinnen bedeutet Gleichberechtigung, wenn sie genau wie ihre Companeros an allen Bereichen des revolutionären Prozesses beteiligt sind und dazu gehört in Nicaragua eben auch, mit der Waffe in der Hand die Contras zu bekämpfen. Die Frauen pochen auf die absolute Gleichberechtigung der Geschlechter, die zu den Grundprinzipien der Sandinistischen Revolution zählt und die Companeras sind mit recht böse, denn viele von ihnen waren schon in der Widerstandsbewegung aktiv und sehen nicht ein, warum sie sich jetzt in ihre traditionelle Rolle zurückdrängen lassen sollten.

Bisher waren Frauen entweder in gemischten Milizbattalionen organisiert, die hauptsächlich für die zivile Verteidigung im Landesinnern zuständig sind oder aber in den wenigen Frauenreservebattalionen, die zwar in die Berge gehen, aber nicht direkt an der Grenze eingesetzt werden.



Freiwillige gibts genug

Abgesehen von den berechtigten Forderungen der Frauen und den müden Argumenten und der ohnehin zu erwartenden Reaktion der bürgerlichen und krächeligen Opposition stellt sich trotzdem die Frage nach den Gründen dieses Wehrdienstes.

Noch vor wenigen Monaten bewies die Barricada mit dem Slogan "Für jeden Gefallenen gehen vier von uns an die Grenze" die Loyalität großer Teile der Bevölkerung. Und wirklich, an Freiwilligen in der Miliz und in den Reservebattalions hat es bisher nicht gefehlt. Im Gegenteil: durch die zunehmenden Angriffe der Contras wächst bei vielen die Betroffenheit und die Wut im Bauch. Sie verlassen Arbeitsplatz oder Studium und gehen für 3-6 Monate mit ihrem Reservebattalion an die Grenze, um gegen die "Bestien", wie die Contras im Sprachgebrauch der Sandinisten bezeichnet werden, zu kämpfen.

Viele Betriebe laufen deshalb nur noch mit Kraft, weil die Arbeit für die Compañeros an der Grenze mitgemacht werden muß, was natürlich ökonomisch deutlich spürbar ist. Auch in zahlreichen Schulen ist die Situation sehr schwierig. Teilweise findet nur begrenzter Unterricht statt, da etliche Lehrer oder ältere Schüler mobilisiert sind. Vielleicht hat die FSLN vor, durch das Wehrdienstgesetz diese desolate Situation zu strukturieren.

Müssen auch die "Chicos Plasticos" ran?

Klar, es gibt auch etliche, die kein Interesse haben, sich militärisch zu engagieren oder die wie die Oberschichtkinder kein Interesse daran haben, die sandinistische Revolution zu verteidigen. Gerade in den Büros und Ministerien sitzt manch einer, der vorgibt, unabhkömmlich zu sein, um nicht in der unwirtschaftlichen Situation an der Grenze seinen Kopf für die Revolution hinhalten zu müssen. Kann sein, daß die FSLN mit dem Wehrdienst gerade die Wehrdienstunwilligen disziplinieren will und verstärkt zum Dienst mit der Waffe heranziehen will, damit nicht immer dieselben Kämpfer sich mit der Contra anlegen müssen. Aber auf diese Uninteressierten, Unwilligen und vor allem auf die "Chicos Plasticos" dürfte die FSLN ohnehin keinen großen Wert legen. Die können in einer militärischen Organisation doch nur mehr Schaden anrichten als sie nutzen. Außerdem preisen die Sandinisten selbst immer wieder die kämpferische revolutionäre Moral der Nicaraguaner, die einen Großteil ihrer Schlagkraft ausmacht und die schlechte Ausrüstung wieder wettmachen muß und ohne die die Situation in Nicaragua bestimmt noch wesentlich trüber aussehen würde.

Alle Waffen dem Volk!

Zum 4. Jahrestag der Revolution am 19. Juli 83 gab die FSLN das Motto aus: Alle Waffen dem Volk! In besonders kritischen Konfliktsituationen wie bei den kürzlichen Kämpfen um Ocotal und Somoto werden an die Bevölkerung Waffen verteilt. Wird durch eine Wehrpflicht nicht wieder eine Machtinstanz weitab vom Volk geschaffen? Steht sie nicht in Widerspruch zu der angestrebten Basisdemokratie? Warum also eine Wehrpflicht; Und warum wurde sie so schnell im Staatsrat abgesegnet, entgegen den sonstigen Abstimmungsmechanismen?

Die einzige plausible Erklärung könnte sein, daß die FSLN diese Wehrpflicht lediglich prophylaktisch einführt, um sie als Argument in den dipl. Verhandlungen zu benutzen und sozusagen als Friedensangebot oder Entgegenkommen mit der Abschaffung der Wehrpflicht winken zu können. - Aber was genau weiß man nicht.



Tomasito zu Besuch in Bonn

Vom 5.-7. Oktober war eine nicaraguanische Delegation unter der Leitung von Innenminister Tomás Borge in Bonn zu Besuch. Tomas Borge, von seinen Landsleuten liebevoll 'Tomasito' genannt, hatte es schwer, Gesprächspartner zu finden, denn sowohl Bundeskanzler Helmut Kohl, als auch Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher und die gesamte politische Führung des Ministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit waren außerhalb der Bundeshauptstadt und nicht zu sprechen. Den vom Auswärtigen Amt als Füllsel angebotenen Staatsminister Mertes (CDU) lehnte Borge als Gesprächspartner ab. Borge zeigte sich tief enttäuscht über die arrogante Haltung der Bundesregierung. Seiner Ansicht nach mache die Bundesregierung ihre längst zugesagte Wirtschaftshilfe von demütigenden Bedingungen abhängig. "Wir sind gewissermaßen Eigentümer großer Armut, aber auch Eigentümer großer Würde. Wir sind nicht bereit, unsere Armut um den Preis unserer Würde zu verkaufen."



Eine Unterredung mit dem Generalsekretär der CDU, Heiner Geißler, brachte mehr Enttäuschung. Geißler äußerte Borge gegenüber seine Befürchtungen hinsichtlich der Entwicklung der nicaraguanischen Revolution. Angesichts der offensichtlichen Desinformation Geißlers gab Borge eine besonders detaillierte Darstellung der nicaraguanischen Realität, um Geißlers Zweifel auszuräumen, was Geißler jedoch nicht davon abhielt, nach dem Gespräch eine Presseerklärung voller pauschaler und unrichtiger Aussagen und Vorwürfe abzugeben, ganz so als hätte das Gespräch gar nicht stattgefunden, oder er nicht zugehört: Geißler beschuldigte die sandinistische Regierung u.a. schwerwiegender Menschenrechtsverletzungen an Miskitoindianern, sprach von christdemokratischen Politikern und Gewerkschaftern, die in Nicaragua aus politischen Gründen in Haft gehalten werden, wies auf den Zwangscharakter des sandinistischen Regimes hin, auf eine verschärfte Pressezensur, eine Totalüberwachung durch die Einführung eines Blockwartsystems. Er bezweifelte, daß die für 1985 versprochenen Wahlen stattfinden würden und zwar zu fairen Bedingungen für alle politischen Kräfte. Er äußerte sich vor allem besorgt über die fortschreitende Militarisierung Nicaraguas, die sich auch im neuen Wehrpflichtgesetz zeige und der Contadors-Initiative zuwiderlaufe. Nach einer Mitteilung der nicaraguanischen Botschaft in Bonn bot Borge an, den Informationsstand der CDU zu verbessern, damit diese künftig über zutreffende Fakten zur augenblicklichen Aggression gegen Nicaragua verfüge.

Die Treffen mit der SPD und den Grünen verliefen wesentlich positiver. Mit Unterstützungsbekundungen in der Tasche setzte Tomas Borge seine Reise durch Europa fort.

Die Diplomatie der gespaltenen Zunge

Zwischen Contadora und "big stick"

Während die US-Regierung auf militärischem Gebiet kräftig an der Eskalationsschraube dreht, ist in den letzten Monaten auf diplomatischem Gebiet voll eine Doppelstrategie zum Tragen gekommen: Allgemeine Bekundungen der Friedensbereitschaft und der Unterstützung diesbezüglicher Anstrengungen stehen neben einseitiger Schuldzuweisungen an Nicaragua, dessen Aufrüstung und Subversion - natürlich als langer Arm "Moskaus" und "Havannas" - die Region erst zum Unruheherd mache.

Die Contadora-Initiative, deren Hauptstärke - lateinamerikanische Lösung für lateinamerikanische Konflikte anzustreben - zugleich ihre Hauptschwäche ist - nämlich gerade den zentralen Bedroher des Friedens in keiner Weise binden zu können - wird von der US-Regierung zwar begrüßt, aber gleich mit der Einschränkung versehen, das Ganze sei ja wohl kaum durchführbar. Und gerade sie muß es ja wissen. (FR vom 8.10.)

Auf ihrer Sitzung vom 17. Juli in Cancun riefen die Mitgliedstaaten der Contadora-gruppe (Mexiko, Panama, Venezuela und Kolumbien) US-Präsident Reagan und Fidel Castro auf, sich an der Suche nach einer friedlichen Lösung zu beteiligen. In einem 10 Punkte umfassenden Programm empfahlen sie allen vom Konflikt betroffenen Ländern eine Reihe von Verpflichtungen einzugehen, die letztlich auf einen Nichtangriffspakt hinauslaufen sollten. Ein solcher ist dann auch am 9. Sept. zustande gekommen. Der Vertrag umfaßt 20 Punkte und läuft darauf hinaus, daß kein Land als Stützpunkt für Angriffe auf andere Staaten benutzt werden darf und ausländische Militärberater zurückgezogen werden sollen. (taz. 8.10.)

Als weitere Maßnahme auf der "friedlichen Seite" des diplomatischen Spiels der USA können die Reisen des Reagan-Emissärs Stone und des halben Friedensnobelpreisträgers Kissinger gelten. Beide reisediplomatischen Unternehmungen scheinen aber eher mit Blick auf das heimische Publikum vonstatten zu gehen. Die militärischen Aktivitäten um Nicaragua entwickeln sich ungestört, reale Konzessionen seitens der USA bleiben aus. Offensichtlich ist man selbst daran interessiert, die Spannungen nicht abzubauen: Denn wo auf diplomatischem Wege Fortschritte im Sinne von Entspannung möglich sind, entfällt die Legitimation für die militärische Aufrüstung. Kissinger selbst stellte klar, daß nicht Frieden sondern die Kontrolle Mittelamerikas das zentrale Kriterium der US-Politik zu sein hätte: "Wenn wir es nicht verstehen, mit Zentralamerika umzugehen, wie wollen wir dann die bedrohten Nationen am Persischen Golf und anderswo überzeugen, daß wir in der Lage sind, das politische Gleichgewicht in der Welt aufrecht zu erhalten?" (envio)

Dem Publikum zuhause wird dies als Diplomatie auf der Grundlage militärischer Stärke präsentiert, um der vorherrschenden Einstellung, Reagans Politik erhöhe die Kriegsgefahr in Mittelamerika, zu begegnen (LAWR, 12.8.). Diese Einstellung kam auch im Beschluß des US-Repräsentantenhauses zur Geltung, die Gelder für den verdeckten Krieg gegen Nicaragua zu stoppen, der jedoch keine konkreten Konsequenzen hat (LAWR, 5.8.).

Die Reagan-Regierung versucht hingegen, ihre Position zu verkaufen: Nur durch Druck sei Nicaragua zu Konzessionen zu bewegen (und natürlich ist immer Nicaragua "dran", Konzessionen zu bewegen (und natürlich ist immer Nicaragua "dran", Konzessionen zu machen). Wie wichtig es der Reagan-Regierung ist, einen nationalen Konsens für seine Mittelamerika-Politik zu erlangen und dazu zunächst die vietnamgeprägte Ablehnung neuer militärischer "Verwicklungen" zu überwinden, zeigen sich z.B. in den Äußerungen des Außenministers Shultz, der meinte, den diplomatischen und Ausbildungscharakter der Anwesenheit von US-Truppen in Honduras mit der Behauptung unterstreichen zu müssen, daß man bei einem Angriff nicht zurückschießen, sondern sich zurückziehen würde (LAWR, 12.8.).

Diese "Diplomatie der Stärke" wird durch ständige Angriffe auf und Maßnahmen gegen Nicaragua ergänzt. Neben den bekannten Argumentationslinien "langer Arm Moskaus" und "Waffenlieferungen für die salvadorische Subversion" wurden in der letzten Zeit neue Anschuldigungen entwickelt. So wurde Nicaragua vorgeworfen, eine Resolution der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) vom Juni 1979 nicht eingelöst zu haben, in der neben dem Sturz Somozas Maßnahmen für die nach-somozistische Zeit gefordert wurden. Daß die damalige sandinistische Exilregierung in Costa Rica an dem OAS-Treffen gar nicht teilnahm und sich somit zu nichts verpflichtet hatte, spielte offensichtlich keine Rolle. Ziel ist es vielmehr, die Contadora-Initiative und jede Diplomatie, die nicht auf "Stärke" beruht, wo also nicht diktiert wird zu diskreditieren, indem Nicaraguas angebliche Vertragsuntreue "bewiesen" wird (envio).

Auch andere Maßnahmen der jüngsten Vergangenheit beleuchten den Kampf der US-Regierung um "ihre" Öffentlichkeit. Wie schon im Sommer Tomás Borge verweigerten die USA im August den Schriftstellern Gabriel García Márquez, Julio Cortázar und Carlos Fuentes und im September einer nicaraguanischen Delegation unter Leitung des Staatsratsvorsitzenden Carlos Nunez die Einreise. Positionen, die um Verständnis für die nicaraguanische Haltung werben, soll möglichst keine Gelegenheit gegeben werden, sich in den USA zu präsentieren. Die vorherrschende Ablehnung militärischer Aktivitäten könnte sich verstärken. Schließlich zielte auch die Behauptung der Verfolgung von Juden in Nicaragua hauptsächlich auf die eigene Öffentlichkeit. Sie beruhte auf der Enteignung zweier Geschäftsleute, die Beziehungen zu Somoza hatten und in die USA ausgewanderten. Die Story von den antisemitischen Sandinisten wurde widerlegt (vgl. LAWR, 12.8.).



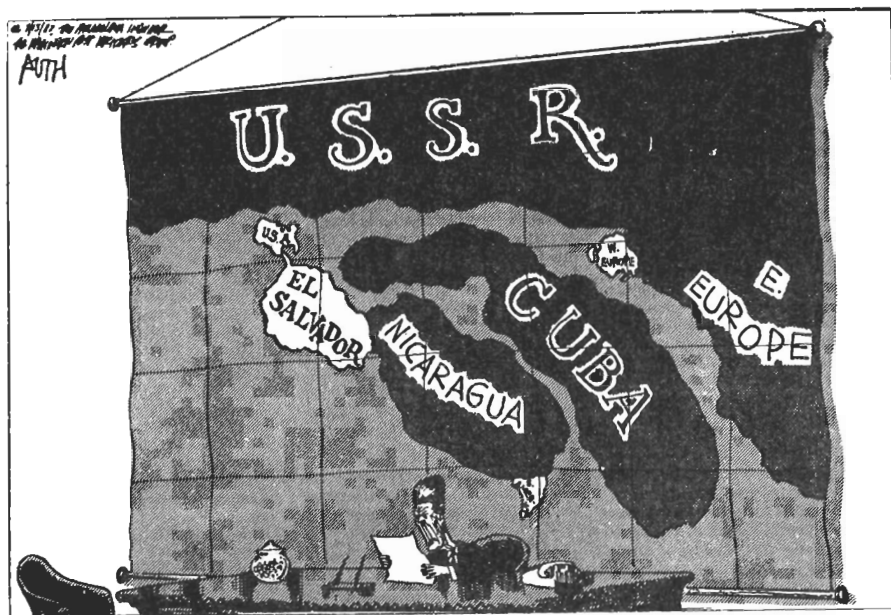
Ein Beispiel für Medienpolitik:

Text der Photographie: "Verteilung von kostenlosem Fleisch und Milch, Matagalpa, Juli 1979, "

Bildunterschrift zum gleichen Bild in Business Week, 24.1.1983: "Nicaraguanische Bürger stehen vor Supermärkten der Regierung Schlange für Lebensmittelrationen." (Quelle: Nacla July/Aug. 1983)

Während der Putsch in Guatemala dieses Land jetzt anscheinend voll auf US-Kurs gebracht hat, hat in Panama mit der Entmachtung des ausgesprochen antisandinistischen General Paredes wieder stärker die nationalistische, an den Positionen Gene-

ral Torrijos' orientierte Richtung an Einfluß gewonnen. Ob das aber für die Haltung Panamas in Bezug auf die Lösung der regionalen Konflikte konkrete positive Auswirkungen hat, ist noch nicht abzusehen. Seitdem in Costa Rica die Duldung der contrarevolutionären Aktivitäten auch innenpolitische Probleme beschert, hat man sich erstmals zu einigen Maßnahmen entschlossen, die über verbale Bekundungen und die anscheinend beliebten "Ausweisungen" Pastoras (Nach dem Motto "Pastora raus - Pastora rein") hinausgehen. Vor allem Proteste gegen das Treiben der Contra im Norden des Landes wo politisch unliebsame costaricenser umgebracht wurden, haben die Regierung nicht nur gezwungen, erstmals mit der Entfernung aus dem Dienst Verbindungen bestimmter Teile der Guardia Civil mit der Contra zuzugeben, sondern auch eine "Säuberungsaktion" im Norden zu unternehmen - die aufgestöberten Lager der ARDE waren natürlich bereits verlassen. Eine grundsätzliche Veränderung der ambivalenten Position Costa Ricas (einerseits Neutralität und Friedensbereitschaft zu bekunden, andererseits die Contra-Aktivitäten nicht zu unterbinden) ist nicht zu verzeichnen. Beim oben näher erwähnten Angriff auf die Grenzstation Penas Blancas wurde die Guardia Rural in sichere Entfernung geschickt. Auch wenn sie tatsächlich militärisch zu schwach war, hier einzugreifen, so ist dieser Überfall doch nur eine der Früchte der geduldeten Aufrüstung und Ausbildung der Contra. Daß eine so verstandene "Neutralität" von den Sandinisten als Unterstützung des Krieges gegen Nicaragua verstanden wird, ist klar.



"Druck von allen Seiten" - in Reagans Sichtweise

Die Haltung der bundesdeutschen Regierung gegen Nicaragua verhärtet sich. Während sich vor der Auszahlung der noch von der sozialliberalen Regierung vereinbarten Projekthilfe an Nicaragua anscheinend kaum zu überwindende "technische Probleme" auftürmen, in Zukunft vielmehr El Salvador für die erlittene "Vernachlässigung" der letzten Jahre bedacht werden soll, hat die Konferenz der bundesdeutschen Botschafter, die vom 30.9.-2.10. in Costa Rica unter der Leitung von Außenminister Genscher stattfand, die Unterordnung der bundesdeutschen Politik unter die mittelamerikanischen Interessen der USA betont (FR 3.10.). Wie das aussieht, zeigte die Presseerklärung der CDU anlässlich des Zusammentreffens von Tomás Borge mit dem CDU-Generalsekretär Geißler. Diese Ansammlung pauschaler und unrichtiger Vorwürfe und die Schuldzuweisung an Nicaragua hinsichtlich des Konfliktes in Zentralamerika könnte von Jeane Kirkpatrick formuliert sein. (vgl. taz 7.10.83)

"Den Frieden erobern" (Tomás Borge)

Die nicaraguanischen diplomatischen Reaktionen auf den militärischen, diplomatischen und den noch kurz zu erläuternden wirtschaftlichen Druck sind zum einen Offensiven in internationalen Gremien, vor allem der UNO, um die aggressive Politik der USA anzuklagen. Zum anderen hat Nicaragua mit dem 6-Punkte-Plan vom 19. Juli 1983 und der Zustimmung zum Contadora-Beschluß von Anfang September einige wichtige Konzessionen gemacht, so z.B. die Aufgabe der Forderung nach bilateralen anstelle von multilateralen Verhandlungen und die Bereitschaft, keine andere Regierung bekämpfende Bewegungen militärisch zu unterstützen. Diese Konzessionen haben zumindest zwei Implikationen, die schwerwiegender sind, als es zunächst scheint: Einmal die formale Gleichstellung der Regierungen El Salvadors und Nicaraguas, sowie der FMLN und der Contra, und zum anderen die Regionalisierung des zentralamerikanischen Konflikts, "was im Fall des Scheiterns aller Verhandlungen dazu führen kann, daß vor dieser 'einzigen zentralamerikanischen Realität' dieselbe militärische nordamerikanische Intervention gerechtfertigt werden könnte." (envío) Daß Nicaragua trotzdem zu so weitreichenden Konzessionen bereit ist, zeigt, daß man zum äußersten entschlossen ist, um einen umfassenden Krieg zu verhindern. Daß aber auch möglicherweise auch solche Konzessionen diesen Krieg nicht aufhalten, zeigen Stellungnahmen, die sie nicht für sehr bedeutend halten, da z.B. eine Nicht-Lieferung von Waffen an die FMLN nicht beweisbar sei. (LAWR, 29.7.).

Wirtschaftskrieg

Die nicaraguanische Wirtschaft, durch Naturkatastrophen, Probleme der Umstrukturierung, Zerstörung durch die Contra, Entzug von Arbeitskräften und finanziellen Mitteln durch die Verteidigungsmaßnahmen und sinkende Exporterlöse bereits stark belastet, ist ein weiteres Ziel des US-amerikanischen Drucks. Eine Reihe von Maßnahmen - z.B. der vorzeitige Rückzug der Standard Fruit Co. aus der nicaraguanischen Bananenproduktion, die Reduktion der Zuckerkäufe auf 1/10, die Verhinderung der Lieferung der Ersatzteile für Computer, die Schließung einer Vielzahl nicaraguanischer Konsulate in den USA, wodurch die Handelsformalitäten erschwert werden - zielen auf die Reduzierung der Deviseneinnahmen und letztlich - über die Entstehung von Problemen in der Versorgung - auf Unzufriedenheit in der Bevölkerung.

Ein besonderes Feld entsprechender Aktivitäten ist die Kreditpolitik. Von 1979 bis 1983 ging die Gesamthöhe der Kredite aus multilateralen Quellen, also internationalen Finanzorganisationen, von 213 Mio. US-Dollar auf 21,8 Mio. zurück. Das liegt z.B. am "Einfrieren" von 50 Mio. Dollar bei der Weltbank, die nicht ausgezahlt werden können, da - so die Begründung - die "Spielregeln" für die Privatwirtschaft nicht klar seien. Aus den sich häufenden "technischen Gründen" werden Kredite der Interamerikanischen Entwicklungsbank nicht ausgezahlt, andere Kredite dieser In-

stitutionen streichen die USA mit ihrer Sperrminorität. Begründung: Die Wirtschaftspolitik Nicaraguas ist der Entwicklung des Landes nicht zuträglich, die Privatwirtschaft kann sich nicht entfalten, die Wirtschaftslage ist zu riskant. Auch die Privatbanken sind mit Krediten "zurückhaltend": Seit 1980 wurden ganze 11 Mio. Dollar geliehen, während Nicaragua in dieser Zeit 160 Mio. Dollar an Zinsen an sie zahlte. Außerdem ist Nicaragua von den US-Leistungen im Rahmen der als "Mini-Marshall" titulierten Caribbean Basin Initiative ausgeschlossen, weswegen im 6-Punkte-Plan vom 19. Juli auch die Forderung nach der Beendigung wirtschaftlicher Diskriminierung enthalten war.

Angesichts dieser Lage ist Nicaragua, das die zweitgrößte Pro-Kopf-Verschuldung Mittelamerikas aufweist, gezwungen, Neuverhandlungen über die Auslandsschulden zu beantragen. Für 1983/84 sind 180 Mio. Dollar an Zinsen zu zahlen, für die keine Devisen vorhanden sind. Entsprechend mußten die öffentlichen Investitionen 1982 einen Rückgang hinnehmen, nachdem sie von 1979 bis 1981 stürmisch zugenommen hatten. (Auch die privaten Investitionen waren 1981 erstmals seit 1977 wieder gestiegen, Inforpress, 1.9.83). Bei den öffentlichen Investitionen bilden Bildung, Gesundheit, Landwirtschaft, Energie, Verkehr und Kommunikation die Schwerpunkte. Mit den staatlichen unentgeltlichen Leistungen, vor allem in den Bereichen Bildung und Gesundheit, sowie mit Subventionen in anderen Bereichen wird versucht, den Rückgang der Reallohne zumindest teilweise auszugleichen. Dadurch, daß gerade Grundnahrungsmittel subventioniert werden und die Belieferung ländlicher Gebiete verbessert wird, steigt allerdings auch die Nachfrage, was Engpässe begünstigt. Dennoch herrscht in Nicaragua ein gewisser Optimismus, daß die schlechte Versorgungslage nicht zu wachsender Unzufriedenheit mit dem revolutionären Prozeß führt, sondern daß angesichts der realen Kriegsgefahr eine größere Einheit gegen die militärische und wirtschaftliche Bedrohung von außen wächst. (envio)

Wie sich die US-Politik gegenüber Nicaragua weiterentwickeln wird, hängt aber weniger von den Prozessen in Nicaragua selbst und auch nur in relativ geringem Maße von den diplomatischen Stellungnahmen dieser oder jener Länder ab. Wie die Zielrichtung der jüngsten Propaganda der Reagan-Administration zeigt, geht es ihr zunächst um die Erweiterung ihres Spielraums und seiner Absicherung im eigenen Land. Denn ihr dürfte klar sein, daß ein "Wahlsieg a la Thatcher" (also mit einem relativ kurzen erfolgreichen Krieg) nicht in Nicaragua gewonnen werden kann. Da aber die Mehrheit der US-Bevölkerung zwar nicht vor einem solchen Krieg, wohl aber vor einem neuen, langandauernden opferreichen Krieg Angst hat, gilt es für die Reagan-Regierung, die Bevölkerung mittelfristig auf die "Notwendigkeit" militärischer Aktionen auch seitens von US-Truppen vorzubereiten - möglicherweise bis nach den im nächsten Jahr anstehenden Wahlen in den USA. Anzunehmen ist dabei, daß die US-Regierung Nicaragua verstärkt in Ost-West-Zusammenhängen interpretiert und so die Bereitschaft der Bevölkerung steigert, bei entsprechender Gelegenheit "den Russen eins auszuwischen".

Die Aktivitäten etwa der Contadora-Gruppe sind insofern vor allem dahingehend von Bedeutung, daß sie aufzeigen, daß die Möglichkeit einer friedlichen Lösung besteht, und den Bestrebungen der US-Regierung so entgegenwirken. Ihr Gewicht für eine friedliche Konfliktlösung ist damit aber sehr begrenzt, zumal gleichzeitig der militärische, wirtschaftliche und diplomatische Druck auf Nicaragua anhält, und diese Form von Krieg, diese schon hohe Eskalationsstufe für die US-Öffentlichkeit den Charakter von Normalität erhält.

Dabei kann die Eskalation durchaus noch verstärkt werden, weder der Einsatz der hondurensischen Armee (deren Logistik gegenwärtig stark ausgebaut wird) noch Quarantäne- oder Blockademaßnahmen sind vom Tisch. Lediglich dem direkten Einsatz US-amerikanischer Truppen gegen Nicaragua stehen gegenwärtig noch beträchtliche Schwierigkeiten im Weg, auch daß es sehr problematisch wäre, mit Mittelamerika und "Nach"-Rüstung zwei Konfliktpotentiale gleichzeitig auf die Spitze zu treiben. Die Schwächung Nicaraguas durch den anhaltenden, wahrscheinlich noch eskalierenden Druck und die propagandistische Veränderung der Stimmung im eigenen Land sind gegenwärtig wohl die Hauptziele der US-Regierung, um dann mittelfristig bei "Bedarf" den "big stick" schwenken zu können.

Quellen: FR, taz, envío Aug.83, Latin America Weekly Report, ides, mid



"'tschuldigung ... darf ich mal? ... 'tschuldigung..."

EL SALVADOR

FDR/FMLN: Militärisch offensiv — politisch diplomatisch

In El Salvador scheinen sich momentan die Ereignisse zugunsten der Guerilla zu wenden. Die FMLN hat nach einem taktischen Rückzug in den Monaten Juli und August am 5. September einen erfolgreichen Überraschungsangriff gegen Militäranlagen in San Miguel geführt und somit einer der wichtigsten Städte des Landes empfindliche Zerstörungen zugefügt. Dies war der Auftakt der Offensive "Unabhängigkeit, Demokratie und Freiheit", die an verschiedenen Orten durchgeführt wird und die Armee sichtbar in die Defensive verweist. In San Miguel waren die Soldaten, die sich in der angegriffenen Kaserne befanden, so wenig auf die Guerilla vorbereitet, daß sie kopflös flohen, was um so bemerkenswerter ist, als die Kaserne ein Zentrum für US-amerikanische Militärberater ist.

Auf dem Hintergrund militärischer Erfolge wächst die Energie, eine politische Lösung durchzusetzen, was zunächst einmal wieder Gespräche und Dialoge bedeutet, welche zu initiieren bekanntlich schon häufig versucht wurde.

Ende August traf sich Ruben Zamora von der FDR/FMLN in Bogotá (Kolumbien) mit der sog. Friedenskommission der Regierung von El Salvador und dann in San José (Costa Rica) mit US-Sonderbotschafter Stone. Beide Begegnungen sind nur deshalb zustande gekommen, weil die "Partner" einige der Forderungen der FDR/FMLN annahmen, die bisher stets abgelehnt worden waren. Jetzt akzeptierten die USA, daß sie nicht nur Vermittler, sondern direkt am Konflikt Beteiligte seien, und die Regierung von El Salvador machte das Zugeständnis, auch über anderes als über die Wahlbeteiligung der Opposition zu reden.

Bei beiden Treffen ist nichts herausgekommen, lediglich ein neuer Termin zwischen Zamora und der Friedenskommission wurde vereinbart. Sie wurden von der FMLN trotzdem optimistisch eingeschätzt. Arnd Lüers, der die Position der Guerilla kennt, gab sicher die Meinung von vielen wieder, wenn er in einem Artikel für den IDES schreibt: "So wurden für die Guerilla unannehmable Vorbedingungen fallengelassen, um Zeit zu gewinnen, in der die salvadorensische Armee aufgerüstet und in die Lage versetzt werden kann, das jetzige Kräfteverhältnis aufrechtzuerhalten. Als Preis zahlt die US-Regierung die faktische Anerkennung der FMLN und darüber hinaus gibt sie ihre These auf, derzufolge nur Wahlen und Waffen niederlegung durch die Guerilla Wege zur politischen Lösung des Konflikts sind." (IDES Nr. 152)

Am 29. September fand das zweite Gespräch in Bogotá statt. Es kam nichts dabei heraus. Die salvadorensische Regierungskommission zeigte sich enttäuscht darüber, daß die Guerilla ihre Vorschläge zurückgewiesen habe. Diese fordert die Fortsetzung des Dialogs und zwar in El Salvador selbst. Die FDR/FMLN ist überzeugt, daß sie ihr Ziel in naher Zukunft erreichen wird, auch weil "die Regierungen El Salvadors und der USA gezwungen (sind), den Dialog in irgendeiner Form fortzuführen. Sie müssen vermeiden, den Schwarzen Peter in der Hand zu haben, weil die öffentliche Meinung der USA einen Krieg nicht akzeptiert, wenn die Regierung nicht nachweisen kann, daß sie alle Verhandlungswege beschritten hat." (Arnd Lüers, taz vom 1.10.83)

Die beiden oben zitierten Artikel sind sehr informativ, was die jüngsten politischen Einschätzungen betrifft, die wir von der FMLN immer nur spärlich zu Gesicht bekommen. Sie nehmen die Verhandlungen insofern sehr wichtig, als im Zusammenhang damit konkret von möglichen Lösungen gesprochen wird. Vor allem in dem ersten Artikel, der das Konfliktlösungsmodell der FDR/FMLN - die Regierung der breiten Beteiligung - vorstellt und mehrere Anzeichen dafür sieht, daß sich die Alternative Intervention - Übergangsregierung zugunsten der letzten Variante regelt.

"Auch Sonderbotschafter Stone und Mittelamerika-Kommissions-Präsident Kissinger, haben sich selbständig gemacht und denken mehr oder weniger zielstrebig in diese Richtung einer Verhandlungslösung statt an Intervention. Wenn Henry Kissinger und Stone, statt wie gewünscht, die Unumgänglichkeit der Intervention nachzuweisen, konkrete Verhandlungsalternativen und ihre Realisierungsmöglichkeiten vorlegen, kann damit der Regierung Reagan ein mittelamerikanisches Vietnam so gut wie unmöglich gemacht werden. Genau dies aber ist zur Zeit die erklärte Absicht nicht nur der demokratischen Partei, der Stone angehört, sondern auch der Henry Kissinger nahestehenden Wirtschaftsgruppen der Trilateralen." (ides)

Beide Artikel von Arnd Lüers deuten auf eine Position, welche die Solidaritätsbewegung dringend diskutieren müßte. Sie gehen von einer ziemlich grundsätzlichen Veränderung des Kräfteverhältnisses in den USA aus, damit von der Möglichkeit, daß die USA bald verhandeln müssen. Auch die Perspektive der "Übergangsregierung" macht zu schaffen, von dieser heißt es im IDES:

"Konfliktlösungsmodell der FMLN/FDR ist die 'Regierung der breiten Beteiligung', - das heißt unter Einbeziehung der Opposition, reformbereite Teile der jetzigen Regierungsparteien und von Wirtschaftsgruppen - zu schaffen, und die Armee umzustrukturieren, - unter Einschluß der Guerilla und Ausschuß aller an Korruption, Repression und Kriegsverbrechen beteiligten Offiziere. Ferner geht es ihnen um eine gemischte Wirtschaft, an der die Privatwirtschaft ebenso beteiligt werden soll, wie die Genossenschaftsbewegungen und die Gewerkschaften. Sie wollen eine Agrarreform durchführen und plädieren letztlich für eine strikt blockfreie Außen- und Sicherheitspolitik El Salvadors." (Ides)

Das gibt Anlaß zu Spekulationen, ob, inwiefern und inwieweit das alles taktisch, ernst oder diplomatisch gemeint ist. Natürlich betont auch Arnd Lüers, daß niemand so recht an die Verhandlungen glaubt, aber das wirkt angesichts der vielen gegenteiligen Argumente in seinen Artikeln eher aufgesetzt, angehängt.

Es wäre gewiß ein Fehler, aus den beiden Artikeln ein Positionspapier der FMLN zu machen. Aber da Arnd Lüers nicht irgendein Journalist ist, sondern ein Kenner der Szene ist, scheint es wichtig, seine Meinung aufmerksam zur Kenntnis zu nehmen. Die Solidaritätsbewegung ist immer noch nicht weiter, als derartige eben abzudrucken.

10 Jahre Solidarität mit Chile

Während der CHILE-TAGE in Berlin wurde auf einer Veranstaltung über die Entwicklung der Solidarität mit Chile diskutiert. Ein Chilene hielt dabei folgende kurze Rede:

Über diese zehn Jahre Solidarität mit Chile zu sprechen, ist keine so sehr einfache Aufgabe. Das ist nicht nur deshalb kompliziert, weil es sich nicht um die Sichtweise einer bestimmten homogenen Gruppe oder Organisation handelt, sondern weil es meine persönliche Sichtweise ist, und wegen der Verschiedenheit der Gesichtspunkte, der verschiedenen Charaktere, der verschiedenen Persönlichkeiten, der Institutionen, Organisationen usw., die die Solidarität mehr oder weniger erst möglich gemacht haben. Außerdem handelt es sich nicht um eine Bilanz des in dieser Zeit Geschehenen, sondern um meine Sichtweise, eine chilenische Sichtweise, dieser Materie, was meine Aufgabe doppelt komplex gestaltet.

Ich glaube jedoch, daß wir Chilenen in einem Punkt alle übereinstimmen werden, nämlich darin, daß ich hier zunächst darum bitten möchte, diese kurze Rede mit Dankesworten einleiten zu können, mit tiefster Dankbarkeit gegenüber Kindern, Schülern, jungen Studenten und Arbeitern, Frauen und Männern, alten Menschen, gegenüber den evangelischen und katholischen Gemeinden, gegenüber den Jugendorganisationen, Frauengruppen, Institutionen, den ausländischen und auch deutschen politisch-kulturellen Gruppen, den Gewerkschaften und ganz speziell der Berliner GEW; Dankbarkeit für die Beweise von Solidarität, die wir sowohl persönlich als auch in der zähen Solidaritätsarbeit mit dem chilenischen Volk erfahren haben. Ganz besonders möchte ich mich hier an diejenigen wenden, die schon vor dem Militärputsch sich für die politischen Geschehnisse in unserem Land interessiert haben, an diejenigen, die irgendwann damit aufgehört haben, an diejenigen, die neu dazugekommen sind, an diejenigen, die immer noch eine kontinuierliche Arbeit leisten, eine schwierige Arbeit, mit Höhen und Tiefen, anfangs im Chile-Komitee und später in den Lateinamerika Nachrichten oder im FDCL. Bei all denen möchten wir uns von Herzen bedanken für das, was sie für uns getan haben, für unser Volk, und auch dafür, daß sie vieles von unserer Seite aus ertragen haben.

Die Jahre des Exils haben uns gezeigt, welch ungeheure Bedeutung und welch großes Interesse dem Prozeß zugekommen ist, den ein Volk, an einem abgelegenen Ort der Welt zu Anfang der 70er Jahre begonnen hat. Diese Jahre haben es uns ermöglicht, einen Teil dieser Millionen von Menschen näher kennenzulernen, die eines Tages nicht nur ihre Augenmerk auf diesen langen und dünnen Grünschnabel gerichtet haben, der sich da so unverschämt und drohend erhoben hatte, sondern auch ihre Hoffnungen. Das sind Jahre, in denen zunächst die Gespräche und Diskussionen konfus abliefen:

Erstens wegen des ungeheuren Abgrunds, der zwischen unserer politischen Praxis, deren ideologisches Fundament die Jahre des Elends, der Ausbeutung, der Ungerechtigkeit und Unterdrückung darstellten, und einer davon sehr verschiedenen politischen Praxis bestand, die hauptsächlich entweder auf Texten von Marx und Lenin basierte oder auf Texten von Mao oder auf Vorkommnissen eines bestimmten Jahres, Monats oder Tages, anlässlich eines bestimmten Vorfalls oder sich ableitete aus der Erfahrung einiger Leute, auch aus Erfahrungen der Studentenbewegung der sechziger Jahre.



Zweitens: der Glaube, daß das Schema Ausbeuter auf der einen und Ausgebeuteter auf der anderen Seite die Realisierung des Programms der Unidad Popular enorm erleichterte, stand im Widerspruch zu der Erfahrung, die viele von uns in unserer gewerkschaftlichen Arbeit bzw. in der Arbeit in den Poblaciones (Elendsvierteln) gemacht hatten und Übersah vollkommen die ideologischen Wurzeln, aufgrund derer die chilenische Bourgeoisie sich trotz der Existenz der Volksregierung noch an der Macht hielt - seit mehr als 150 Jahren.

Drittens: die Arroganz, mit der einige unserer Landsleute glaubten, ausgehend von der in Chile gemachten Erfahrung, hier den Ton in der zukünftigen oder auch nur zeitweiligen politischen Arbeit in Berlin angeben zu können. Diese Diskussionen hatten u.a. das positive Resultat, daß wir heute sogar "wissenschaftlich" abgesichert sagen können, daß sich da die erste Arbeitsteilung eingeschlichen hat. Tatsächlich stellte sich zum damaligen Zeitpunkt heraus, mit wem ideologisch diskutiert werden mußte, und wer die Empanadas zu machen hatte. Und sowas hat sich nicht nur in den chilenisch-deutschen Beziehungen abgespielt, sondern auch unter den Chilenen selbst.

Die Geschichte Chiles hat niemals eine solche oder ähnliche Situation kennengelernt. Nicht nur aufgrund der Errungenschaften und der damals sicheren Hoffnungen, daß wir in unseren Händen die Möglichkeit hielten, den Veränderungsprozeß für eine gerechtere Gesellschaft, für eine menschlichere Gesellschaft zu konsolidieren, sondern auch wegen der erlittenen Niederlage. Zehn Prozent der chilenischen Bevölkerung, die im Exil leben, stellen mehr als eine bloße kalte Zahl dar. Es ist eine Zahl, die Namen hat wie Verfolgung, Folter und Zerstörung; Witwenschaft und Waisendasein; Frustration, Wut und Trauer; Solidarität und Hoffnung auf eine schnelle Rückkehr. Für viele von uns, muß man hinzufügen, was es bedeutet, daß wir nicht in der Lage gewesen sind, dieser Menge von Erwartungen zu entsprechen, die an so vielen Orten an uns gerichtet worden sind, weswegen manche uns feige genannt haben.

Wir wußten nicht - und viele von uns konnten es sich auch nicht vorstellen -, welch riesige Bedeutung der chilenische Prozeß im Ausland bekommen hatte. Deswegen war es für uns schwierig zu verstehen, was für eine strenge und aufopferungsvolle Lebensweise von uns erwartet wurde. Aufgrund der Tatsache, daß wir Protagonisten mit mehr oder weniger Verbindlichkeit und in verschiedenen Strukturen eines politischen Prozesses gewesen waren, war es naheliegend, daß wir für eine Sache arbeiteten, die natürlicherweise nur wir und niemand sonst zu betreiben hatte; selbstverständlich mit der Unterstützung der internationalen Solidarität. Auch wenn man das so sieht: Wieviele haben nicht erwartet und geglaubt, in uns einen richtigen Guerrillero oder einen Helden zu sehen? Deswegen war es nicht verwunderlich, mehr als einen Helden oder Guerrillero "made in Germany" anzutreffen. Zweifellos gab es echte Helden, aber es waren nicht gerade diejenigen, die am Anfang in Berlin gelandet sind. Oftmals hat man vergessen, daß hinter diesen Genossen Personen stecken aus Fleisch und Blut, mit Tugenden und Fehlern, mit Widersprüchen und Gefühlen.

Die Solidaritätsbewegung war unermeßlich und beeindruckend. Oft habe ich mich sehr klein gefühlt gegenüber so vielen Zeichen von Solidarität. Wenn man es

genau nimmt, brauchten wir nicht für die Entstehung der Solidaritätsbewegung zu arbeiten, denn sie war schon da.

Wenn wir davon ausgehen, daß die internationale Solidarität die Unterstützung von außen ist für einen Kampf, der von einem Volk selbst geführt und gewonnen werden muß, dann läßt sich Folgendes sagen:

1. Die Solidaritätsbewegung in der BRD und Berlin West mit dem chilenischen Volk (damit sind wir, die Exilierten, auch gemeint) ist eine sehr bedeutende Unterstützung gewesen.
2. Die Empörung, der Schock und die Betroffenheit über den bestialischen Charakter der Konterrevolution kennzeichnete die ersten Monate dieser Solidaritätsbewegung nach dem Putsch. Beweis dafür war die Spannweite dieser Bewegung von K-Gruppen bis zum bürgerlich-demokratischen Spektrum. Das führte zuerst einmal zu einer Sensibilisierung von Tausenden von Leuten und später zur Politisierung von vielen dieser Leute, insbesondere Jugendlichen.
3. Ich glaube auch, daß die Beschäftigung mit dem Thema Chile sehr wichtige politische Erfahrungen und Erkenntnisse vermittelt hat, z.B. über den Charakter des Imperialismus überhaupt sowie über die Dynamik gesellschaftsverändernder Prozesse und Konterrevolutionen.
4. Es scheint mir auch wichtig zu sein, daß durch die Ankunft von Chilenen und anderen Lateinamerikanern die Kultur dieses Kontinents besser bekannt wurde und auf größere Aufmerksamkeit gestoßen ist.

Und heute? Was ist aus der Solidaritätsbewegung geworden? Es ist viel darüber geschrieben worden, und aus chilenischer Sicht fast immer in Vogel-Strauß-Manier damit umgegangen worden. Ich will nicht abstreiten, daß diese Bewegung von vielen Gesichtspunkten abhängig ist:

- von dem Entwicklungsprozeß in Chile selbst, dem Durchbruch anderer Befreiungskämpfe, der Anstrengung über Jahre hinweg, ein gleichmäßiges Niveau in der Solidaritätsarbeit zu halten, der Entwicklung der neuen sozialen Bewegungen (Frauen-, Ökologie- und Friedensbewegung) und nicht zuletzt von den immer noch starken Problemen und Meinungsverschiedenheiten sowie Spaltungen innerhalb der chilenischen Linken.

Einige Probleme sind im Verlauf der Zeit konstant geblieben, wie z.B. der Glaube, daß hier über die Zukunft Chiles entschieden werden kann, trotz der ständigen Bekräftigung, daß dies natürlich nicht der Fall ist; die ideologische Unterdrückung seitens der etablierten linken chilenischen Parteien gegen diejenigen, die sich kritisch aber auch konstruktiv geäußert haben, sowohl in der internen politischen Diskussion als auch im Rahmen der Solidaritätsarbeit; die von einigen Parteien immer noch fehlende Bereitschaft, über den real existierenden Sozialismus und die Entwicklung der Gewerkschaft in Polen sich auseinanderzusetzen; stattdessen kommt oft der Vorwurf, man/frau sei von der Konsumgesellschaft absorbiert worden oder sei jetzt Sozialdemokrat/in geworden. Das führt nicht nur dazu, daß viele Chilenen und Deutsche aufgehört haben mit der Arbeit, sondern wird auch leider von vielen Chilenen als Argument benutzt, um sich nach Hause zu verkriecheln.

Es ist noch zu fragen, wie es weitergehen soll. Ist es für die chilenische Linke nicht möglich, mit dem vielen Strohbesen in ihren Diskussionen aufzuhören und ein globales Konzept zu erarbeiten, um die Solidaritätsbewegung wieder zu beleben? Ist es ausgeschlossen, eine Brücke zwischen uns und der Friedensbewegung aufzubauen, oder hat diese Bewegung mit internationaler Solidarität nichts zu tun? Ist es uns noch nicht bewußt, wie dankbar die chilenischen Christdemokraten sind, die heute politisch ernten, wo auch die Linke und die internationale Solidaritätsbewegung mitgesät haben?

Liebe Freunde, die Sache des Friedens ist auch unsere Sache. Ohne Frieden wird es hier nirgendwo Frieden geben und umgekehrt. Wir denken nicht wie Herr Breit, Vorsitzender des DGB, daß ein Generalstreik nur durchführbar ist, wenn die Demokratie gefährdet ist. Nun gut: machen wir halt den Generalstreik nach dem Atomkrieg!

REZENSION

"Dieser Augenblick rückt näher - Reportagen aus Chile"

von Wilfried Huismann Pahl-Rugenstein-Verlag 1983

"Die Unidad Popular ist tot." Dieser für manche vielleicht irreführende Ausdruck eines alten KP-Mitglieds ist symptomatisch für die Veränderungen, die sich in Chile seit 1973 vollzogen haben. Der Bremer Journalist Wilfried Huismann ist diesen Veränderungen während zweier Aufenthalte in Chile 1981 und 1982 nachgegangen, und hat seine Eindrücke in einem Dutzend Reportagen und Interviews festgehalten, die vor kurzem im Pahl-Rugenstein-Verlag erschienen sind.

Herausgekommen ist dabei ein durchweg spannend zu lesender Band, der eine Fülle von Informationen aus den verschiedensten Bereichen der chilenischen Gesellschaft enthält.

Das Buch wirkt zunächst desillusionierend. Dies ist notwendig, denn nur wenn man bereit ist, das überkommene Chile-Bild der hiesigen Linken, mit seiner oft romantischen Verklärung der Heidenhaftigkeit des chilenischen Volkes, zu revidieren, wird man in der Lage sein, die komplizierte und widersprüchliche Entwicklung des Widerstands zu verstehen, die dem Autor die Gewißheit gab, bereits im Titel - "Dieser Augenblick rückt näher" - auf das absehbare Ende der Diktatur hinzuweisen.

Die Verunsicherung beginnt bereits auf der Straße. Irritiert nimmt der Autor die fast vollständige Abwesenheit des Militärs im Straßenbild wahr. Erst langsam wird ihm klar, daß, nachdem die Diktatur die Mehrheit der UP-Mitglieder und des MIR ins Exil getrieben oder ermordet hat, sie nun subtilere Methoden der Unterdrückung anwendet. An die Stelle des "flächendeckenden Terrors" ist die gezielte Ausschaltung einzelner Oppositioneller - wie etwa des Malers Hugo Riveros, dessen Schicksal eine der Reportagen gewidmet ist - deren Liquidierung oft in aller Öffentlichkeit vollzogen wird und so ausreicht, den aufkeimenden Widerstand - für eine Weile zumindest - zu ersticken.

Diese auf die Mehrheit der Chilenen eher psychisch als physisch wirkende Form der Einschüchterung, hat gemeinsam mit dem grassierenden sozialen Elend, für das der Einzelne durch die "consumismo"-Propaganda auch noch selbst verantwortlich gemacht wird, gerade in den traditionellen Zentren der UP ein Klima der Resignation und der Auflösung der sozialen Zusammenhänge geschaffen, in dem der Kampf ums tägliche Überleben die Kraft zum Widerstand förmlich auslaugt.

Das Ausmaß der jahrelang systematisch betriebenen Persönlichkeitszerstörung - auch bei ehemaligen Aktivisten der UP und des MIR - wird deutlich, wenn man liest, was eine ehemalige Angehörige des MIR dazu bewegt, heute mit einem innerlich ebenso gebrochenen ehemaligen Folterknecht der Armee zusammenzuleben.

So ist es denn auch nicht verwunderlich, daß sich die Opposition erst in dem Augenblick als reale politische Kraft konstituierte, als auch die Mehrheit der Bourgeoisie sich weigerte, den Ausverkauf Chiles an die "pirañas" und die multinationalen Konzerne weiter mit zu tragen.

Daß sich hinter deren Forderung nach einer Alternative zu Pinochet allerdings kaum mehr verbirgt, als die Ablösung der monetaristischen Wirtschaftspolitik und eine angemessene Berücksichtigung ihrer spezifischen Interessen, machen mehrere Unternehmervertreter und bürgerliche Politiker, die Huismann befragt hat, deutlich.

Auch daß diese Form des Widerstands ohne den Kampf der Gewerkschaften und der Organisationen des Volkes ohne Grundlage wäre, wird in den Abschnitten, in denen Huismann von den zahlreichen Formen, die der Widerstand im Volk anzunehmen begonnen hat, offenkundig.

Dieser reicht von der Organisation von Kulturveranstaltungen und Zentren der Nachbarschaftshilfe, mit der der staatlich betriebenen Entsolidarisierung begegnet werden soll, über die Reorganisation der Gewerkschaftsbewegung bis hin zum Aufbau der politischen Opposition.

Die Darstellung der verschiedenen Strömungen der politischen Opposition ist sicherlich der wichtigste Teil des Buches, da sich erst hier die gesamte Dimension des eingangs erwähnten Zitats erschließt. Die chilenische Arbeiterbewegung ist heute mehr denn je von der Spaltung bedroht. Die Linke - vor allem die SP - ist zersplittert und gibt sich zu einem nicht geringen Teil reformistischen Illusionen hin. Der Gedanke des "demokratischen Sozialismus", der bislang in Chile kaum eine Rolle gespielt hat, wird von vielen Linken als eine unverbrauchte Kraft angesehen, von der die Impulse für eine gesellschaftliche Neuordnung Chiles ausgehen könnten. Die Antwort auf die Frage Huismanns nach den Verteilungsspielräumen, die ein solches Modell zu seiner Verwirklichung unabdingbar braucht, blieben die sozialdemokratisch-orientierten Gewerkschafter und Politiker allerdings schuldig. Demgegenüber orientieren die revolutionären Kräfte vor allem die KP und der MIR aber auch der Almeyda-Flügel der SP und Teile der Radikalen Partei auf die offene Konfrontation mit dem Regime sowie auf die Volksrebellion, die neben dem politischen auch den bewaffneten Kampf einschließt. In der revolutionären Umgestaltung sehen diese Kräfte die einzige Möglichkeit, Chile dauerhaft zu sozialer Gerechtigkeit zu verhelfen. Erreicht werden kann dies jedoch nur - so faßt Huismann seine Erfahrungen zusammen - wenn es gelingt, diese Strategie im Volk zu verankern und auch die anderen Teile der Opposition in das Bündnis mit einzubeziehen.

Auch wenn das Buch an einigen Stellen von den aktuellen Ereignissen überrollt wurde, so liefert es dennoch einen gerade zum Verständnis der jüngsten Entwicklung fast unentbehrlichen Beitrag.

Leserbrief

Liebe Leute!

Würdet Ihr mir bitte, wenn möglich, komplette Listen zusenden

über a) sämtliche Bundestagsabgeordnete aller Parteien, die Grundbesitz in Chile haben! Und wohl kaum daran interessiert sein könnten, daß der Yankee-Knecht Pinochet abdankt.

b) sämtliche NS-Tiere, die in Lateinamerika untergetaucht sind, mit entsprechendem Land oder momentanen Aufenthaltsort in Amerika.

Für Eure Mühe vielen Dank!

Viva Sandino!

E I L T

no pasaran

N.N.*

*Name ist der Redaktion bekannt.

Dieser Brief ging uns in den letzten Tagen zu. Wir möchten ihn unseren Lesern nicht vorenthalten. Da wir dem Schreiber hierbei nicht weiterhelfen können, bitten wir unsere LN-Leser um Mithilfe.

Zeitschriftenschau

ILA-INFO Nr. 69, Sept. 1983 c/o ila, Römerstr. 88, 53 Bonn 1

Schwerpunktthema: Wann explodiert das Pulverfaß? - Nicaragua: Der Sieger würde über ein zerstörtes Land triumphieren. - Guatemala: Wechsel ohne Wende? - El Salvador: "Dialog - aber zu unseren Bedingungen!" Aber die Mörder lassen sie laufen.

Berichte und Hintergründe: Kubas großer Sprung: Naturwissenschaften auf der Karibikinsel nicht mehr "unterentwickelt". - "Ich war allein, ich hatte Angst meine Stellung als Frau zu erstreiten": Exil in der BRD.

Berichte und Aufrufe aus der Solidaritätsbewegung: u.a. Der Fall Herterich (T. 2)

PERIPHERIE Heft 13 c/o LN-Vertrieb, Im Mehringhof, Gneisenaustr. 2, 1 Berlin 61

Schwerpunktthema: Frauen und Entwicklung / Macht

Die transnationale Sexploitation von Thai-Frauen. - Organisationsprozesse von Bäuerinnen im andinen Südperu. - Was macht die Macht mit den Frauen? Zum "Politischen in den Reproduktionsverhältnissen. - Vom Frauentausch zur Liebesheirat: die Aizo in Süd-Benin. - Eine Frau haben, einen Sessel, ein Glas Bier: Warum orientieren sich Menschen in der 3. Welt an westlichen Werten? - Zum Mythos von der revolutionären Kämpferin: Frauen im algerischen Befreiungskampf. - Wege zu einem neuen Internationalismus: Thesen zum Verhältnis der Friedensbewegung zur 3. Welt.

AIB- Antiimperialistisches Informationsbulletin Nr. 10/1983

Liebigstr. 46, 355 Marburg

AIB-Aktuell: Die Friedensbewegung im "heißen Herbst". - Frieden und Dritte Welt: Regionalkonflikte und Weltkriegsgefahr. - Atomkriegspläne und -drohungen in Serie. - Tschad: Ursachen des Tschad-Konflikts. - Guatemala: Das Gorilla-Karussell. El Salvador: Interview mit Maria Antonia (2). - Türkei: 60 Jahre türkische Republik.

Mittelamerika-Magazin, Nr. 25 / Sept. 1983 c/o Magazin-Verlag, Königsweg 7
2300 Kiel 1

Nicaragua: Vom Manöver zum Krieg? - Wirtschaftsjahr 1982: Besser als erwartet (1) BRD - Nicaragua: Bundesregierung weiß von nichts. - Offener Brief an Schwalba-Hoth Costa Rica: Vor dem Bankrott. - El Salvador: "Mit einem Herz und einer Seele"-Verhandlungen: USA verkleiden sich. - Amnestie: Gebühr bezahlt Empfänger. - Guatemala: Ein Mohr hat seine Schuldigkeit getan. - Die Gewehre Guatemalas.

BRASILIEN-NACHRICHTEN, Nr. 79 / 1983 Postfach 1110, 4532 Mettingen

Schwerpunkt: Armut in Brasilien - Zur Situation des brasilianischen Volkes: Überwiegend im Elend (Teil 1). - Schuldenlast erdrückt Brasiliens Volk. - Sklavenarbeit und Folter auf der VW-Farm? - Dürre im Nordosten. - Indianer bringen FUNAI-Oberste zu Fall.

FORUM ENTWICKLUNGSPOLITISCHER AKTIONSGRUPPEN, Nr. 70 / 1983 Broichstr. 12
4040 Neuss 1

Protokoll der KA-Sitzung vom 29.-31.7.83. - Erklärung der IKA-Redakteure. - Impuls: Stoppt den Rüstungsexport. - Hunger und Rüstung. - Protokoll der KK3W-Sitzung. - Aufruf zur BMZ-Blockade am 21.10.83. - Gegen die US-Militärpolitik in Nicaragua.

ENTWICKLUNGSPOLITISCHE KORRESPONDENZ, Nr. 3 / 1983 Postfach 2846, 2 Hamburg 19

Schwerpunkt: Das Medienbild der 3. Welt: Auslandsberichterstattung in deutschen Medien. Grundsatzartikel und Fallbeispiele (Türkei, Korea). Erfahrungsberichte von Journalisten und einem Ex-CIA-Agenten. Schwierigkeiten der Solidaritätspresse.

PERU-INFO, Nr. 8 c/o Peru-Komitee, Universitätsstraße 19, 43 Essen 1

Schwerpunkte: Menschenrechtssituation und Repression der Regierung gegen die Volksbewegung und breite Bevölkerung. - Widerstand der Bauern. - "Frentes de Defensa": Verteidigungsbündnisse ganzer Ortschaften. - Beitrag zur Auseinandersetzung um "Sendero Luminoso". - Stichpunkte zur wirtschaftlichen Lage, u.a.

BLÄTTER DES IZ3W, Nr. 112 / Sept. 83 Postfach 5328, 7800 Freiburg

Nachrichten und Berichte: Osttimor, Sri Lanka, Pazifik, Türkei, Babynahrung. Plasmahandel: Weltweiter Plasmahandel am Beispiel Mexicos. - Palästinenser: Ein Jahr nach Beirut in der Klemme. - Peru: Interview zu Sendero Luminoso. Rezensionen: Wohltätigkeit ohne Politik? Ein bißchen Zyankali. Weekend in Guatemala. Großtechnologie-Entwicklungsprojekte in Brasilien.

ISSA Nr. 9 / 1983 Informationsstelle Südliches Afrika, Blücherstr. 14, 53 Bonn 1

Schwerpunkt: Frieden im Süden Afrikas: Frauen und Militär in Südafrika. - Computerisierung der Apartheid. - BRD verweigert Auskunft über Waffenembargo. Angola: Krieg und Wiederaufbau.

EPD - ENTWICKLUNGSPOLITIK, Nr. 19 / 1983 Friedrichstr. 2-6, 6 Frankfurt

Bericht / Analyse: Friedensbewegung im Pazifik. - Die UNO im weltweiten Meinungsvergleich. - Lomé III - Wendepunkt oder Gleichschritt? Dokumentation: Uganda - Beispielhafte Entwicklung? - 10 Jahre Vollmitgliedschaft der beiden deutschen Staaten in den Vereinten Nationen. Schlußerklärung der 6. Konferenz der Ökumenischen Vereinigung der Dritte-Welt-Theologen (EATWOT).

TERMIN

Die ESG Essen veranstaltet vom 4.-6. November 1983 ein P E R U - S E M I N A R

Referent: Victor Gyudice, Wirtschaftswissenschaftler der Uni San Marcos, Lima.

Das Seminar wendet sich an Gruppen, die kontinuierlich zu Peru und Lateinamerika arbeiten.

Themen: - Die Auslandsverschuldung, die Rolle des IWF und die neoliberale Wirtschaftspolitik in Lateinamerika: der Fall Peru.
- Organisierter Widerstand und regionale Volksbewegung, z.B. die "rondas campesinas", die "Frente de Defensa de los Intereses del Pueblo" und die "Asambleas Populares"
- Erfahrungsaustausch unter den Gruppen.

Anmeldung bei der ESG, Universitätsstr. 19, 43 Essen, Tel. (0201) 23 97 37

Brief aus Chile

Für den 5. Oktober hatte ein "Commando Juvenil para la Democracia" zu einem großen "mitin" (Versammlung) im Zentrum von Santiago (4 Querstraßen von der Moneda entfernt!) aufgerufen. Verbreitung der Nachricht durch Mund-zu-Mund-Propaganda, aber auch durch handliche kleine Zettel, die man nachts in den Straßen auflesen konnte. Die Kundgebung war erlaubt worden. Es kamen (meiner Schätzung nach) ca. 3 000 meist junge Leute, um die 20, die sich lautstark als "christdemokratische Jugend", "sozialistische Jugend", "kommunistische Jugend" zu erkennen gaben. Aber auch Studentenvereinigungen, Gewerkschaftsvertreter, "Individuen".

Das Programm: Reden verschiedener Studenten- und Jugendvertreter gemischt mit Gesang und Gedichten. Die Lieder aus der Zeit der Unidad Popular. "Venceremos". Victor Jara, Pablo Neruda ...

Ihr könnt Euch kaum die Atmosphäre vorstellen: super caliente - um es mal auf gut chilenisch auszudrücken. Nach einer Stunde war die Menge richtig in Fahrt. In der vorderen Hälfte standen wir dicht an dicht. Von allen Seiten hagelten die Parolen nur so. Und was für welche: Jeder Art! Von rufen nach Einheit, über "El Pueblo unido", "Salvador Allende presente" bis hin zu offenen Aufrufen zum bewaffneten Kampf: "Das bewaffnete Volk wird niemals besiegt!" etc. Entsprechende Spruchbänder. Ein Transparent mit Che Guevara und Miguel Henríquez. Mitten in der Menge erschien auch eines: Schwarze Buchstaben auf rotem Grund: "Patria o muerte - Venceremos!"

Während der Reden erging sich die ganze brodelnde Menge in "Mörder"-Rufen gegen die Diktatur und schunkelte zum Sing-Sang von "Ya va caer, ya va caer..." (Sie wird stürzen...) Später auf der Stelle Auf- und Abhüpfen zu "se va acabar la dictadura militar" (Die Diktatur wird aufhören.) In Windeseile sind hunderte von Fackeln - provisorisch aus Papier gedreht entzündet und erhellen die Szene. Unruhe entsteht in der Menge. Immer können es die "Pacos" (Bullen) sein, die eingreifen. Aber es ist eine Delegation von Bergarbeitern aus dem Bergwerk El Teniente, die vor zwei Tagen einen Protestmarsch von Rancagua nach Santiago unternommen haben, um die Wiedereinstellung der Kumpels zu fordern, die nach dem letzten Streik entlassen worden waren. Der Zug der Bergarbeiter war aber außerhalb von Santiago von den Carabineros mit Gewalt aufgehalten worden. Rodolfo Seguel wurde bei dieser Gelegenheit wieder einmal festgenommen. Jetzt wird er unter dem jubelnden Beifall der Menge auf den Schultern zur Tribüne getragen. In die Rufe "Seguel amigo, el pueblo esta contigo" (Freund Seguel, das Volk ist mit dir) mischen sich die Spottrufe "Seguel, amarillo (also gelber Gewerkschafter) el pueblo está contigo". Die viel beschworene Einheit ist (noch) brüchig, ein großer Sektor ist nicht damit einverstanden, daß die wichtigsten Gewerkschaftsposten von Christdemokraten besetzt sind. Wie auch Manuel Bustos, der Vorsitzende der CNS, der jetzt ebenfalls zur Tribüne getragen wird. Er ist zehn Monate im Exil in Europa gewesen und erst vor ein paar Tagen nach Chile zurückgekehrt. Verbrüderungsszenen zu den "Adelante, adelante - obrero y estudiante" Rufen (Vorwärts - Arbeiter und Studenten). Hier eine Realität von der wir immer nur träumen konnten.

Die Menge ist beinahe soweit, in einen (verbotenen) Marsch in Richtung Moneda aufzubrechen. Aber die langwierigen, langweiligen Reden halten sie auf der Stelle. Möglicherweise so geplant, um Zusammenstöße mit der Polizei zu vermeiden. Langsam bröckelt die Versammlung auseinander. Wir gehen irgendwann auch, laufen uns noch 1 Std. die Köpfe und die Herzen auf der Alameda kühl. Vorbei an dezent platzierten Zivis (CNI) - nachts mit Sonnenbrille! und grünen Uniformierten. Ein paar Wasserwerfer und Mannschaftswagen. Lange Gesichter auf dieser Seite.

Wir hören später, daß die letzten Aufrechten wirklich noch zu einem Marsch aufgebrochen sind und es zu Prügeleien mit der Polizei und Verhaftungen kam. Am nächsten Morgen sind die Zeichen der Kundgebung noch deutlich zu sehen: Jede freie Wand ist mit Parolen verziert. Darunter auch das (schlechte) Konterfei von Che und das R der Resistencia. "No hay olvido ni perdon - Pinochet al paredon!" (Es gibt weder Vergessen noch Verzeihung - Pinochet an die Wand!)

Leserbrief zum CHILE - Kongress

Vom 24.-26. Juni fand in Münster der Kongreß "Für Chiles Freiheit" statt. Der zeitliche und politische Rahmen für einen solchen Kongreß konnte kaum günstiger sein. In Chile war gerade der nationale Generalstreik ausgerufen worden (und gescheitert); in den Monaten zuvor hatte es eine kaum für möglich gehaltene Entwicklung der Protestbewegung gegen das Regime gegeben; das öffentliche Interesse in der BRD an Chile war sprunghaft angestiegen. Der Kongreß hätte also die Möglichkeit geboten, die Solidaritätsarbeit für Chile in der BRD zu reaktivieren, besonders aber auch ihre Grundlagen und Ziele und die recht widersprüchliche Struktur der politischen Prozesse in Chile zu diskutieren. Meiner Meinung nach hat der Kongreß diese Chance in kaum verantwortlicher Weise vertan.

In den Hauptveranstaltungen, die unter Teilnahme von Vertretern der politischen Parteien Chiles und der Solidaritätsbewegung stattfanden, konnte man sich des Eindrucks nicht erwehren, daß es hier eher um einen in langwierigen Diskussionen ausgehandelten Proporz ging. Es wurde stundenlang geredet und vielen kam es so vor, als ob hier politische Mumien einen Geistertanz aufführten. Auch wenn die aktuelle Entwicklung bei der Vorbereitung des Kongresses sicherlich noch nicht vollständig absehbar war, so ist doch unverständlich, warum sich die Politiker hier um eine konkrete Analyse herumdrückten.

Auch die für die Arbeitsgruppen vorgesehenen Themenstellungen konnten in dieser Form nicht zu einer Reaktivierung der Solidaritätsarbeit beitragen. Wie hätte man z.B. die AG "Solidaritätsarbeit" parallel zu anderen Diskussionen ansetzen können, wenn die Diskussion und Planung dieser Arbeit ein Hauptziel des Kongresses gewesen wäre. Warum konnte diese Frage nicht am Sonntag früh auf breiter Basis diskutiert werden, anstatt da wieder ein solches politisches "Schauspiel" abzuziehen?

Der Punkt aber, an dem die fatale Fehleinschätzung dieses Kongresses am deutlichsten wurde, ist meiner Ansicht nach die Bewertung und Darstellung der Bedeutung der politischen Parteien im sozialen Prozeß Chiles. Mir scheint es nach eigener Erfahrung sehr fraglich, ob die linken Parteien wirklich aus ihren historischen Fehlern gelernt haben. Mir scheint es sehr zweifelhaft, daß hier eine wirkliche Selbstbesinnung und Neuorientierung stattgefunden haben. Ich habe eher den Eindruck (und dieser wurde durch den Kongreß noch verstärkt), daß die Parteien weiterhin glauben, die politischen Realitäten Chiles gestalten zu können, ohne den Aktivitäten und Gruppen, die sich an der Basis des gesellschaftlichen Prozesses entwickeln, ausreichend Rechnung zu tragen und ihnen ihre Eigenständigkeit zuzugestehen. Dies ist sicherlich diskutierbar. Aber daß es gerade auf diesem Kongreß offensichtlich nicht diskutiert werden sollte, und daß Repräsentanten dieser "Basis"-Bewegungen dort nicht eingeladen waren, ist sein größter Fehler gewesen.

Ich meine, wir können der Solidaritätsarbeit für Chile keine neuen Perspektiven geben, wenn wir diese Diskussion nicht führen. Gerade wegen dieser Diskussion war ich nach Münster gekommen; daß sie nicht geführt wurde, hat mich sehr enttäuscht. Wenn wir noch einmal zu bloßen "Handlangern" der chilenischen Parteien und ihrer politischen Interessen werden, kann es keine neue Solidaritätsbewegung für Chile geben.

Auch wenn der Kongreß schon lange vorher in einer anderen politischen Situation geplant war, ist das keine Entschuldigung. Ohne Kreativität und Spontaneität werden wir uns nicht vom Fleck bewegen. Was in Münster präsentiert wurde, waren unglaubliche politische Unbeweglichkeit und gut konservierte politische Verhaltensmuster.

Michael

djp-jugendpressematerialien Nr. 5/83 DM 5,-

Rüstungs- export

KLAUS FARRIN UND
HANS-JÜRGEN ZIHRMANN VERLAG
POSTFACH 10 07 41
4630 GELSENKIRCHEN

ATOMEXPORT: EIN BOMBENGESCHÄFT

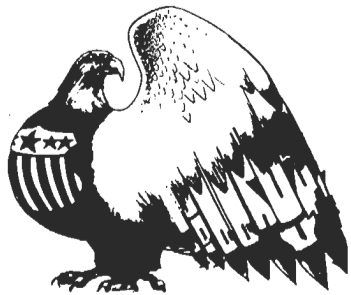
BONNS RÜSTUNGSPOLITIK

WAFFEN AN DIKTATOREN

UND, UND, UND...

**FÜR PROFIJOURNALISTEN UND SOLCHE, DIE
ES WERDEN WOLLEN, MEDIENINTERESSIERTE,
LEHRER UND THEMATISCH INTERESSIERTE**

links lesen



**Regine Wolfart,
Joschka Fischer:
Tod von Kemal Altun**

**Michael Klare:
Beinahe-Atomwaffen**

**Karsten D. Voigt:
Entnuklearisierung**

**Konrad Ege:
US-Friedensbewegung**

**Ernesto Richter:
Nicaragua, Er kämpfte
Subjektivität**

**Bernd Schleich:
20 Jahre Deutscher
Entwicklungsdienst**

**Peter Kern:
Kritik des Naturgefühls**

Einzel exemplar DM 3,-, Jahresabonne-
ment DM 35,-. Bezug über Verlag 2000,
Postfach 591, 6050 Offenbach 4 und im
linken Buchhandel.

EL PARCIAL

**GUATEMALA:
La «Franja Transversal
del Norte» – fuente de
enriquecimiento para
multinacionales y
militares**

EL PARCIAL – HEFT 10 (August 1983)

Das Heft umfaßt 134 Seiten, davon 120
Seiten Pressedokumentation. Die Texte
sind überwiegend in spanischer Spra-
che; berücksichtigt wurden vor allem
Publikationen aus Guatemala, anderen
mittelamerikanischen Ländern und
Mexiko.

Inhaltliche Gliederung:
Ideologische Grundlagen der "Koloni-
sierung" als Ersatz für eine Agrarre-
form;
Nickelabbau nach Gutdünken nordame-
rikanischer Konzerne;
Erdölförderung und strategische
Pipelines;
"Basic Resources": ein Unternehmen
der Avantgarde;
Wasserkraftwerke für wen?
Das Land: die Urbarmachung den Sied-
lern, Nutzung und Gewinn den Groß-
grundbesitzern;
Verbesserung der Counterinsurgency-
Infrastruktur: eine unvollendete
Straße;
Massaker an Bauern zur Aneignung
ihres Landes.

Das Heft kostet DM 10 + Porto und ist
zu beziehen über:
Doris Hermes, Kielortallee 4,
2000 Hamburg 13

UNA DOCUMENTACION DE PRENSA

10
Agosto de 1983

Kalender gegen den Krieg 84



Beiträge zu: Nicaragua, NATO-
Strategie, Friedensbewegung DDR,
Totalverweigerung, Blockaden,
Ramstein, Krefeld . . .

Zugleich ein kleines Handbuch für
die Friedensarbeit:

- ★ Standorte aller Atomwaffen
in der BRD und DDR
- ★ Filmverleihe, Kurzbespre-
chung von 70 Filmen
- ★ Adressen von bundesweiten
Friedensorganisationen,
400 Friedensinitiativen, GA,
BAF, Munitionstransporte
- ★ Bücher, Broschüren etc.
- ★ Kleines Lexikon der Vernich-
tungswaffen und und und

256 S., stabiler Plastikumschlag, Preis 8,-
Zu bestellen bei: Verlag Die Werkstatt,
Düstere Eichenweg 5, 3400 Göttingen.
Rabatte für Friedensgruppen: ab 6 Stk.
30%, ab 10 Stk. 40%.
Einzelbestellungen nur gegen Vorauskasse
(10,- DM als Scheck, Schein oder Briefmar-
ken)

Wir haben auch Bücher, Plakate, Postkar-
ten und Aufkleber zum Thema Krieg und
Frieden. Bitte kostenlosen Katalog anfor-
dern.

GRENADA

Die große Revolution auf einer kleinen Insel

Grenada, Nachrichten Nr.4

Sondernummer



Neuerscheinung:
**GRENADA: DIE GROSSE REVOLUTION
AUF EINER KLEINEN INSEL**
Sondernummer der Grenada Nachrichten,
herausgegeben vom
Karibik Informationszentrum Hamburg

Erstmals in deutscher Sprache eine Einfüh-
rung in die Geschichte, 6 Beiträge verschiede-
ner Autoren zu Wirtschaft, Sozialwesen und
Politik der Karibikinsel.

Inhalt: Geschichte: Grenada im Kolonialsy-
stem, Aufstieg und Fall von Eric Gairy, die Re-
volution von 1979, Basisdemokratie; Frauen in
Grenada; Wirtschaft-Build the Revolution; Bil-
dungswesen — Erziehung ist ein Recht, kein
Privileg; Das Gesundheitswesen; Karibische
Nachbarn; Annotierte Literaturhinweise; mit
zahlreichen Fotos, Abbildungen und Karten.

zu beziehen über:
Karibik Informationszentrum Hamburg,
Nernstweg 32 - 34,
2000 Hamburg 50
und einigen Buchläden.
Preis: 3,50 (exklusive Versandkosten)